

172.1. - 172.4.

147853

Nr. 1.

Wien, 28. November 1931.



Schriftleitung und Verwaltung: Wien, 1. Bez., Liliengasse 1, Fernsprecher R 25-308

B. b. b.

Preis 20 Groschen.

Inhalts-Verzeichnis :

Die Klage Dr. **Schobers** gegen **Ernst Rüdiger Starhemberg**

Johann Sebastian **Perger**: Österreichische Schicksalsfragen

Univ. Prof. Dr. Josef **Redlich**, Bundesminister a. D.: Österreichs Gegenwart und Zukunft

Dr. H. **Schürff**, Bundesminister für Justiz: Rechtsfragen der Gegenwart

Univ. Prof. Dr. Hans **Sperl**: Nachklänge zur Zollunions-Verhandlung

Dr. Karl **Drexel**, Leiter des Bundesamtes für Statistik: Zähne zusammenbeißen,
durchhalten!

Bilder der Gegenwart: Unehrlisches Spiel — Die Drahtzieher und ihre Presse
— Die Patrioten — Schober und Starhemberg

Titelblatt gezeichnet von Prof. **Erwin Puchinger**

Alles Neue in Stoffen u. Damenkonfektion



finden Sie bei

A. Herzmansky

Wien, VII., Mariahilferstraße 26-28

Dr. Schobers Klage gegen Ernst Rüdiger Starhemberg

Anlässlich der Verhandlung über die Klage des Vizekanzlers Dr. Schober gegen Herrn Ernst Rüdiger Starhemberg in Linz wurde der Geklagte wegen Schmähung zu einer **Geldstrafe von 200 Schilling**, im Nichteinbringungsfalle **zu 4 Tagen Arrest** verurteilt.

Der Verteidiger **Starhembergs, Dr. Draxler**, führte in der Verhandlung aus, daß sich Politiker eine gewisse Kritik gefallen lassen müßten, daß aber der Beschuldigte zugebe, daß seine Äußerungen nicht gerechtfertigt seien. Weiters gab er die Erklärung ab, daß es dem Beschuldigten fern gelegen sei, der persönlichen Ehre des Vizekanzlers nahezutreten.

Vizekanzler **Dr. Schober** hatte durch seinen Anwalt im Voraus erklärt, daß er auf eine schwere Bestrafung Starhembergs keinen Wert lege.

* * *

Die „Gegenwart“ ist zur Veröffentlichung folgender Tatsachen autorisiert:

„Am 24. Oktober 1931 ist der Landesführer der Heimwehr Wien Herr **Arbesser** im Präsidium der Polizeidirektion in Wien erschienen und hat dort, mit dem Ersuchen, dem Vizekanzler Dr. Schober zu berichten, folgendes angegeben:

In einer Führertagung in Graz hat der Bundesführer **Starhemberg** erklärt, den Vizekanzler Dr. Schober nicht mehr anzugreifen, **da er seine Meinung über den Vizekanzler Schober gründlich geändert habe.**

Nach dem 13. September 1931 sei ihm (Starhemberg) von **christlich-sozialer Seite** mitgeteilt worden, daß er seine Verhaftung ausschließlich dem Vizekanzler Dr. Schober zu verdanken habe. Infolge dieser **Einflüsterungen** hat Starhemberg, seinem jugendlichen Temperament folgend, in einer Bauernversammlung den Vizekanzler maßlos angegriffen.

Inzwischen sei er von maßgebender Seite besser informiert worden, **er sehe jetzt ein, wie sehr er mit seinen Angriffen gegen Schober Unrecht habe**, er bedauere diese Angriffe und habe, da er sich selbst nicht gut um einen Empfang bei Schober **bewerben könne**, Herrn Arbesser zur **Polizeidirektion geschickt** mit dem Wunsch, dies dem Vizekanzler Schober zu melden.“

Österreichische Schicksalsfragen

von
Johann Seb. Berger.

I.

Der 15. Juli 1927. — Heimwehr und Bundeskanzler. — Eine Sitzung beim Polizeipräsidenten. — Die neue Regierung Schober. — Der Kampf der Diadochen. — Der Vorwurf eines Rachezugs.

Am 15. Juli 1927 wälzte sich in den Morgenstunden eine Masse aufgeregter Arbeiter aus allen Bezirken Wiens in die Innere Stadt und dort auf der Ringstraße weiter zum Justizpalast. Diesem Ziele strömte die Menge zu, weil sie kurz zuvor einen Artikel gelesen hatte, in dem dargetan worden war, daß es in Oesterreich „keine Gerechtigkeit für den Arbeiter“ gebe. Daher sollte das unschuldige Gebäude, der vermeintliche Sitz dieser „Schandjustiz“ offenbar vom Erdboden vertilgt werden.

Auf dem Wege wurden Sicherheitswachmänner niedergeschlagen, Zeitungslokale gestürmt und zerstört, Sicherheitswachstuben in Brand gesteckt, Akte ungeheurer Brutalität, Rohheit und Gemeinheit gesetzt. Endlich war das Ziel erreicht, der Justizpalast brannte, nun wurde die Feuerwehr von dem Mob am Löschen gehindert, der Bürgermeister der Stadt Wien, der noch einmal den Versuch machte, einzuwirken, wurde verhöhnt, verspottet, bedroht und mußte sich in das Rathaus zurückflüchten.

Nun war aber die Geduld der Staatsautorität erschöpft und die harte Pflicht zwang den Verantwortlichen zum energischen Handeln; so mußte, da alle anderen Mittel versagt hatten, die Feuerwaffe in der Hand der legalen Gewalt des Staates, blutig Ordnung schaffen. Vier tote Polizeibeamte, 80 andere Opfer, hunderte von Verwundeten, darunter allein 122 schwer verletzte Polizeibeamte, sind die traurige Bilanz dieses Tages.

Der Mann aber, dem die schwierige Aufgabe oblag, pflichtgemäß mit dem letzten Mittel die Ruhe und Ordnung wieder herzustellen, wurde parteimäßig zum „Massenmörder“ gestempelt und zwei volle Jahre hindurch wurde er hemmungslos in der sozialistischen und kommunistischen Presse ebenso wie in den Versammlungen durch die Kloake gezogen und ist den maßlosesten Beschimpfungen ausgesetzt worden.

In den österreichischen Bundesländern hatte aber am 15. Juli und in den folgenden Tagen und Wochen die Heimwehrbewegung eingesetzt, war lawinenartig gewachsen, getragen zunächst von der Absicht, die künftige Wiederholung einer Katastrophe, wie sie der 15. Juli 1927 gewesen ist, zu verhindern.

Aus der defensiven Stellung wurde aber im Laufe der folgenden zwei Jahre eine offensive Bewegung.

Während auf der einen Seite nach dem 15. Juli 1927 der staatliche Machtapparat so ausgestaltet und ausgebaut wurde, daß man mit voller Beruhigung sagen konnte, er sei gewappnet und gerüstet, von selbst die Wiederholung eines 15. Juli unmöglich zu machen, hat die Heimwehr- und Heimatschutzbewegung aufgerüstet, um aktiv einzugreifen,

um das ganze Gefüge des Staates umzubauen, und zwar umzubauen mit der Waffe in der Hand.

Nun hat derselbe Mann, der in Erfüllung seiner Pflicht die Wiederkehr einer neuerlichen Störung der öffentlichen Ruhe und Ordnung zu verhindern hatte, an den Heimwehren nicht vorübergehen können, wobei allerdings sein Einfluß infolge der Autonomie und des Partikularismus unserer Bundesländer und der Einstellung des damaligen Regierungschefs sowie einiger Landeshauptmänner nicht sehr bedeutend war, immerhin aber ausreichte, größere Ausschreitungen zu verhindern.

Nach dem Rücktritte der Regierung Seipel am 4. Mai 1929 trat alsbald zutage, daß der neue Bundeskanzler (Streeruwitz) von der Heimwehr und Heimatschutzbewegung abgelehnt wurde. Die Beziehungen zwischen Heimwehr und dem Bundeskanzler wurden auch in den nachfolgenden Monaten nicht besser. Die Heimwehrbewegung drängte nach Taten und die Aktionen der in diesen zwei Jahren immer wieder durch den Ruf zum „Ordnung machen“ im Staate aufgereizten Heimwehrmassen ließen die Lage immer bedrohlicher erscheinen, bis tatsächlich am 18. August 1929 in St. Lorenzen ein blutiger Zusammenstoß zwischen Heimwehren und Sozialdemokraten erfolgte, der die bedrohliche, zum Platzen gespannte Situation mit nicht mehr zu überbietender Klarheit aufzeigte.

Auf die Nachricht hievon berief Polizeipräsident Schober in seiner Eigenschaft als Leiter des Sicherheitsdienstes in der Republik die Heimwehrführer zu einer Besprechung zu sich, die am 20. August 1929 stattgefunden hat. In dieser Besprechung gaben die Heimwehrführer offen zu, daß sie ihre Leute nicht länger halten könnten, daß ein Putsch unvermeidlich sei, daß sie losschlagen müßten usw. Erst die Aufklärungen des Polizeipräsidenten über das Unsinnige ihres Vorgehens, namentlich aber die Mitteilungen Schobers, daß an eine Mitwirkung von Bundesheer, Polizei und Gendarmerie nicht zu denken sei, er im Gegenteile verpflichtet sei, der Heimwehr entgegenzutreten und die Versicherung, daß er seine Pflicht restlos erfüllen werde, brachten die Männer zur Vernunft und der Polizeipräsident konnte schließlich dem am selben Tage von Ischl nach Wien zurückgekehrten Bundeskanzler melden, daß seiner Ansicht nach die Putschgefahr abgewehrt sei. Die in letzter Zeit einigemal aufgetauchte Behauptung einer gegenteiligen Stellungnahme Schobers ist unwahr.

Am 4. September erschienen die Heimwehrführer neuerdings beim Polizeipräsidenten und versuchten nochmals, ihn zu einem anderen Standpunkte zu bekehren.

Es wäre naheliegend, hier auch der bei dieser zweiten Unterredung mitwirkenden hohen Funktionäre zu gedenken; da jedoch auch deren Bemühungen ohne Erfolg geblieben sind, kann bei einer anderen Gelegenheit darauf zurückgekommen werden.

Inzwischen war am 4. September vormittags bei dem damaligen Polizeipräsidenten auch ein hervorragender österreichischer Politiker und Parlamentarier erschienen, um ihm anzukündigen, er werde in kurzer Zeit Bundeskanzler werden müssen; er verlange keine Antwort, überhaupt keine Erklärung, er kündige ihm nur an, was aus wirtschaftlichen und politischen Gründen unvermeidlich geworden sei.

Tatsächlich erhielt von diesem Tage an der Polizeipräsident Schober täglich Besuche hervorragender Männer der Wirtschaft, Bankdirektoren, Industrielle, Handelskammerpräsidenten usw., die ihm mit von Tag zu Tag wachsender Energie seine Verpflichtung darlegten, eine Berufung zum Amte eines Bundeskanzlers zu übernehmen. Auch der Präsident der Nationalbank fand sich bei Schober ein und legte ihm seine Pflicht dar, dieses Amt zu übernehmen, weil die täglichen Geldabhebungen in den Banken und Sparkassen für die österreichische Wirtschaft unerträglich würden.

Am 25. September spät nachmittags kam dann an Schober aus dem Nationalrate, und zwar durch den ehemaligen Bundeskanzler Dr. Seipel, die Nachricht, daß Bundeskanzler Streererwitz demissioniert und auf seinen (Seipels) Rat Schober als Nachfolger vorgeschlagen sei; eine Stunde später waren schon die Führer der drei bürgerlichen Parteien des Hauses, der Christlichsozialen, Großdeutschen und des Landbundes, bei Schober, um ihn mit allem Ernste zur Annahme des Amtes eines Bundeskanzlers zu bewegen. Die Situation der Wirtschaft drängte zur Annahme und Schober sagte „Ja“. Nicht, wie es später hieß, als Erwählter der Heimwehr, sondern von der Wirtschaft und den politisch bürgerlichen Parteien hiezu gezwungen, hat er die schwere Bürde auf sich genommen.

Zeigt diese rein geschichtliche Darstellung der Vorgänge von Mitte 1927 bis zum 25. September 1929 den Werdegang der zweiten Bundeskanzlerschaft Schobers, so wird die nachfolgende Darstellung seiner Tätigkeit als Bundeskanzler vom 26. September 1929 bis zum 30. September 1930 viele seither verbreitete Legenden zerstören. Bekanntlich hatte sich Bundeskanzler Dr. Schober vor allem zur Aufgabe gestellt, die durch den Ruf der Heimwehr nach einer gewaltsamen Aenderung der Verfassung herbeigeführte Situation dadurch zu lösen, daß der Kampf von der Straße und aus den Versammlungen vor das legale Forum, in das Parlament verlegt werde. Zu diesem Behufe ließ er unter werktätiger persönlicher Mitwirkung in drei Wochen ein Verfassungswerk ausarbeiten, das sodann in fünfwochentlichem parlamentarischen Kampfe unter oft sehr dramatischen Szenen so erledigt wurde, daß die Hauptpunkte des Entwurfes

I. Ausgestaltung der Machtstellung des Bundespräsidenten,

II. Verbesserung der Staatsautorität durch verfassungsmäßige Verankerung entsprechender Befugnisse der Bundesregierung, insbesondere auf dem Gebiete des Sicherheitswesens, gelöst wurden.

Schon im Laufe dieser Kämpfe um die Verfassung kam die Unzufriedenheit der Heimwehrführer mit Schober zum Ausdruck und bereits im Dezember 1929 wurde sogar schon vor der parlamentarischen Verabschiedung des Verfassungswerkes das harte Wort von Verrat ausgesprochen, obwohl es für jedermann klar und eindeutig war, daß eine verfassungsmäßige Lösung der Verfassungsreform nur mit Zweidrittelmehrheit, also mit den Stimmen der Sozialdemokraten, möglich war. Der heiße und zähe Kampf, den Schober um sein Verfassungswerk führte, hat sich vor aller Öffentlichkeit abgespielt und hätte den um das Wohl des Staates besorgten Bundeskanzler wenigstens vor

einem bewahren sollen, daß ihm diejenigen, deren Ideen er verfocht, mit Verleumdungen in den Rücken fielen.

Schon die ersten Tage der Regierung Schober hatten die bedrohliche Lage der österreichischen Wirtschaft an dem Schicksal der Bodenkreditanstalt deutlich aufgezeigt und während das Ausland auch weiterhin seine Kapitalien aus Oesterreich abzog und die kurzfristigen Kredite nach und nach gekündigt wurden, gab es noch immer österreichische Heimwehrführer, die auf gewaltsame Lösungen hindehrängten, sich in Aufmärschen und Demonstrationen erschöpften und auf diese ihre Weise das Ihrige dazu beitrugen, die Bemühungen der Regierung, das Vertrauen des Auslandes zu erhalten, zu „unterstützen“. Wenn der Regierungschef in Kommunikés und persönlichen Enunziationen die maßgebenden Finanz- und Regierungskreise des Auslandes hinsichtlich der Aufrechterhaltung der öffentlichen Ruhe und Ordnung zu beruhigen suchte, so kam von seiten der Heimwehr prompt das Dementi, in dem sie den Ruf nach gewaltsamer Aenderung der Organisation des Staates erneuerten.

Gleichzeitig mit dieser von den Heimwehrführern in die Heimwehr hineingetragenen Beschuldigung des Bundeskanzlers Dr. Schober, er habe mit den Sozialdemokraten, wie es in Oesterreich so schön heißt, „gepackelt“ und so die Heimwehr enttäuscht sowie ihre Interessen verraten, begann der Kampf der Herren Heimwehrführer untereinander, der Kampf der Diadochen um die Führung. Was nun an Intrigen gegen den Bundeskanzler und gegen die Konkurrenten um die oberste Führung geleistet wurde, ist ein Satyrspiel auf die der Öffentlichkeit vorgemachten Bemühungen um die Interessen des Vaterlandes und wird, einmal vollständig aufgedeckt, den Beweis erbringen, wie eine Volksbewegung von politischen Drahtziehern außerhalb der Heimwehr für politische Nebenzwecke mißbraucht und von den eigenen ehrgeizigen Landesführern mit nimmerruhender Geschäftigkeit zerstört wurde.

In diesen Zusammenhang gehören zwei spätere Ereignisse während der Amtstätigkeit des Bundeskanzlers Dr. Schober. Das eine war das sogenannte „Entwaffnungsgesetz“, das zweite die Ausweisung des Majors Pabst. Das Entwaffnungsgesetz stellte eine Zusage des Bundeskanzlers Dr. Schober an die Westmächte dar, deren Erfüllung notwendig war, um eine Investitionsanleihe zu erlangen. Zu Unrecht wurde dieses Gesetz von den Heimwehrführern als gegen die Heimwehr gerichtet hingestellt und leidenschaftlich als ein neuer feindseliger Akt des Bundeskanzlers gegen die Heimwehrbewegung bezeichnet. Das zweite Ereignis, die Ausweisung des Majors Pabst wurde gleichfalls als ein Racheakt des Bundeskanzlers bezeichnet, obwohl dieser nur den Minister des Innern gedeckt hat und die Ausweisung in den außenpolitischen Rücksichten der Republik mehr noch begründet war als in dem innerpolitischen Verhalten des Betroffenen. Auch darüber wird einst der letzte Schleier zu lüften sein, nachdem bis jetzt aus Rücksicht auf die Heimwehr und aus Rücksicht auf den Ausgewiesenen zu viel Schonung obwaltet hat.

Eine andere Führung und andere leitende Grundgedanken hätten der Mission der Heimwehr eine bessere Zukunft verbürgen können.

(Fortsetzung folgt.)

Österreichs Gegenwart und Zukunft.

Von Univ. Prof. Dr. Josef Dedlich,
Bundesminister a. D.

Gegenwart! Kein Zweifel, daß die Gegenwart für uns Oesterreicher und für alle Deutschen nichts weniger als schön oder gut zu nennen ist. Umso mehr haben wir Grund jedes Zeichen dafür, daß trotz der Ungunst der Zeit Kräfte des Widerstandes gegen Kleinmut und Pessimismus sich regen, wärmstens zu begrüßen. Ein solches Zeichen darf wohl auch in der Erscheinung dieser neuen Zeitschrift erblickt werden, die sich nicht scheut, ihren Namen dieser so traurigen und ungünstigen „Gegenwart“ zu entleihen. Was in einer Zeit so großen Dranges und solcher Not, wie sie uns jetzt bedrücken, neubegründet wird, ist aber dann hoffnungsvoll, wenn es dem Streben nach voller Einsicht in die tieferen Gründe der Not und die Uebelstände, unter denen wir leiden, entspringt.

Zweifellos ist dies die Absicht der Männer, die sich in dieser neuen Zeitschrift vereinigt haben und ihr Bestes dazu beitragen wollen, um die Wege zu zeigen, auf denen diese traurige österreichische Gegenwart in eine bessere österreichische Zukunft übergeleitet werden kann. Selbsterkenntnis ist immer und überall die unerläßliche Vorbedingung für Besserung und Reform. Im Grunde genommen obliegt heute allen Oesterreichern als erste und schwerste Aufgabe, sich über unsere Gegenwart selbst völlig klar zu werden, d. h. die Zustände, wie sie jetzt bestehen, rückhaltlos und ohne jede Selbsttäuschung ins Auge zu fassen. Denn damit können erst die Bedingungen klargelegt werden, von denen jedes günstige Aufsteigen, jede Besserung unserer Lage abhängen. Verfassung und Verwaltung, öffentliches Leben und der Volksgeist in unserem Lande, dann die wirtschaftlichen Verhältnisse sind die drei großen Gebiete, in die sich solche Betrachtung zunächst natürlich gliedert. Dabei darf nicht außer acht gelassen werden, daß schließlich doch immer der Erfolg jeder staatlichen Reform und wirtschaftlichen Aufwärtsstrebens im letzten Grunde doch von den Qualitäten und Mängeln der Einzelnen, der Individuen, aus denen sich der Volkskörper zusammensetzt, in weitem Ausmaße bedingt wird. Die „Privatmoral“ und die seelische Verfassung der Einzelnen sind es, aus denen sich die spezifische Lebensatmosphäre des ganzen Volkes in seiner Eigenart herausbildet und die schließlich doch immer das Schicksal von Volk und Staat in seiner gesellschaftlichen und kulturellen Gestaltung, sowie in seiner politischen und ökonomischen Leistungsfähigkeit im Wettbewerb mit den anderen Völkern entscheidend bestimmen. Hierbei wird natürlich ebenso auf geschichtliche Momente vollste Rücksicht genommen werden müssen sowie auf außerpolitische Zusammenhänge, unter denen wir leben.

Mit diesen Bemerkungen scheint mir ein allgemeines Arbeitsprogramm umrissen zu sein, das zu verwirklichen diese neue Zeitschrift berufen wäre. Es bedarf keiner Ausführungen darüber, daß solcher Vorsatz uns die österreichische Gegenwart, den Zustand unseres ganzen Lebens in den bezeichneten Richtungen aufzuzeigen, in weitem Maße zu offener und ungescheuter Kritik des Bestehenden führen muß. Natürlich ist damit auch schon gesagt, daß

solche Kritik sich gewiß nicht als bloße Negation darstellen, oder sogar darin erschöpfen sollte; sachlich wohlbegründete Kritik ist schon an und für sich positiv und daher aufbauend. So ist es z. B. klar, daß der augenblickliche Zustand unserer Verfassung in vielen Stücken durchaus unbefriedigend ist. Als Ergebnis der Zerstörung der Gesamtmonarchie und einer im wesentlichen 50 Jahre früher festgelegten Staatsordnung, sowie als Schöpfung einer revolutionären Bewegung hat die österreichische Verfassung von Anbeginn gewisse Grundzüge empfangen, die sie übrigens mit den gleichzeitig geschaffenen Verfassungen Deutschlands und der Tschechoslowakei teilt. Alle diese Konstitutionen streben darnach, eine parlamentarische Demokratie zu schaffen, die den gesetzgebenden Körperschaften die fast schrankenlose Macht gewährt. Alle diese Verfassungen sind weit entfernt von dem klassischen Grundsatz der Teilung der Gewalten, wie ihn die Revolutionen des 18. Jahrhunderts in Frankreich und vor allem in den Vereinigten Staaten als den stärksten Rückhalt der Freiheit angesehen und festgelegt haben. Es ist also gewiß der praktischen Erwägung wert, ob und inwieweit eine Umbildung unserer Verfassung gerade in dieser Richtung wünschenswert wäre. Man wird doch noch neuerdings erwägen müssen, ob nicht gerade im Interesse der Stärkung der Demokratie größere Selbständigkeit und Kräftigung einer vom Volke direkt gewählten Exekutive auch für Oesterreich wünschenswert wäre.

Ein anderes Problem von größter Bedeutung bietet der föderalistische Charakter unserer Verfassung dar, durch den die historische Eigenart des altösterreichischen Staatswesens konserviert wurde. Damit hängt dann unlösbar die Frage der Steuerteilung zwischen Bund einerseits, Ländern und Gemeinden andererseits zusammen. Der durch und Gemeinden andererseits zusammen. Der durch den gegenwärtigen Weltwirtschaftszustand begründete ökonomische und nationale Radikalismus macht uns an und für sich geneigt, in dem bündischen Charakter der österreichischen Republik die Ursache vieler ökonomischer und finanzieller Nachteile zu erkennen und von diesem Gesichtspunkte aus unsere Verfassung scharf zu kritisieren. Die gegenwärtig so viel besprochene Frage der Reform der öffentlichen Verwaltung ist natürlich ein integrierender Bestandteil des ganzen Verfassungsproblems. Auch hier ist es vor allem die in der Gegenwart gebotene Sparsamkeit der öffentlichen Mittel, die überall und zumal in unserem so schwer belasteten Staatswesen dazu drängt, über alle geschichtlichen und rein politischen Gedankengänge hinweg vor allem das rein ökonomische Moment auch im Bereiche der Verfassungsfragen mit besonderem Nachdruck zu betonen.

Die wirtschaftliche Not ist das eigentliche Lebensproblem der Gegenwart und unserer ganzen Gesellschaftsordnung. Die spezifisch österreichischen Züge der Erscheinungen, in welchen sich der unerbittliche Notstand unserer ganzen Existenz ausspricht, müssen von unserer öffentlichen Diskussion fortwährend mit der größten Schärfe erfaßt werden. Hier vor allem Führung und Abhilfe zu finden ist in der Gegenwart Oesterreichs das erste und dringendste Gebot.

Dabei wird man sich nicht darüber täuschen dürfen, daß der Zusammenbruch unseres Großbank-

wesens den wahren Mittelpunkt unserer österreichischen Wirtschaftsnot vorstellt. Die Frage des endgiltigen Schicksals der Creditanstalt ist sozusagen die Schicksalsfrage der ganzen österreichischen Volkswirtschaft geworden. Fortlaufende publizistische Kritik dieser ganzen weitverzweigten Materie ist jetzt umso wichtiger, als seit einiger Zeit die öffentliche Meinung in diesem Betracht sich zu einer zwar begreiflichen, aber nicht unbedenklichen Leidenschaftlichkeit zu entwickeln begonnen hat. Daß dies im wesentlichen dem tiefverletzten Rechtsgefühl gerade der besten Elemente unserer Gesellschaft entspringt, ist umso anerkennenswerter, als die lange Reihe der Bankerotte und der volkswirtschaftlich so schädlichen Ausnützung der verschiedenen Formen des Kreditwesens seit einem Jahrzehnt weder die so dringend notwendige Remedur durch Behörden und Gerichte gefunden hat, noch auch die so dringend gewünschte Reaktion der öffentlichen Meinung gegen die Urheber und wahren Ursachen solcher Depravierung vor allem gegen das private Spekulantentum und deren Nutznießer sich bisher eingestellt hat. Dennoch wird es, speziell was die Creditanstalt betrifft, dringend notwendig sein, nicht durch Ausbrüche politischer Leidenschaft oder durch Uebersteigerung der an und für sich voll berechtigten Forderung nach Strafe und Sühne, das so schwierige Werk der Erhaltung oder rationellen Liquidierung der größten Bank Oesterreichs in unwiederbringlicher Weise zu schädigen.

Für den so vielfach verzweigten Komplex von Interessen, die das Problem der Creditanstalt in ihrer gegenwärtigen Gestalt ausmachen, ist erst jetzt die endgiltige Vollendung der Aufnahme des finanziellen Tatbestandes und sodann die Taktik ruhiger Prüfung desselben möglich. Wie auf vielen anderen Gebieten der österreichischen Volkswirtschaft, kann auch auf diesem besonderen Felde wirklicher Neuaufbau erst geschaffen werden, wenn die allgemeine Wirtschaftskrise, die heute die ganze Welt erfaßt hat, mindestens zu weichen begonnen hat und wieder der Normalität zuneigende Verhältnisse sich auszubilden beginnen. Dies trifft vor allem für die ausländischen Wertbestände der Creditanstalt zu und für die Nutzbarmachung derselben zugunsten des Staates und der österreichischen Volkswirtschaft. Erst wenn, und sobald die gewaltigen Probleme der internationalen Finanz, wie sie gegenwärtig England und Deutschland, Amerika und Frankreich beschäftigen und zu einer internationalen Aktion zwingen, ihre Lösung oder mindestens die erste Etappe einer solchen erreicht haben werden, dann werden die segensreichen Folgen einer solchen, zum Wiederaufbau der Weltwirtschaft führenden Wendung, auch für unsere Volkswirtschaft wie für die aller Länder eintreten können. Das bedeutet natürlich nicht, daß wir heute in Oesterreich wirtschaftlich die Hände in den Schoß legen und auf den großen Tag der Erlösung apathisch warten sollen. Ganz im Gegenteil ist es notwendig, im engeren Bereiche unserer eigenen Interessen und unseres regionalen Zusammenarbeitens mit unseren Nachbarn, schon jetzt uns um die Auffindung neuer handelspolitischer Methoden und Wege zu bemühen sowie uns vor allem von der unseligen Wirkung jenes Schutzzollsystems zu befreien, das schon im letzten Viertel des 19. Jahrhunderts, vollends aber in der Zeit nach dem Kriege den europäischen Völ-

kern die größten Opfer und Verluste auferlegt hat. Ebenso wäre es unerlässlich, daß man schon jetzt für die Wiederkehr einer neuen Aera der Erhebung und des Wiederaufbaues unserer Wirtschaft vor allem auf dem Gebiete des Steuerrechtes Vorsorge trifft sowie auf der mit dem Budgetsanierungsgesetz von 1931 beschrittenen Bahn einer wirklich umfassenden Reduktion unserer Staatsausgaben womöglich bis an das äußerste Ende geht; es ist vor allem notwendig, daß man mit der ganzen Anschauung endgültig bricht, die in Oesterreich ganz besonders stark seit Jahrzehnten alle politischen Parteien und Interessengruppen beherrscht, daß nämlich der Staat berufen und geeignet sei, alle möglichen ökonomischen Aufgaben in Angriff zu nehmen und alle möglichen wirtschaftlichen Zwecke durch Subventionen aus öffentlichen Geldern zu fördern. Die unsagbare Ausdehnung der Staatsstätigkeit, die sich in Deutschland und in dem Gebiete des alten Oesterreich-Ungarn während der letzten Jahrzehnte vor dem Weltkriege und wieder nach dessen Beendigung unter Mitarbeit aller Parteien herausgebildet hat, dieser ganze sozusagen nie als Ganzes durchdachte Staats-Sozialismus der gleichzeitig in Rüstungen und Kriegsvorbereitungen sich erschöpfenden und dem Weltkriege zutauelnden bürgerlichen Gesellschaft, der sich dann in Mitteleuropa nach dem furchtbaren Ende des Krieges, aber nunmehr fast ohne kapitalistische Grundlage mit den inflationistischen Schwindelmethoden höchst unberufener „Retter“ der Wirtschaft und des „Staates“ sowie mit dem ganzen ökonomischen Wirrsal recht gut vertrug, das in dem Dezennium nach den Friedensverträgen Europa in seinem Bann hielt: diese ganze antilibérale Irrlehre ist eine der Hauptursachen der allgemeinen und beispiellosen Krise des Wirtschaftslebens in Europa und in Amerika, zugleich aber auch in den anderen Weltteilen geworden, zu deren endgültiger Beseitigung vor allem eine vollständige Gesundung des Denkens und der ganzen Geistesart unserer bürgerlichen Gesellschaft die unerlässliche Vorbedingung bildet. Dazu wird Oesterreich in Gemeinschaft mit Deutschland und seinen übrigen Nachbarstaaten beizutragen und daran mitzuarbeiten haben. Ich kann hier natürlich nicht in die Einzelheiten dessen eingehen, was man zusammenfassend die Weltwirtschaftsreform nennen könnte, will aber nur betonen, daß hiebei auch wir Oesterreicher dasselbe für unseren Staat und unser Land zu leisten haben werden.

Es ist eine allseitig umfassende Erneuerung des öffentlichen Geistes notwendig, wenn unsere so schlimme Gegenwart tatsächlich in eine bessere künftige Gestaltung unseres ökonomischen Lebens hinüberführen soll. Hiemit berühre ich schon, was als ein besonders schwieriges politisches Problem angesehen werden muß, worauf schon auch frühere, hier gegebene Bemerkungen hinweisen. Die Demokratie, wie sie sich in unserer Verfassung und in unseren Verwaltungseinrichtungen zum Ausdruck bringt, muß vor allem an sich selbst arbeiten und sich selbst reformieren, soll das große politische Prinzip, das sie repräsentiert, für uns und die nachfolgenden Geschlechter erhalten bleiben.

Kurz gesagt: Die Demokratie, die der Weltkrieg dem nunmehr Oesterreich genannten Trümmerstück des alten Reiches gleichsam als Geschenk gebracht hat, muß noch besser als sie es bisher in Oesterreich zu tun vermochte, den Beweis erbringen,

daß sie allein nach dem Wahnsinn des mehr als vierjährigen Weltkrieges, die furchtbaren Wunden, die dieser der ganzen Menschheit geschlagen hat, zu ihrem Teil auch zu heilen vermag. Dazu ist mancherlei notwendig und nichts Geringes. Hier steht an erster Stelle die große Frage nach der Gestaltung und dem Wesen des eigentlichen Instruments repräsentativer Selbstregierung des Volkes, des Parteiwesens. Ich kann hier diesen Punkt nur ganz kurz berühren, soviel auch gerade davon zu sagen wäre.

Unsere beiden großen Parteien sind noch zu sehr von ihrer Vergangenheit beeinflusst, in der sie als Kampfparteien erzogen worden sind: die eine, weil sie sich Monarchie und Klassenherrschaft als absoluten und übermächtigen Gegnern gegenüber befand, die andere, weil sie in dem Aufwachsen der Sozialdemokratie ebenso wieder einen absoluten Gegner erblickte, der auf jedem Felde bekämpft werden mußte. Man pflegt das bei uns damit zu begründen, daß man von Weltanschauungsparteien spricht. Inwieweit das richtig ist, kann ich hier nicht untersuchen, aber demgegenüber ist doch eine Tatsache unumstößlich richtig, daß nämlich in der vollendeten Demokratie alle republikanischen Parteien in der Volkseinheit und in der Sorge für das Wohl des ganzen Volkes, aller Klassen und aller Interessengruppen eine gemeinsame Aufgabe sehen müssen. In einer demokratischen Republik kann es kein Seitenstück dazu geben, daß man z. B. im Deutschland Bismarcks und Wilhelm II. große Parteien „Reichsfeinde“ nannte und als solche schlechthin ablehnte. Es darf also keine Partei von vornherein als grundsätzlich ausgeschlossen von der Teilnahme an der Staatsmacht angesehen werden, die ja doch nur als Macht des ganzen Volkes verstanden werden kann. Es darf aber auch keine Partei die Uebernahme der Macht und der Verantwortung, soweit sie damit auf sie fällt, grundsätzlich ablehnen, solange sie nicht allmächtig ist. Nirgends ist der Begriff des Absoluten, der bekanntlich auf allen Gebieten der Wissenschaft Schritt für Schritt zurückgewichen ist, heute weniger am Platz als in der Politik der Demokratie. Und um noch eines zu bemerken, was auch in Oesterreich, wie in anderen demokratischen Republiken unserer Zeit als ein Nachteil des Parteiwesens gelten muß. Das liegt darin, daß sich die Anschauung von der Ausschließlichkeit der Partei als Instruments der Demokratie ausgebildet hat. Das öffentliche Leben und die allseitige höhere Entwicklung des Volkes, seiner Kultur im weitesten Sinne, kann nicht auf die Funktion der politischen Parteien allein und deren Vermittlung ausschließlich angewiesen sein. Dadurch werden gerade auch in Oesterreich viele wertvolle Kräfte unterbunden und sozusagen für die Gesamtheit unfruchtbar gemacht. Dadurch wird aber auch die Bedeutung der Bürokratie, die nach ihrem ganzen historisch gewordenen Wesen und Begriff parteilos sein muß, übermäßig in die Höhe geschraubt, andererseits, wenn der Parteigeist auch in das Beamtentum eindringt — was gleichfalls eine der unerfreulichen Auswirkungen der parlamentarischen Demokratie zu sein pflegt — so ist damit doppelter Schaden gestiftet.

Schließlich sind im österreichischen Parteiwesen, nebst der auf dem Kontinent fast überall vorhandenen zu starken Zersplitterung der bürgerlichen Parteien, noch andere Erscheinungen eines

zu stark betonten Parteigeistes häufig wahrzunehmen, wie die zu weit getriebene Vertretung bestimmter Gruppeninteressen, vielfach auch die Bedingtheit durch regionalen Partikularismus.

Wenn es, wie oft beklagt wird, keinen ausgesprochen österreichischen Gesamtpatriotismus gibt, so liegt dies eben daran, daß in der Republik noch mehr als früher der engere Patriotismus für das einzelne Bundesland viel stärker wirksam geworden ist, als dies im alten Oesterreich der Fall war. Das hängt unauflöslich mit dem staatsrechtlichen Charakter der österreichischen Republik als eines Bundesstaates zusammen. Dem widerspricht nun der tatsächlich noch immer in der Bundesregierung und Bundesverwaltung vorhandene, wenn auch nicht ganz durchsichtige Zentralismus der Administration auf vielen Gebieten. Andererseits sind der Bundesregierung wieder manche Kompetenzen versagt zugunsten des im Grunde genommen so stark empfundenen Rechtes der Länder zur Autonomie und Selbständigkeit.

Kurzum: es bedarf in dieser schlimmen Gegenwart mehr als je vorher unermüdlicher gemeinsamer Arbeit aller, denen das Wohl dieser Republik am Herzen liegt, zur Milderung der Gegensätze von Klassen und Parteien, zur Stärkung des Bewußtseins der lebendigen Volksgemeinschaft, die alle umschließt. Wer Oesterreich wirklich kennt, weiß, daß bei uns innerhalb der Parteien und bei den Einzelnen sehr viel guter Wille und in praktischer Vernünftigkeit wurzelnde Kraft zur Verständigung und Zusammenarbeit vorhanden ist. Es ist das große Glück des österreichischen Volkes, daß, von einzelnen Erscheinungen der jüngsten Jahre abgesehen, Parteileidenschaft im allgemeinen noch nicht oft zu Erscheinungen geführt hat, wie wir sie zu unserer tiefen Betrübnis in Deutschland wirksam sehen. Die geschichtlich erwachsene kulturelle Kraft Oesterreichs, deren Anerkennung in neuerer Zeit so oft an unrichtiger Stelle und von den unrichtigen Leuten betont oder gefordert wird, bringt sich doch auch im politischen Leben Oesterreichs zur Geltung. Man kann hoffen, daß dies so bleibt, jedenfalls nicht verschlechtert wird, und daß lebendiges Gemeinschaftsgefühl und gegenseitige Duldung von Meinungen und Bestrebungen mehr und mehr an die Stelle des rücksichtslosen, bis zur Grausamkeit vorgetriebenen Parteikampfes tritt, wie wir ihn in anderen Ländern in seiner ganzen Furchtbarkeit mindestens zeitweise wirken sehen.

So schlecht Verhältnisse und Zustände unserer Gegenwart auch gewiß sind, ebenso sicher ist es, daß wir keinen Grund zur Verzweiflung haben. Nicht nur für die kleinen Staaten und Völker, sondern auch für die größten unter ihnen gilt es heute mehr als je, daß sie, wenn Not sie bedrängt, an die Solidarität der Völker und Kontinente, vor allem der europäischen Völkergemeinschaft, glauben und wenn es der Hilfe bedarf, an sie nicht hoffnungslos appellieren können. Dieses Gefühl muß auch in Oesterreich mehr und mehr unser Volk erfüllen und an die Stelle des früheren Generationen beherrschenden Sicherheitsgefühls treten, das der Machtstaat seinen Bürgern zu geben beanspruchte und auch vielfach gegeben hat.

Damit wären wir bei den Fragen der außenpolitischen Stellung unserer Republik angelangt, aber das ist ein zu weites Feld, das hier kaum mehr

als gerade noch berührt werden kann. Doch kann so viel gesagt werden, daß auch in diesem Betracht vor allem Ueberprüfung der längst umlaufenden Schlagworte und Dogmen dringend notwendig ist. Auch in dieser Hinsicht ist vor allem realistische Erfassung der Oesterreich gegebenen Gelegenheiten und verfügbaren Kräfte ein dringendes Erfordernis.

Rechtsfragen der Gegenwart

von Bundesminister für Justiz Dr. H. Schürff.

Bei der öffentlichen Erörterung gewisser Vorgänge der letzten Zeit hat es sich gezeigt, daß in der Bevölkerung mitunter recht unklare Vorstellungen über die Handhaben bestehen, die unser Strafgesetz zur Verfolgung von Bankrothandlungen darbietet, und ebenso über die Voraussetzungen, unter denen gegen einen flüchtigen Kridatar ein Steckbrief erlassen werden kann. Aus diesen unrichtigen Vorstellungen ergeben sich unbegründete Angriffe gegen die Rechtspflege und Justizverwaltung, wenn den Erwartungen der Oeffentlichkeit nach dem geltenden Gesetz nicht voll Rechnung getragen werden kann. Die an mich ergangene Einladung, einen Aufsatz über aktuelle Fragen der Gegenwart zu schreiben, bietet mir daher einen willkommenen Anlaß, die Oeffentlichkeit über die einschlägigen Bestimmungen des Strafgesetzes und der Strafprozeßordnung ein wenig aufzuklären.

Das Strafgesetz enthält Strafdrohungen sowohl gegen die vorsätzliche als auch gegen die fahrlässige Benachteiligung der Gläubiger. Zu den Strafbestimmungen gegen die vorsätzliche Benachteiligung der Gläubiger gehören der § 205a über die betrügerische Krida, der § 205b über die Schädigung fremder Gläubiger und der § 485 über die Begünstigung eines Gläubigers.

Des Verbrechens der betrügerischen Krida macht sich schuldig, wer vorsätzlich die Befriedigung seiner Gläubiger oder eines Teiles seiner Gläubiger dadurch vereitelt oder schmälert, daß er einen Bestandteil seines Vermögens verheimlicht, beiseite schafft, veräußert oder beschädigt, eine nicht bestehende Verpflichtung vorschützt oder anerkennt oder sonst sein Vermögen verringert. Das Gesetz zählt im § 205a die typischen Mittel auf, die zur Vereitelung der Befriedigung der Gläubiger verwendet werden. Sie alle bezwecken eine Vermögensverringerung, sei es nun eine faktische oder eine fingierte. Ob diese Handlungen vor oder nach dem Eintritt der Zahlungsfähigkeit begangen werden, ist gleichgültig, wenn nur dadurch eine Benachteiligung der Gläubiger eintreten soll. Ist der Schuldner eine Gesellschaft, Genossenschaft oder ein Verein, so sind die Bestimmungen des § 205a auf die Organe des Unternehmens anzuwenden, die die Tat begangen haben. Dasselbe gilt, wenn die Tat von jemandem begangen wird, der die Geschäfte des Schuldners selbständig führt. Als Organe des Unternehmens sind die Personen anzusehen, die durch Gesetz oder Rechtsgeschäft zur Vertretung der juristischen Personen berufen sind, also insbesondere die Mitglieder der Direktion, des Aufsichtsrates, des Verwaltungsrates, des Vorstandes einer Aktiengesellschaft u. dgl. Wesentlich für das Verbrechen der betrügerischen Krida ist, daß der Täter vorsätzlich handelt. Sein Vorsatz

muß sich auf die Verminderung seines Vermögens oder des Vermögens der Person, deren Organ er ist oder deren Geschäfte er selbständig führt, und auf die Vereitelung oder Schmälderung der Befriedigung der Gläubiger erstrecken. Wer bloß unüberlegt und leichtfertig wirtschaftet und dadurch immer tiefer in Schulden gerät, macht sich dadurch allein der betrügerischen Krida noch nicht schuldig.

Das Verbrechen der Schädigung fremder Gläubiger nach § 205b des Strafgesetzes begeht, wer ohne Einverständnis mit dem Schuldner vorsätzlich einen Bestandteil von dessen Vermögen verheimlicht, beiseite schafft, veräußert oder beschädigt oder ein nicht bestehendes Recht gegen das Vermögen des Schuldners geltend macht, um dadurch zum Nachteil der Gläubiger oder eines Teiles sich, dem Schuldner oder einem Dritten einen unberechtigten Vermögensvorteil zuzuwenden. Die Bestimmung bezieht sich bloß auf den Fall, daß der Dritte ohne Einverständnis mit dem Schuldner dessen Gläubiger schädigt, um damit sich, dem Schuldner oder einem Dritten einen unberechtigten Vermögensvorteil zu verschaffen. Denn handelte er im Einverständnis mit dem Schuldner, so würde er sich der betrügerischen Krida als Gehilfe mitschuldig machen.

Endlich macht sich nach § 485 StG. des Vergehens der Begünstigung eines Gläubigers schuldig, wer vorsätzlich nach Eintritt seiner Zahlungsunfähigkeit einen Gläubiger in der Absicht begünstigt, dadurch andere Gläubiger zu benachteiligen. Durch diese Strafbestimmung sollen die Fälle getroffen werden, wo ein zahlungsunfähig gewordener Schuldner vorsätzlich einen Gläubiger in einer gegenüber den anderen Gläubigern begünstigten Weise in der Absicht befriedigt, dadurch andere Gläubiger zu benachteiligen. Als betrügerische Krida kann eine solche Handlung nicht bestraft werden, weil der Schuldner durch Befriedigung eines Gläubigers sein Vermögen nicht verringert, indem dadurch die Passiven um denselben Betrag verringert werden wie die Aktiven. Der Täter muß zum Unterschied von den Verbrechen der betrügerischen Krida und der Schädigung fremder Gläubiger bereits zahlungsunfähig und sich der Zahlungsunfähigkeit bewußt sein. Zahlungsunfähigkeit liegt vor, wenn der Schuldner nicht in der Lage ist, seine Gläubiger innerhalb angemessener Frist nach der jeweiligen Fälligkeit ihrer Forderungen zu befriedigen.

Bei allen bisher besprochenen Delikten ist vorsätzliches Handeln erforderlich. Dagegen wird im § 486 StG. mit Strafe bedroht, wer seine Gläubiger fahrlässig dadurch benachteiligt, daß er seine Zahlungsunfähigkeit herbeigeführt oder daß er, nachdem er sich seiner Zahlungsunfähigkeit bewußt geworden ist, sein Geschäft, statt das Ausgleichsverfahren oder die Konkursöffnung zu beantragen, fortsetzt. Das Vergehen der fahrlässigen Krida umfaßt somit einerseits Bankrothandlungen vor Eintritt der Zahlungsunfähigkeit, andererseits Handlungen, durch die die Gläubiger nach Eintritt der Zahlungsunfähigkeit in ihrem Befriedigungsanspruch benachteiligt werden. Eine erschöpfende Aufzählung der Mittel, durch die die Zahlungsunfähigkeit herbeigeführt werden kann, ist nicht möglich. Das Gesetz stellt deshalb ganz allgemein das Herbeiführen der Zahlungsunfähigkeit unter Strafe und begnügt sich im übrigen damit, einige Beispiele anzuführen, so den Fall, daß der Schuld-

ner übermäßigen Aufwand treibt, leichtsinnig oder unverhältnismäßig Kredit benützt oder gewährt, ein Vermögensstück verschleudert oder ein gewagtes Geschäft abschließt, das nicht zum ordnungsmäßigen Betriebe seines Geschäftes gehört oder das mit seinen Vermögensverhältnissen in auffallendem Widerspruche steht. Als Handlungen, durch die die Gläubiger nach Eintritt der Zahlungsunfähigkeit benachteiligt werden können, bedroht das Gesetz mit Strafe: das Eingehen einer Schuld, die Zahlung einer Schuld, die Pfandbestellung und die verspätete Einbringung des Antrages auf Verhängung der Geschäftsaufsicht oder auf Eröffnung des Ausgleichsverfahrens oder des Konkurses. Auch hier ist die Strafbarkeit von dem Eintritt eines Nachteils für die Gläubiger abhängig.

Ebenso wie bei der betrügerischen Krida sind auch die Bestimmungen der §§ 485 und 486 auf die Organe des schuldnerischen Unternehmens und auf die Personen anwendbar, die die Geschäfte des Schuldners selbständig führen.

Besondere Strafbestimmungen bestehen schließlich noch gegen die mangelhafte Buchführung durch den Schuldner sowie gegen unredliche Machenschaften während einer Geschäftsaufsicht, im Ausgleichsverfahren oder im Konkurs.

Die Bestimmungen unseres Strafgesetzes über Bankrotthandlungen sind also recht zahlreich. Gleichwohl bestehen immer noch Lücken und häufig können Handlungen, die nach dem Rechtsempfinden des überwiegenden Teiles der Bevölkerung einer entsprechend strengen Ahndung bedürfen, entweder überhaupt nicht oder nur mit einer geringen Vergehensstrafe geahndet werden. Um wenigstens eine dieser Lücken zu schließen, hat die Regierung im Nationalrat einen Gesetzentwurf über die Bestrafung der ungetreuen Vermögensverwalter eingebracht. Darnach soll unter Umständen wegen Verbrechens bestraft werden, wer vorsätzlich durch Mißbrauch der ihm durch Gesetz oder Rechtsgeschäft eingeräumten Befugnis, über fremdes Vermögen zu verfügen oder einen anderen zu verpflichten, dem anderen einen Vermögensnachteil zufügt. Diese Strafdrohung gewährt den Gläubigern, die dem Gemeinschuldner die Verwaltung des Vermögens oder eines Teiles ihres Vermögens anvertraut haben, gegen frauduloses Vorgehen des Schuldners und seiner Organe erhöhten strafrechtlichen Schutz.

Sie schützt aber namentlich auch juristische Personen gegen ihre eigenen Organe und bietet dadurch indirekt allen Gläubigern solcher juristischen Personen Garantien, deren sie bisher entbehrten. Denn bisher konnten ungetreue Organe eines Kreditinstituts, wenn sie sich nur des plumpen Griffes in die Kasse zu enthalten wußten, der als Veruntreuung strafbar ist, nicht wegen Schädigung ihres Instituts, sondern nur auf dem Umweg über die Kridabestimmungen wegen Schädigung der Gläubiger ihres Instituts bestraft werden und da ihnen eine vorsätzliche Schädigung dieser Gläubiger nur in den seltensten Fällen nachgewiesen werden kann, nur wegen fahrlässiger Krida, somit wegen eines Vergehens.

Von der Art des Delikts hängen aber wieder die Maßregeln ab, die ergriffen werden können, um des Schuldigen habhaft zu werden. Nach § 416 StPO. kann die Ratskammer, in dringenden Fällen auch der Untersuchungsrichter, gegen Flüchtige und

solche Abwesende, deren Aufenthaltsort unbekannt ist, wenn sie eines Verbrechens dringend verdächtig sind, einen Steckbrief erlassen, der das an alle Gerichte und Sicherheitsbehörden gerichtete Ersuchen enthält, den Beschuldigten festzunehmen und dem Gerichte, das den Steckbrief erlassen hat, einzuliefern. Liegt dagegen nur der Verdacht eines Vergehens vor, dann ist es nach den Bestimmungen der Strafprozeßordnung unzulässig, gegen den flüchtigen oder abwesenden Beschuldigten einen Steckbrief zu erlassen, das Gericht ist vielmehr in solchen Fällen nur befugt, „wenn an der Habhaftwerdung des Beschuldigten sehr gelegen ist“, den Behörden eine Beschreibung seiner Person mit der Aufforderung mitzuteilen, im Falle der Auffindung das Strafgericht zu benachrichtigen, das die Personsbeschreibung erlassen hat. Daß eine solche Beschreibung zur Ausforschung nicht so rasch und so sicher zum Ziele führen kann wie die Verfolgung mittels Steckbriefes, bedarf wohl keiner weiteren Begründung. Dazu kommt, daß ein nur eines Vergehens Beschuldigter, der sich im Ausland aufhält, in der Regel für die österreichischen Strafgerichte überhaupt nicht erreichbar ist, weil — von wenigen Ausnahmen abgesehen — eine Auslieferung wegen Vergehens nicht stattfindet.

Es ist begreiflich, daß sich des Publikums Unmut bemächtigt, wenn in einer wirtschaftlich so kritischen Zeit der oder die Hauptschuldigen nicht gleich stellig gemacht werden können. Da taucht immer das volkstümliche Sprüchlein auf, „die kleinen Diebe hängt man, die großen läßt man laufen“. Aber korsische Vendetta und amerikanische Lynchjustiz sind in die Rechtspflege nun einmal nicht einzubauen. Das hindert aber nicht, daß jeder, ohne Ansehen der Person, der Schuld auf sich geladen hat, die Schwere des Gesetzes zu fühlen bekommt, sofern nur die Handhaben dafür vorhanden sind!

Nachklänge zur Zoll-Unions-Verhandlung im Haag.

Gefühlsmenschen und Verstandesmenschen auf
der Richterbank.

Von Univ.-Prof. Dr. Hans Sperl.

In diesem Jahre trat Oesterreich das erstemal vor der Cour permanente de justice internationale im Haag als Partei auf. Der Gegenstand und der Ausgang der Verhandlungen dürfen wohl als bekannt vorausgesetzt werden, zumal die Sache nicht nur in der ganzen Außenwelt, sondern auch in Oesterreich größtes Interesse gefunden hat. Der von dem Vizekanzler und Minister der auswärtigen Angelegenheiten Dr. Hans Schober mit den deutschen Ministern Brüning und Curtius geschlossene Vorvertrag über eine zwischen uns und Deutschland einzugehende Zollunion — der sich auch andere Staaten hätten anschließen können, im Sinne von Anregungen, die Briand gegeben hatte — sollte vom Gerichtshofe im Haag auf seine völkerrechtliche Vereinbarkeit mit Bindungen geprüft werden, die Oesterreich im Friedensvertrage und 1922 in

einem Genfer Protokoll übernommen hatte. Ein Rechtsgutachten sollte der Gerichtshof dem Völkerbund erstatten. Wie dieses lautete, ist bekannt. Sieben Stimmen, die Richter aus China, Belgien, Deutschland, England, Holland, Japan und den Vereinigten Staaten, gaben ihr Gutachten mit klarer und überzeugender Begründung dahin ab, daß Oesterreich durch den Zollunionsplan des 19. März 1931 weder gegen seine Pflichten aus dem Friedensvertrag noch gegen jene aus dem Genfer Protokoll verstoßen habe. Eine weitere Stimme (Kuba) fand den Unionsplan zwar nicht mit dem Friedensvertrag unvereinbar, wohl aber mit dem letztgenannten Protokoll. Wieder sieben Stimmen (Frankreich, Italien, Kolumbia, Polen, Rumänien, San Salvador, Spanien) sagten, die Zollunion sei mit dem Friedensvertrage und dem Genfer Protokoll unvereinbar.

Also stand das Zünglein genau inmitten der Waage, aber es war doch mit 8 gegen 7 Stimmen ausgesprochen, daß das österreichisch-deutsche Zollbündnis den von Oesterreich 1922 zu Genf, als es die Völkerbündnisse erhielt, auf sich genommenen Pflichten widerstreite. Und zwar der Zusage, keinem anderen Staate ein régime spécial einzuräumen und besondere Vorteile zuzugestehen, durch deren Gewährung im weiteren Verlaufe die indépendance financière ou économique oder gar die politische Selbständigkeit oder Unabhängigkeit Oesterreichs bedroht oder gefährdet werden könnte. Wie in der Verhandlung unwidersprochen vorgebracht wurde, hat sich 1922 diese Genfer Bindung Oesterreichs gegen Italien gerichtet. Es lagen damals Pläne in der Luft, Oesterreich zollpolitisch und wirtschaftlich weitgehendst mit Italien zu verbinden (Zoll- und Münzeinheit, eine einzige Notenbank in Rom usw.). Gegen diese Ideen sollte die früher angeführte Verpflichtung Oesterreichs eine unüberschreitbare Schranke bilden. Das Gewicht der gegen den österreichisch-deutschen Standpunkt abgegebenen sieben oder acht Stimmen mindert sich durch die Tatsache, daß diese Richtermehrheit in ihren Entscheidungsgründen nicht einheitlich war. Der große Völkerrechtslehrer Anzilotti (Italien) stimmte zwar in dieser Mehrheit, aber mit einer besonderen Begründung. Doch würde es uns zu weit führen, hier auf diesen Dissens genauer einzugehen. — Wenn wir schon daran sind, die Stimmen der Richter zu wägen, so dürfen wir auf einen weiteren bedeutsamen Umstand hinweisen. Die sieben Richter der Minderheit kommen aus Ländern, die zusammen, manche schon einzeln, eine Menschenzahl enthalten, die ein Vielfaches von dem ausmacht, was die Einwohnerzahl aller Länder der Mehrheitsrichter zusammen beträgt. Allein China übertrifft an Menschenzahl die Summe der Einwohner aller Länder der Richtermehrheit; aber auch Großbritannien und die Vereinigten Staaten von Nordamerika tun es.

Hinter den sieben für die Statthaftigkeit der Zollunion stimmenden Richtern stehen mindestens fünfmal so viele Menschen als hinter den Mehrheitsstimmen. Aber ich gebe zu, daß dies kein richtiger Gesichtspunkt für die kritische Prüfung der getroffenen Entscheidung wäre. Nur die juristischen Tatsachen und die rechtlichen Argumente dürfen für die Wertung des Spruches maßgebend sein. Und da möchte ich einer in vielen Zeitungen und bei ihren Lesern wahrzunehmenden Auffassung entgegentreten. Der Haager

Gerichtshof ist keine Diplomatenkonferenz, keine Versammlung von Delegierten der Staaten, aus denen die Richter stammen. Diese haben keine Vollmacht, erhalten keine Instruktionen, sind nicht Boten oder Sprachrohre ihrer Regierungen. Vielmehr sind sie alle vollkommen unabhängig, wie unsere inländischen Richter, nur ihrem Gewissen und der Rechtsordnung verantwortlich.

Ihre Unabhängigkeit ist auch eine politische. Irgendwelche Beeinflussung durch ihre Regierung muß als ausgeschlossen gelten und das eigene nationale Fühlen und Denken hat der Richter zurückzudrängen. Nur Richter, bei denen diese volle äußere und innere Unabhängigkeit zutrifft, werden das Vertrauen aller Länder genießen, nur sie können dem Gerichtshofe die Weltautorität bereiten und erhalten, deren er bedarf, wenn er ein wirksames Werkzeug des Friedens und der menschlichen Kultur sein will. In der Tat ist die Zusammensetzung der Cour permanente eine solche, daß dieses Vertrauen ein berechtigtes ist. Die fünfzehn Richter sind die ausgezeichnetsten Männer ihrer Nationen, alle bewährt im Leben, im Beruf und als internationale Rechtsgelehrte von Rang, deren Unparteilichkeit niemand anzuzweifeln Grund hat. Sonderpolitische, eigenationale Interessen wird keiner dieser Männer an die Stelle gerechter Gründe setzen. Auch im Zollunionsfalle ist das gewiß nicht geschehen. Vereinzelt Journale haben es zwar behauptet, allein diesen fehlte der Einblick in die Innenwelt dieses Gerichtshofes.

Freilich hatte es den Anschein, als sei doch ein politisches Empfinden mit unterlaufen, denn die acht Richter der Mehrheit waren fast sämtliche Romanen, Franzose, Italiener, Spanier, Rumäne, Portugiese, nur ein Pole. Aber ich möchte diese Tatsache anders erklären als durch die Annahme einer nationalen Befangenheit oder politischen Gegenstimmung. Die südlichen Nationen mit ihrem lebhafteren Empfindungs- und Gefühlsleben haben nicht die den germanischen und asiatischen, vorwiegend den Norden der Erde bewohnenden Völkern eigene Gabe, sich gleich einem wissenschaftlichen Forscher derart vollkommen zu objektivieren gegenüber dem Gegenstande ihrer Untersuchung, kalt und unbeirrt heranzutreten an die Erscheinungen der Außenwelt. Ihr Auge ist ein anderes, ihre Sinne sind wärmer, ihre Empfindungen stärker, sie können diese unter der Schwelle des Bewußtseins liegende Gefühlswelt nicht so hinunterdrücken, wie im Bereiche der Naturwissenschaft der ruhige, kühle Tatsachenforscher es zu tun pflegt. Wir müssen uns in die Art und Empfindungsweise Andersnationaler hineindenken. Bei Ihnen ist die innerliche Ernährung des Geistes eine andere; aufdringende Gefühlskomplexe verbinden sich mit der Arbeit der Gedanken und geben diesen Färbung und Richtung. Alles sehr wohl im eigenen Gefühle vollster Wahrhaftigkeit und Ueberzeugungstreue. So kann und muß ihnen manches anders erscheinen als uns und anders, als wir es in unserer Handlungsweise gemeint hatten. Daß die Zollunion nur als ein volkswirtschaftliches Unternehmen gedacht war, als die Verbindung zweier Wirtschaften, nicht zweier Staaten, das ist eine Vorstellung, zu der sich die romanischen Richter nicht zu entschließen vermochten. Sie betrachteten die Sache im Lichte der Zeitgeschichte und des politischen Geschehens in Europa. In diesen Entwicklungsgängen schien ihnen

die Zollunion eine Stufe zu sein in der Fortbewegung gegen ein genau umschriebenes und bewußt angestrebtes Ziel politischen Charakters, den „Anschluß“ Oesterreichs an das Deutsche Reich. Diesen Anschluß fanden sie durch die Friedensverträge verboten, richtiger an die Zustimmung des Völkerbundes gebunden. So konnte ihnen die Zollunion als ein Schritt zu einem verbotenen Ziele erscheinen, eine Auffassung, welche die Würdigung des zu beurteilenden Vorganges beirren mußte. Freilich, die Frage, die der Völkerbundrat zum Gutachten vorgelegt hatte, ging nicht in diese Richtung; sie lautete kühl juristisch: ob das österreichisch-deutsche Projekt zwei Texten widerspreche, dem Vertrag von St. Germain oder dem Genfer Protokoll von 1922. Die Einbettung dieser Frage in die außenpolitische Entwicklung von Europa lag außerhalb des Themas für das Gutachten. Die romanischen Richter haben aber das Problem nicht chemisch rein davon abgesondert, sie konnten sich offenbar nicht so isolieren, konnten nicht gedankmäßig abrücken von dem Gesamtbilde des gegenwärtigen Europa; sie sahen die ganze Streitfrage eingelagert in die Wirklichkeit des staatlichen Zusammenlebens der europäischen Völker und im Lichte der hier durch die Verträge hergestellten politischen Lage. Es ist nicht richtig, aber doch verständlich, daß jene Richter aus der Zollunion heraus eine fernere Entwicklung besorgten, die zu einer organisch-staatlichen Verbindung der zwei zollgeeinigten Staaten, also zu einem neuen politischen Gebilde führen konnte, das heißt zu einer Verschiebung der in den Friedensverträgen vorgezeichneten Kräfteverhältnisse.

Die rein juristische, unbefangene Abwägung des Haager Ergebnisses ergibt für Oesterreich einen Erfolg. Sogar die Begründung des Mehrheitsgutachtens sagt: vom juristischen Standpunkt aus stünde die Zollunion nicht im Widerspruche mit den Friedensverträgen, nur vom point de vue économique aus gesehen, sei es schwer anzunehmen, daß die Gewährung eines besonderen Zollregimes an Deutschland nicht die Natur an sich trage, die wirtschaftliche Unabhängigkeit Oesterreichs zu gefährden. — Damit ist gesagt, daß die Rechtsfrage des ganzen Problems im Sinne Oesterreichs zu beantworten war; und der Völkerbundrat hatte keine andere Frage gestellt, als eine Rechtsfrage.

Zähne zusammenbeißen, durchhalten!

Von Dr. Karl Drexel.

Leiter des Bundesamtes für Statistik.

Das Winterhalbjahr, an dessen Anfang wir jetzt stehen, gehört zweifellos in die Gruppe kritischer Zeiten unseres Volkes und es ist sehr wohl begründet, wenn viele mit schwerer Besorgnis die nächste Zeit kommen sehen. Einerseits schaut der Wissende allerlei Gefahren, ganz neuartige, für die es noch kein Rezept gibt; sieht sich vor Aufgaben gestellt, schwer und von großer Tragweite. Wird sie unser Volk meistern, eine annähernd richtige Lösung finden oder wenigstens mit dem kleinsten Schaden oder Verlust darüber hinwegkommen? Wird in uns das Gefühl gemeinsamer Gefahr, ge-

meinsamen Schicksals und gemeinsamer gleichartiger Verpflichtungen so lebhaft werden, daß wir hoffen dürfen, aus der Gefahrenzone wieder herauszukommen, ohne daß Volk und Vaterland schweren Schaden leiden?

Ich denke an eine schwere Zeit in der sibirischen Gefangenschaft. Etwa 5000 waren wir in einem elenden Barackenlager in Petropawlowsk. Tschechische Legionäre waren unsere Herren, behandelten uns hart und beschämend. Wir mußten mühsam lernen, das Joch schweigend zu ertragen, durften beim Rapport mit keiner Miene zucken, auch wenn man uns eine halbe Stunde am Abend in der sibirischen Kälte Habtachtstehen ließ. Jeden Tag! Der leise Versuch eines Protests wurde mit Arrest bestraft. In einer ganz kalten Zelle.

Aus anderen Lagern hatten wir die Nachricht bekommen, daß mehrere Kameraden ohne jede Berechtigung und ohne Grund erschossen worden waren, nachdem sie vorher noch mit eigenen Händen eine Grube ausgehoben hatten, die ihr Grab werden sollte. Das war hart. Aber wir hofften doch immer noch auf bessere Zeiten, auf das Vorrücken der Bolschewiken, die uns dann etwa wohl in die Heimat lassen würden, wo wir noch den Sieg des Vaterlandes miterleben könnten.

Im Herbst 1918 kamen immer schlechtere Nachrichten und auch die Optimisten wurden ernster, schweigsamer und konnten ihre Furcht nicht mehr verbergen. Im Lager kochte es. Das Fieber stieg. Am 10. November, an einem Sonntag, erwartete man von mir, daß ich bei der Predigt ein Wort spreche. „Der Krieg ist aus und wir haben ihn nicht gewonnen.“ Das war die Formel, um gleich im Zusammenhang damit die ganze Gemeinde aufzufordern, starkmütig den schweren Schlag zu ertragen und gleichzeitig alle vorzubereiten, Mut zu fassen, und zu Hause auf dem Boden, wo das Vaterland abgebrannt war, neu zu bauen.

Es folgte nun die härteste Zeit. Eng aneinandergepreßt, zusammengehalten durch eine Lagerumzäunung und viele Wachposten, ging der Flecktyphus mit einem, in solcher Schärfe bisher nicht gekannten Angriff auf uns los. Daneben alle möglichen anderen Krankheiten, bis zur Cholera. Das große Spital, ein nackter Barackenbau, war bald überfüllt. Eine zweite und dritte Baracke mußte geräumt werden, um Kranke aufzunehmen. Da half keine Vorsicht, da gab es kein Schutzmittel und oft genug traf es zu, daß die rauhe Hand mitten heraus solche packte, die den ganzen Tag den Handschuh trugen oder immer mit dem Taschentuch in der Hand, ängstlich bedacht waren, ja mit keiner Türschnalle oder dergleichen in unmittelbare Berührung zu kommen. Täglich Beerdigung von Kameraden. Im Jänner 1919 war es so kalt, daß wir keine Gräber mehr aufwerfen konnten.

Wir hatten nur ganz schlechtes Werkzeug, mit denen nichts mehr anzufangen war und Dynamit, um einen Trichter aufzureißen, fehlte. Durch einen Monat hindurch legte man die Toten neben dem Spital ins Freie, einen über den anderen, so wie einen Holzstoß. Wir haben später 150 auf einmal beerdigt. Unsere neuen Herren, die Bolschewiken, behandelten uns anständig. Aber sie waren selbst machtlos dem Flecktyphus gegenüber, dem ärgsten Feind ihrer großen Pläne, wie sie selbst sagten.

Von zu Hause schon mehr als ein Jahr keine Zeile und der bohrende Zweifel für die Aermsten, wie es Frau und Kindern ginge, was Eltern machten, war ärger als eine bestimmte Trauerbotschaft.

Und doch haben viele durchgehalten, die der Typhus unberührt ließ oder die im Ringkampf mit ihm mit dem stärkeren Herzen Sieger blieben. Wir hatten alle eine Sorge, hatten alle die gleiche Not und das hat uns gegenseitig nähergebracht, ließ allerlei Gegensätze und Unterschiede verschwinden. Wir waren eben alle gleich arm und in mancher Hinsicht gerade jetzt stärker und reicher als in besseren Zeiten.

Wenn wir sahen, daß einem die Last zu schwer wurde, nahmen wir ihn mehr in die Mitte, gaben uns mit ihm näher ab. Politische Gegensätze oder solche philosophischer Anschauungen traten gar nicht mehr zutage und begreiflicherweise entwickelten sich damals Lebensfreundschaften, wie sie zu Hause gar nicht entstehen können. Auch ganz Arme können sich helfen und können als Gesamtheit stark werden, wenn sie es verstehen, zusammen zu halten und zu einem einheitlichen Lebenswillen zu gelangen!

An diese vergangene Zeit denke ich, wenn die Tatsachen, die Gefahren, die Möglichkeiten der nächsten Wochen und Monate in meiner Phantasie aufmarschieren. Es sind Gefahren dabei, die ohne unsere Schuld kamen und die wir nicht unbedingt meistern können, so wie es damals beim Flecktyphus oft der Fall war. Aber eine Gefahr ist schon halb überwunden, wenn man den Mut hat, sie ruhig und fest ins Auge zu fassen, mit einem gewissen Vertrauen darauf, sei es ganz heil oder aber mit einem erträglichen Verluste davonzukommen. Unter den Kameraden, welche mit Fieber in das Spital kamen, brachen die einen über dieser Tatsache ganz zusammen und wenn ich sie dann besuchte und tröstete, weinten sie, erzählten, wie viele Tote in den letzten Stunden aus dem Saale getragen worden waren, sahen sich schon draußen bei den Leichen liegen und waren nach dem schrecklichen Eindruck, den die neue Umgebung auf sie machte, keinem Trostwort zugänglich, sprachen noch von den Lieben zu Hause und steckten den Kopf in das von Tränen schon ganz genetzte Kissen. Es war oft so hart, daß einem bei aller Abhärtung fast selbst die Tränen kamen. Alle diese Entsagenden waren meist sichere Todeskandidaten. Denn das Herz und die Nerven halfen nicht mit, die Gefahren zu überwinden. Das Gegenteil davon die anderen. Ich hatte ihnen bei einer Sonntagspredigt zugeredet, ihr Testament zu machen, um aufrecht zu bleiben auch in Todesgefahr. Viele hielten es so und kamen davon, trotzdem ihre Fieberkurve die Schwere des Angriffes versinnbildlichte.

So ähnlich wird es dem österreichischen Volke in diesem Winter ergehen. Die Gefahr ist größer, als viele heute sie erkennen. Und trotzdem, wenn alle zusammenhalten würden, mag kommen, was wolle: Oesterreich wird standhalten und wird der ganzen Welt ein mahnendes Beispiel geben.

Auch die anderen Staaten ringsherum haben ihre Not und vorläufig wollen alle sich retten, indem sie die Haustüre zuschlagen und fest verriegeln. Die Folge davon ist, daß wir von Tag zu Tag weniger Aufträge aus dem Ausland bekommen. Die Schwierigkeiten auf dem Geldmarkte hemmen auch unseren Auslandsverkehr. Seit Jahr und Tag ver-

trete ich die Notwendigkeit, daß unser Oesterreich sich einem größeren Wirtschaftsgebiete, das kann nur das Deutsche Reich sein, anschließe. Meine Begründung lag einzig darin, daß die österreichische Wirtschaft, in allen ihren Zweigen, von solcher Art sei, daß sie ihr Leben nur in einem großen Wirtschaftsverbände erhalten könne. Viele zauderten, die Tatsache ganz durchzudenken und einen zwingenden Schluß zu ziehen, andere träumten davon, daß Oesterreich selbständig bleiben müsse. Die nächsten Monate werden Oesterreich noch mehr isolieren als es bisher schon der Fall war.

Vor einigen Tagen sperrte die Schweiz die Holzeinfuhr aus meiner waldreichen Heimat; sie war der einzige Abnehmer gewesen. Eben höre ich einen Klageruf der Textilindustrie, die keine Baumwolle bekommt und bald auch nicht mehr ins Ausland liefern kann, wenigstens nicht annähernd so wie bisher.

Heute mir, morgen dir; heute rot, morgen tot. Es ist wie im Kriege. Dieser Gefahr schaue ich vorerst in das Auge. Sie trifft zwei Gruppen meiner Mitbürger: solche, die zu leben haben, auch wenn sie einige Zeit nichts verdienen, und andere, die morgen hungern, wenn sie heute keinen Arbeitslohn erhalten. Diesen muß ich helfen. Die anderen kommen schon von selbst durch.

Eine andere große Gefahr ist die Kreditanstalt. Heute wissen wir alle, daß die Lösung der Aufgabe falsch war. Als wir noch frei waren in unserer Stellungnahme, trat ich für ein Moratorium ein, um später die Tatsachen genauer zu sehen und dann eine möglichst richtige Entscheidung treffen zu können. Eine Mischung ganz merkwürdiger Umstände führte zu jenen raschen Entschlüssen und auf Wege, wo man nicht mehr umkehren kann, denn in zu großer Eile wurden die Schiffe verbrannt. Die Lage ist so ernst, daß es ganz falsch ist, noch länger nach rückwärts zu schauen und darüber nachzudenken, was man hätte tun sollen. Heute handelt es sich darum, wie ist die Gefahr zu meistern, wie ist der Schaden möglichst zu verringern. Unsere Verantwortlichen im Staate erkennen hoffentlich sowohl Gefahr wie Pflicht. Noch kann vieles gerettet werden auch aus der brennenden Kreditanstalt. Und wenn ich da ein Wort der Mahnung sage, so weiß ich, daß ein guter Teil des Vertrauens zu den Führenden und auch ein gutes Stück Wille zum Ertragen und Durchhalten damit zusammenhängt, ob es gelingt, den Verlust, der mit unserer Haftung für die Kreditanstalt zusammenhängt, auf ein Mindestmaß herabzusetzen. Ein Frontstück im Ringen mit der Kreditanstalt haben wir verloren. Wenn der Staat nicht achtgibt, dann besteht die Gefahr, daß die Kreditanstalt zu einer vollen schweren Niederlage wird, wie wir im ganzen Weltkrieg keine ähnliche erfahren haben.

Mit den beiden eben geschilderten Gefahren hängt ursächlich und als deutliche Begleitscheinung die Arbeitslosigkeit zusammen. Es bedeutet für mich einen Hoffnungsstrahl, daß diese große Menge der Arbeitslosen fast ähnlich das Schicksal erträgt wie wir Kriegsgefangenen in Sibirien und ich danke ihnen im Stillen vielmal dafür. Nun mögen die anderen, welche die Sorge um das tägliche Brot noch nicht drückt, aus dieser stillen Ergebenheit nicht etwa den Schluß ziehen, daß es den Arbeitslosen leidlich gut geht, daß die Gefahr nicht so groß sei und allen denen, die heute

in der Not eines großen Volksleids Konventikel halten, wie man unsere Zeit vielleicht ausnützen könnte für Verfassungsänderungen, für Donauföderation, für legitimistische Ziele, denen muß ich heute deutlich sagen, daß sie ein großes Unrecht am Volke tun und daß es sich fürchterlich rächen könnte, in solcher Zeit die einzige Aufgabe, die wir haben, zu übersehen: alle Sonderbestrebungen, alle Probleme, alle Zukunftsprogramme beiseite zu lassen, um geeinigt dem Volke zu helfen, die schwere Krise zu überwinden.

Ein leuchtendes Beispiel mitten in diesem erschütterten Europa: die Schweiz. Die alten Parteien wählten vor einigen Wochen ihre Vertreter in den Nationalrat. Ganz ruhige Wahl, die bisherigen Parteien kommen alle fast in gleicher Stärke wieder in den Nationalrat, und obwohl auch die Schweiz, ein verhältnismäßig kleines Schiff, mit uns mitten auf dem stürmischen Meer ist, die gleichen Gefahren kommen sieht, sehe ich dort eine ruhige, feste Hand und ein Beispiel dafür, wie die Gefahr kleiner wird und der zukünftige Himmel heller erscheint, wenn ein Volk in echter Vaterlandsliebe noch einige Punkte hat, wo alle miteinander einig sind und wo der als ein Verräter gilt, welcher die Sache des Volkes schädigt!

Wenn das alle österreichischen Parteien in gleicher Weise verstehen und darnach handeln würden, ließe ich das nächste halbe Jahr ruhig kommen. Ein paar Schläge halten wir Oesterreicher aus und was kommen muß, möge kommen und uns in dem Willen antreffen, auf alle Fälle durchzuhalten. Dann wird der Schilling fest bleiben, dann werden unsere Arbeitslosen und die anderen Armen das tägliche Brot haben, dann ist es nebensächlich, wenn durch einige Monate kein Sparvermögen angelegt werden kann. Aber durchkommen werden wir, leben werden wir und vielleicht neue Kraft bekommen, um eine spätere Zukunft zu meistern.

Die Störer dieses Willens aber würde ich strenge behandeln. Für Leichenfledderer hatten wir im Felde kurzerhand den Strick. Ich würde ein Standrecht erklären allen gegenüber, welche die Währungsnot noch verschärfen, welche zum Bürgerkrieg aufreizen und welche immer wieder zu verhindern suchen, daß das Volk im Vertrauen zu den gewählten Führern auch die Kraft zum Widerstand findet. Und wenn unsere Zeitungen mithelfen, nichts mehr berichten über die Mutlosigkeit, die sich z. B. in Selbstmorden äußert, oder über politische Marodeure, die jetzt ihre Zeit gekommen sehen; wenn die Männer der Presse wohl die Tatsachen bringen, auch warnen und mahnen, aber deutlich erkennbar nach Art des Soldaten, der nach vorne geschickt wurde und nun von seinem erhöhten Platze aus dem Kommando meldet, was an der Front vorgeht, wenn man aus allen diesen Stellungnahmen deutlich merkt, das sind die unsrigen, die mithelfen, dann erfüllt die Presse eine große Aufgabe, der bestimmt, wenn sie selbstlos und richtig erfaßt ist, auch der Erfolg und der verdiente Dank beschieden sein wird.

Bilder der Gegenwart.

Unehrlisches Spiel.

Dem Sportgeist der Amerikaner und Engländer ist nichts so sehr zuwider als ein Verstoß gegen Anständigkeit und europäische Sitten. Ueber allen ihren Handlungen im Leben und in der Politik schwebt die Devise: „fair play“, die sich in diesen Staaten zur Gesellschaftsmoral entwickelt hat.

Als Vertragspartner sind Großdeutsche und Landbund in die Regierung eingetreten, haben sich bedingungslos den Pflichten gefügt, die ihnen der Vertrag auferlegte. — Es ist weder Auflehnung gegen gerechtfertigte Opposition oder Polemik, die diesen Zeilen als Triebfeder dienen. Es ist einfach die Forderung nach politischer Anständigkeit.

Die Angriffe, die gegen Dr. Schober im Zusammenhang mit der Zollunionsfrage gerichtet wurden (der Beschluß einer österreichisch-deutschen Zollunion wurde von allen Mitgliedern der Regierung Ender einstimmig beschlossen und begrüßt) und das Verhalten der der Regierung nahestehenden Presse bei allen möglichen und unmöglichen Angelegenheiten, die dazu dienen sollen, den Vizekanzler der Regierung Buresch herabzusetzen, müssen, wengleich diese Angriffe mit untauglichen Mitteln geführt werden, nackt und wahr als unehrliches Spiel bezeichnet werden. Hat eine vertragsschließende Partei die Verpflichtung übernommen, die Regierung zu unterstützen, mit ihr sozusagen durch dick und dünn zu gehen, so ist es nur selbstverständlich, daß auch die andere vertragsschließende Partei alles vermeidet, was als Verletzung der Vertragstreue einem Mitglied der koalitierten Regierung gegenüber bezeichnet werden muß.

Nur in Ehen, die der Dichter August Strindberg schildert, wirft ein Teil solche Haß- und Schmutzwellen gegen den anderen auf; es ist klar, daß es klüger ist, wenn solch eine Ehe in Brüche geht, als daß sich Mann oder Frau immer einer tückischen Tat des Partners versehen müssen.

Es liegt dem Vizekanzler Dr. Schober fern, gegen Polemik zu polemisieren. Er wendet sich auch nicht gegen jene Zeitungen, die er nicht an sich herankommen ließ und die sich dafür rächen wollen, daß er ihre Ueberhäufungen mit Ehrenstellen ablehnte. Es handelt sich klipp und klar um die zur Regierung in naher Beziehung stehenden Blätter, die, auf die Langmut des Vizekanzlers bauend, Tag für Tag ihrem Publikum mit neuen „Hetzphrasen“ kommen, um die Person Dr. Schobers, der ein Mitglied ihrer Regierung ist, zu verunglimpfen.

Zwar führten die Beschuldigungen bis jetzt stets noch zu einer Blamage der Beschuldiger und das wird auch in Zukunft der Fall sein, aber die Böswilligkeit besteht und die Frage, die der christlichsozialen Partei vorgelegt werden muß, lautet: Ehe oder Trennung?

Es gibt viele Dinge, über die der Vizekanzler der Regierung Buresch, der Außenminister und beurlaubte Polizeipräsident nicht sprechen darf, nicht sprechen kann und nicht sprechen will. Für heute sei das eine gesagt: Die Schonzeit ist vorüber; nicht nur für das Niederwild!

Die Drahtzieher und ihre Presse.

Seit den Wahlen von 1930, die der „Wahlgemeinschaft Nationaler Wirtschaftsblock und Landbund“ einen ansehnlichen Erfolg brachten und die beiden Mittelparteien zu einem Faktor von entscheidender Bedeutung im parlamentarischen Leben machten, führt die christlichsoziale Presse einen erbitterten Kampf gegen Vizekanzler Dr. Schöber, einen Kampf, in dem sie jeden Bundesgenossen willkommen heißt, mögen es auch Abtrünnige und Renegaten sein, ein Kampf, der in der Wahl seiner Waffen wenig wählerisch ist und die Unterstützung dort nimmt, wo er sie findet. „Fort mit Schöber!“ ist die Parole dieses Feldzuges. Verdächtigungen und Verdrehungen, grobe Unwahrheiten und böswillige Erfindungen sind das Arsenal, aus dem die Sturmwerkzeuge für diese Kampagne immer geholt werden, wenn auf höheren Befehl aus dem Hinterhalt zu einem neuen Angriff geblasen wird. Bald ist es die „Blamage der Zollunion“, bald der „Verrat an der Heimwehr“, einmal die Ermöglichung der Wahl Eldersch und Renner zu Präsidenten des Hauses, dann wieder die Putschvorbereitung des Heimatschutzes, an denen der „Hochverräter Schöber“ ernstlichen Anteil genommen hat — beinahe für jeden Tag der Woche haben sich diese Interpreten des politischen Liedes ihre Strophen zu rechtgelegt und es mag was immer passieren in der großen Welt oder in dem kleinen Oesterreich, man darf sicher sein, daß postwendend selbstverständlich Vizekanzler Dr. Schöber und seine Politik als die Schuldtragenden an den Pranger gestellt werden. Ernste politische Kreise, die sich nicht durch die Scheuklappen einseitiger Parteipolitik den Blick einengen lassen, haben für diese publizistischen Don Quichotes längst nur mehr das mitleidige Lächeln, das sie verdienen und lehnen es ab, die Wertung eines an erster Stelle im öffentlichen Leben stehenden Funktionärs durch die Brille des Parteihasse vorzunehmen und sich Schuldprüche eines parteiisch zusammengesetzten Gerichtshofes oktroyieren zu lassen, der bei seinen Urteilen den Weisungen unsichtbarer Hintermänner folgt. Die Not in Oesterreich ist groß und zeitigt solche Auswüchse. Derlei publizistische Exekutivorgane verborgener Drahtzieher kennt das parlamentarische Leben aller Staaten und es wäre verfehlt, ihrer „verdienstvollen“ Tätigkeit Bedeutung beizulegen. Wer auf der breiten Straße der Öffentlichkeit aufrecht und zielbewußt seines geraden Weges geht, muß es mit in den Kauf nehmen, aus dem Hinterhalt angefallen zu werden.

Im Vordergrund des Kampfes gegen Schöber steht, wie kaum anders zu erwarten, die „Reichspost“. Sie ist das führende Organ der Partei, ihr fällt daher auch die Aufgabe zu, an der Spitze zu marschieren. (Wenn damit nicht allzuviel persönliches Risiko verbunden ist, mimt man ja in der „Reichspost“ gern die Helden sonder Furcht und Tadel.) Das Signal zu den Angriffen gegen Doktor Schöber geht also zumeist von der „Reichspost“ aus und der liebliche Chor der kleinen und kleinsten Parteiblätter in den Ländern fällt dann fröhlich ein, nimmt das angegebene Thema auf, variiert es mit Liebe und mehr oder minder parteipolitischem Verständnis, bringt eine neue Nuance, verbreitet sich über dieses oder jenes Detail, verwertet es auf lokalem Boden und sucht nach Kräften das

seinige dazu beizutragen, damit der vielstimmige Chorgesang des Hasses in der Öffentlichkeit die gewünschte Resonanz und Beachtung finde, bis von Wien aus wieder ein neues Schlagwort zur Erörterung gestellt wird, worauf das liebliche Schauspiel von vorne beginnt. Wobei zugegeben werden muß, daß die Regie gut und wirksam ist. Ein Signal aus Wien, der Taktstock wird gehoben — es muß ja nicht gerade der Taktstab eines Musikers sein — und im Parteiblätter- und -blättchenwald beginnt es zu rauschen, immer in der schon so oft enttäuschten Hoffnung, daß der entfachte Sturm diesmal sein Opfer finden werde. Wenn nicht, dann aber bestimmt das nächste Mal . . .

Manchmal scheint aber dem Generalstabschef der christlichsozialen Druckerschwärze auch eine andere Methode des Angriffes geboten. Dann hüllt sich die „Reichspost“ in nornehm-ruhiges Schweigen. Aber draußen, weit weg von Wien, in irgend einem stillen Oertchen erhebt plötzlich ein in den weitesten Kreisen unbekanntes Parteiblättchen sein blasses Stimmchen, um in besorgten Worten auf die neueste Freveltat des bösen Vizekanzlers Doktor Schöber hinzuweisen, der wieder einmal die Verantwortung dafür trage, daß dies und jenes so ganz anders ausgefallen sei, als man habe erwarten dürfen. Und siehe da, das vernichtende Urteil des Volksboten von Kikiritzhausen findet in der Redaktion der „Reichspost“ ernsteste Beachtung, es wird gern für gut befunden, einem Leserkreis auch außerhalb von Kikiritzhausen vorgesetzt zu werden und am nächsten Tage erscheint die von keinerlei Sachkenntnis getriebene Weisheit des Volksboten, mit Lettern von entsprechender Größe und typographisch aufgemacht in der „Reichspost“ oder im „Weltblatt“ als „eine beachtenswerte Stimme aus den Ländern, an der man nicht vorbeigehen könne“. Und Naivlinge unter den Lesern sind vielleicht wirklich versucht zu glauben, daß dem so sei, wie dort versichert wird, weil sie ja nicht wissen können, daß willige Wiener Parteifedern aus gewissen Gründen Wert darauf legten, den Artikel zuerst außerhalb Wiens das Licht der Druckerschwärze erblicken zu lassen, wie Wippchen sagen würde, damit er dann noch druckfeucht nach Wien „zurückgegeben“ werden könne. Dabei muß es nicht gerade immer ein bescheidenes im Dienste der Partei stehendes Parteiblättchen sein, auch das Ausland hat seinen Wert und nicht selten sind innerpolitische Krisen zuerst in Organen des Auslandes angekündigt worden, wobei man sich nur an den Artikel im Münchener „Bayrischen Courier“ am 16. Juli 1930 zu erinnern braucht, in dem die Demission Dr. Schöbers als Bundeskanzler, die erst drei Monate später erfolgte, vorhergesagt wurde . . . So wird es gemacht. Das Ganze zusammen nennt man dann die „Stimme der Öffentlichkeit im In- und Ausland“ und während mit mehr oder minder Geschicklichkeit der Anschein zu erwecken versucht wird, als lägen sachliche publizistische Urteile vor, die völlig unabhängig voneinander zu den gleichen Schlüssen gekommen seien, ist es in Wirklichkeit nur die Arbeit eines Drahtziehers, der unter dem Schutz der Tarnkappe an den Fäden zieht, die die Federn seiner Marionetten in Bewegung setzen . . .

Es wäre unrichtig zu behaupten, daß die christlichsoziale Partei in ihrer Gesamtheit hinter diesem Treiben steht und damit einverstanden ist. Weit



gefehlt! In Wahrheit sind es nur ein paar Leute, treibende Kräfte jenes sattsam bekannten Klüngels, der seine Hände immer im Spiel hat, wenn es gilt, parlamentarische Schwierigkeiten zu schaffen, der jeweiligen Regierung Verlegenheiten zu bereiten, kleinere und größere Intrigen zu inszenieren, Mißhelligkeiten zu entfachen und ein wenig Quertreiberei zu machen, weil sich dabei vielleicht ein kleiner Vorteil ergibt, ein Weg sich zeigt, wieder an die Macht zu kommen oder sogar ein oder der andere Ministersessel frei wird, auf den man sich dann selbst placieren könnte. Stünden die große christlichsoziale Partei und ihre maßgebenden Stellen wirklich hinter diesem Feldzug — sein Ausgang wäre wohl nicht zweifelhaft. Aber die Mehrheit der christlichsozialen Partei denkt schon lange nicht mehr so wie die „Reichspost“ glauben machen möchte und wenn sie auch noch so sehr versichert: die Partei bin ich! und sich bemüht, den Eindruck zu erwecken, als spräche sie im Namen der Gesamtheit, so ist doch für jeden, der ein wenig näher zusieht, der Trennungsstrich deutlich sichtbar, den Bundeskanzler Dr. Ender auf der Tagung in Vorarlberg zwischen der Partei und der „Reichspost“ gezogen hat. In Wahrheit ist die „Reichspost“ in den Händen einiger verflossener Parteigrößen und ihres journalistischen Stabes und versucht ihren Auslassungen dadurch Gewicht zu geben, daß sie glauben machen will, sie und die Partei seien identische Begriffe...

Die „Reichspost“ hat auch in früherer Zeit schon viel Schaden angerichtet, nicht nur unter den bürgerlichen Parteien, sondern auch unter den Christlichsozialen und in der katholischen Bewegung selbst. Jetzt hat sie ein neues Feld der Betätigung gefunden, ihre Devise ist: Schober ist an allem schuld! Und wenn man sie fragen würde, wer für die Bankenzusammenbrüche in den Jahren 1924 bis 1926 verantwortlich ist, sie würde mit kühner Stirne antworten: Natürlich der Schober!

Die Patrioten.

Im „Weltblatt“ wird darüber Klage geführt, daß Oesterreich sich den Außenminister von der „Metternichgasse“ hat aufoktroieren lassen; das ist vollständig unrichtig, denn die Metternichgasse hütet sich, in die österreichische Politik einzugreifen. Hingegen raunt man sich in die Ohren, daß dem „Weltblatt“ der Lobkowitzplatz erheblich näher liegt als die Metternichgasse, woher auch die Sympathien und Antipathien stammen mögen.

Als in diesen Tagen die B. I. Z. mit den sechzig Millionen Schilling nicht gleich bei der Hand war, da fielen die Regierungsblätter und solche, die dafür gehalten werden wollen, über den Außenminister her und hielten die Gelegenheit für günstig, um ihn jetzt für ein paar Silberlinge zu verschachern. Ihr Land, ihr Selbstbewußtsein, ihr Stolz, all das galt ihnen nichts im Vergleich zu der ersehnten Möglichkeit, den verhaßten deutschen Mann zu stürzen. In jedem Augenblick waren sie bereit, sich unter das goldene Joch zu beugen, wenn sie nur Geld als Lohn für ihre Demütigung erhielten. Ein Sturm der Entrüstung zog diesmal durch das Land, erfaßte auch die, die sonst mit diesen „Regierungsblättern“ eines Sinnes sind. Und es waren nicht nur die Blätter, „die dem Vize-

kanzler nahestehen“, die den Schächern diesmal ihre Meinung sagten.

Lykurg hat den Satz ausgesprochen „Ein Unrecht, dem Staate angetan, vereint alle inneren Feinde zu gemeinsamer Abwehr“, der Engländer erklärt in seinem wichtigsten Leitsatz „Ob mir persönlich Recht oder Unrecht geschieht, wenn es mein Land gilt, dann dulde ich und schweige“.

Das sind Aussprüche, die der „Reichspost“ und dem „Weltblatt“ nicht bekannt sein müssen. Der Spruch des Dichters aber steht flammend vor den Erbärmlichkeiten: „Nichtswürdig ist die Nation, die nicht alles setzt an ihre Ehre.“

Schober und Starhemberg.

Die Stimmen gewisser Zeitungen vor dem eben durchgeführten Prozeß Schober gegen Starhemberg fordern zu einigen Bemerkungen heraus. Solange Schober nicht klagte, gab dies zu abfälligen Kritiken Anlaß. Als er die Klage eingebracht hatte, war ihr Inhalt vielen Kritikern wieder nicht genügend.

Schober hat zwei Jahre hindurch geschwiegen, als er von der linken Seite beschimpft und besudelt wurde; er hätte mit gleicher Ruhe auch die albernen Beschuldigungen, die von gewisser Seite, darunter auch von Starhemberg, gegen ihn vorgebracht wurden, über sich ergehen lassen können.

Nun soll aber Schober den Putsch vom 13. September veranlaßt, soll ihn mit den Heimwehrführern vorbereitet haben. Höhepunkt alles Abderitentums!

Die Klage, die er schließlich erhoben hat, richtete sich selbstverständlich nur gegen die persönlichen Beleidigungen, gegen alles was durch Zeugen beweisbar war, überdies war der Anwalt ermächtigt, die Klage auf alles auszudehnen, was der Angeklagte in der Verhandlung zugeben würde. Außerdem gehört der Vorwurf des Hochverrates gegen einen aktiven Minister vor das Parlament und nicht vor das Gericht.

Die Blamage, an die albernen Beschuldigungen zu glauben, daß der Polizeipräsident von Wien ein Hochverräter sein könne, bleibt denen vorbehalten, die daran glauben wollen. Starhembergs Beschuldigungen gegen Schober sind nur durch Verhetzung zu erklären. Wenn Dr. Schober im Sommer 1929, vor seiner Berufung zum Bundeskanzler, mit den Heimwehrführern gesprochen hat, so ist dies immer in Ausübung seines Dienstes und im Interesse der Aufrechthaltung der Ruhe und Ordnung im Lande geschehen. Er allein war es damals, der überhaupt mit den Heimwehrführern reden konnte und nur ihm, der kraft seiner amtlichen Stellung über die legale Macht des Staates die Führung hatte, konnte es gelingen, die Heimwehr von ihrem damaligen Vorhaben abzubringen. Niemals wich er von der Legalität ab und das haben ihm manche nicht verziehen.

Seit seinem Rücktritt vom Amte des Bundeskanzlers im September 1930 hat Schober keinen Heimwehrführer mehr bei sich gesehen.

Eigentümer, Verleger und Herausgeber: Gustav Schuster: Wien, I., Liliengasse 1 — Für den Inhalt verantwortlich, Dr. Friedrich Wondré, Wien, XVIII., Messerschmiedgasse 23
 Druck: Karl Nakladal, Wien, I., Universitätsstraße 7

147953

Nr. 2.

Wien, 28. Dezember 1931.

Nr. 2.



Schriftleitung und Verwaltung: Wien, 1. Bez., Liliengasse 1, Fernsprecher R 25-308

Preis 20 Groschen.



Inhalts-Verzeichnis :

Der Fall Arbesser

1931—32 Ein Neujahrsgruß, von Doktor
Johann **Schober**

Neujahrsgruß an die Frauen von Marianne
Hainisch

Johann Sebastian **Perger**: Österreichische
Schicksalsfragen

Abg. Dr. **Straffner**: Österreich und die
europäische Krise

Handelskammerrat, Kommerzialrat Karl
Plaß, Präsident der Reichsorganisation
der Kaufleute Österreichs: Der Kaufmann
in der Gegenwart

Kapitel „Heerwesen“ in der Budgetdebatte,
von einem alten **Soldaten**

Dr. H. **Ekkhard**: Wovon man spricht

H. B.: Der Weg ins Freie

Bilder der Gegenwart: Unsere gute Sache



Der Fall Arbesser.

In Nr. 1 der „Gegenwart“ veröffentlichten wir die Mitteilung vom Besuch des Herrn Arbesser im Präsidium der Wiener Polizeidirektion.

Da unsere Mitteilung von verschiedenen Seiten angezweifelt, ja von etlichen Provinzzeitungen sogar als „Erfindung“ bezeichnet worden ist, hat sich die Schriftleitung der „Gegenwart“ an den Herrn Vizekanzler Dr. Schober gewandt und ihn gebeten, die Richtigkeit der in der Nummer vom 28. November 1931 veröffentlichten Mitteilungen zu bestätigen.

Die Schriftleitung der „Gegenwart“ hat nunmehr folgendes Schreiben erhalten:

„Sehr geehrte Herren!

Unter Bezugnahme auf Ihre Anfrage, betreffend das in der „Neuen Freien Presse“ vom 1. Dezember 1931 verlautbarte Dementi, beehre ich mich Ihnen mitzuteilen, daß die Polizeidirektion in Wien ihren Bericht über die Vorsprache des Herrn Arbesser im Präsidium der Polizeidirektion und über die vom ihm damals spontan abgegebenen Erklärungen **vollinhaltlich aufrecht hält** und daß der auf Grund dieses Dementis zur Polizeidirektion vorgeladene Herr Arbesser dort am 3. Dezember 1931 versichert hat, er habe mit dem Dementi in der „Neuen Freien Presse“ **keineswegs die Richtigkeit der Darstellung der Polizeidirektion bezweifeln wollen**.

Die Mitteilungen der „Gegenwart“ waren daher richtig.

Empfangen Sie sehr geehrte Herren, die Versicherung meiner vorzüglichsten Hochachtung

Schober.“

1931—1932 Ein Neujahrsgruß

Der Rückblick auf das Jahr 1931 ist gewiß kein freudvoller. Die Weltwirtschaftskrise hat auch unser Vaterland mit voller Heftigkeit erfaßt und die Fieberschauer, die den ohnehin schwachen Wirtschaftskörper Österreichs durchrütteln, lähmen unsere Zungen, selbst dann, wenn wir die Grausamkeit beklagen wollen, die wir Österreicher bei der Betrachtung der Geschicke unseres Volkes empfinden.

Dieses Volk, das seine Pflicht in Krieg und Frieden in jeder Beziehung in muster-gültiger Weise erfüllt hat, leidet nun, nachdem es vier Jahre heldenmütig den Krieg und alle seine Begleiterscheinungen erduldet, seit 1918 unter den Folgen der, bei der Konstruktion des heutigen Österreichs begangenen Fehler.

Aber nicht nur die anderen, die Siegermächte, haben Fehler begangen, auch wir selbst können uns nicht von jeder Schuld freisprechen und sogar heute noch werden noch immer Parteigrundsätze in den Vordergrund gestellt, noch immer Parteiinteressen den Notwendigkeiten des Staates entgegengestellt.

Das muß endlich aufhören und mit dem alten Wahlspruche: „Mit vereinten Kräften“ müssen wir in das neue Jahr eintreten. Vieles könnten wir aus eigener Kraft erreichen, wenn die Parteidogmen wenigstens nur einige Zeit in den Hintergrund treten könnten.

Unser Volk, unser Land zu retten und alle Kraft in den Dienst des Vaterlandes zu stellen, das muß die Tageslosung werden — dann ist auch die Rettung möglich, die unserem deutschen Volk in Österreich eine bessere Zukunft bereitet!

Dr. Johann Schober

Neujahrsgruß an die Frauen

von Marianne Hainisch.

Mit Freuden schreibe ich für die „Gegenwart“. Ich bin leider krank, und darum muß der Wunsch kurz gefaßt werden.

In einer Zeitung, die über den Parteien steht und die Zusammenarbeit der Bürger im eigenen Vaterland und in den internationalen Staaten anstrebt, wird das Nachfolgende nicht wirkungslos verhallen.

Hochverehrte, liebe Schwestern! Gestattet, daß ich an euch eine Bitte richte: Arbeit für den Frieden! Trachtet, liebe Mütter, daß eure Kinder nach den herrlichen Worten ihre Lebensführung einrichten: Nicht mitzuhassen, mitzulieben bin ich da!

Die nächste Aufgabe scheint mir die Vorbereitung für die Abrüstungskonferenz am 2. Februar 1932 in Genf.

Liebe Schwestern, erinnert euch unablässig der Kriegszeit und werdet nicht müde, die gegenwärtige traurige Weltlage, eine Folge des Krieges, euch vor Augen zu führen. Jeder Denker wird von der Summe an Unglück und Elend tief ergriffen und muß es als seine Verpflichtung ansehen, alles zu unternehmen, was er nur kann, um Katastrophen, wie wir sie erlebt haben, zu vermeiden. Die große Mehrheit des Volkes ist gegen den Krieg, das soll am 2. Februar 1932 in Genf zum Ausdruck gebracht werden. Möge das neue Jahr im Zeichen der Friedens stehen!

Wien, 28. Dezember 1931.

Österreichische Schicksalsfragen

von
Johann Seb. Berger.

(Schluß.)

Schober und die politischen Parteien. — Innen- und Außenpolitik. — Verfassung, Bodenkreditanstalt. — Haag und Investitions-Anleihe. — Bundesbahnen. — Demission Schobers. — Neuwahlen. — Regierung Ender. — Zollunion und Donaukonföderation.

Gleichzeitig mit dem die ganze Amtsperiode Schobers als Bundeskanzler fortdauernden mehr oder weniger offenkundigen Kampfe der Heimwehrführer gegen den angeblich von ihnen selbst erkürten Bundeskanzler setzte auch eine stille aber planmäßige Agitation einer Gruppe christlichsozialer Politiker gegen den „partiefremden“ Bundeskanzler Schober ein. In der bekannten Neujahrsrede des Altbundeskanzlers Dr. Seipel suchte dieser vor seiner Partei die ausnahmsweise Zulassung eines nicht der christlichsozialen Partei zugehörenden Manne zum Amte des Bundeskanzlers zu begründen.

Die Begründung war derart, daß man in eingeweihten Kreisen heute noch nicht versteht, warum sich Schober diese „Motivierung“ gefallen ließ. So war unter anderem angeführt, man müsse Schober Gelegenheit bieten, einen „Fehler“, der ihm während seiner ersten Bundeskanzlerschaft unterlaufen sei, nämlich die Trennung Wiens und Niederösterreichs, wieder gutzumachen.

Derartige zu behaupten, war nur in einer so kurzlebigen Zeit, wie es die jetzige ist, möglich, da doch allgemein bekannt ist, daß es die christlichsoziale und sozialdemokratische Partei waren, die dieses „Geschäft“ der Trennung von Wien und Niederösterreich besorgten, Schober dagegen als Polizeipräsident (— Bundeskanzler wurde er erst 1921, also ein Jahr später —) schon aus Sorge um die Polizeidirektion — leider vergeblich — alles aufgeboten hatte, um die Trennung zu verhindern.

Je mehr Erfolge Schober als Bundeskanzler hatte, desto unruhiger wurden gewisse Kreise der christlichsozialen Partei und bald tauchten in christlichsozialen Provinzblättern oder in verwandten Blättern des Auslandes Zeitungsartikel auf, welche offenkundig das Unbehagen einzelner Parteigrößen darüber zeigten, daß diesem Beamten-Bundeskanzler sozusagen „alles“ gelinge und daß man sich fragen müsse, ob sich dieser Beamte denn „in der Politik verankern wolle?“

Um Schober zu diskreditieren, wurden allerlei Gerüchte über ihn in Umlauf gebracht. Es ist für die österreichischen Verhältnisse bezeichnend, daß eines dieser Gerüchte große Verbreitung fand, nämlich das Gerücht, daß Schober Freimaurer sei! und daß seine Erfolge in Rom (!), Paris und London nur darauf zurückzuführen wären, daß die leitenden Staatsmänner in den genannten Ländern dem „Logenbruder“ aus Oesterreich jeden Wunsch erfüllen wollten. In der Folge hat ja dieser stille, unausgesetzte Kampf zu ganz garstigen Entgleisungen geführt, indem Verleumdungen ausgestreut wurden, die sich freilich angesichts des notorisch unantastbaren Privatlebens Schobers als Schall und Rauch erwiesen haben.

So kam Schober als Bundeskanzler in eine unangenehme Lage. Ohne eigene Partei, von Heimwehrführern scheel angesehen und als „Kompromißler“ gebrandmarkt, von einem Teile der christlichsozialen Partei als unerwünschter Eindringling behandelt, war er lediglich auf seine Person und auf die Freundschaft der zwei kleinen Parteien, der Großdeutschen und der Landbändler, angewiesen.

Die sozialdemokratische Partei, die ihr Verhalten gegen Schober nach dem 15. Juli 1927 zwar längst bedauert hatte, fühlte sich doch Gefangene ihres Programmes und fühlt sich auch als Oppositionspartei zu Folgerungen verpflichtet, die sie zur Verneinung alles dessen führte, was vom Dogma abwich. So konnte diese Partei zwar vielleicht mit innerem Bedauern, aber immerhin programmatisch zu Schober, dem Verfechter der neuen Verfassung, dem Vertreter des Antiterrorgesetzes und anderer ihr mißliebigen Maßnahmen nur in Kampfesstellung verharren.

Das Verfassungswerk des Jahres 1929, das Schober sofort nach dem Antreten seines Amtes als Bundeskanzler in Angriff genommen hat, stellt sich gesetzgeberisch und politisch, bei aller kritischen Betrachtung, doch als ein bedeutender Fortschritt dar.

Inmitten der Kämpfe der Heimwehren, die auf einen gewaltsamen Umbau des Staates gerichtet waren, hatte es der Bundeskanzler, wie schon früher bemerkt wurde, übernommen, auf legalem Boden den Hauptzweck der Verfassung zu erreichen, neben einer maßlos entwickelten Demokratie eine Präsidialgewalt des vom ganzen Volke erwählten Bundespräsidenten aufzurichten, der übermäßigen Machtentwicklung der Parteien Einhalt zu tun und die Autorität des Staates zu stärken. Dies ist in fünfwöchigem parlamentarischen Kampfe gelungen. Nicht gelungen ist es, die Folgen der unglückseligen Trennung Wiens von Niederösterreich wieder gutzumachen, dazu reichte die Kraft der Mehrheit nicht aus, dagegen war die Macht der Opposition zu stark. In vielen Punkten, z. B. in der damals ebenso wenig wie heute spruchreifen Frage der „Ständevertretung“ enthält das Verfassungswerk schon Ansätze, die jederzeit ausbaufähig sind und es wurden voraussehend auch dieser Entwicklung verfassungsmäßige Wege gewiesen.

Jedenfalls verrate ich kein Geheimnis, wenn ich erwähne, daß die österreichische Verfassungsreform 1929, die im Inlande je nach der Parteidirection des Kritikers als „überflüssig“, als „halbe Tat“, als „schlechtes Kompromiß“ bezeichnet wird, wiewohl kaum ein halbes Jahr vorher der Versuch Seipels, dem Bundespräsidenten wenigstens die formelle Ministerernennung und das Recht der Auflösung des Nationalrates zuzuerkennen, von der sozialdemokratischen Opposition mit Hohngelächter als undiskutabel zurückgewiesen worden war, im Auslande, insbesondere in Deutschland, als starker Erfolg gewertet wurden.

Noch bevor Schober die Verfassung in Angriff genommen hatte, zeigte es sich, daß die österreichische Wirtschaft infolge der bestandenen Unruhe und der steten Drohungen mit Bürgerkrieg und Putsch tatsächlich schon Schaden genommen hatte; die schon früher *) gekennzeichnete Situation bei

*) Siehe den Schluß des Artikels in der vorigen Nummer.

den österreichischen Banken und Sparkassen hatte schon ein Opfer erfordert. Der Präsident der österreichischen Nationalbank kam am Freitag, den 4. Oktober 1929, in den ersten Vormittagsstunden zum Bundeskanzler und forderte ihn auf, einzugreifen, da die Boden-Credit-Anstalt sonst schon Samstag, sicher aber Montag, die Schalter schließen müsse. Als Auswege erschienen entweder Uebernahme der Garantie durch den Staat oder Fusion der Boden-Credit-Anstalt mit anderen Banken oder der Zusammenbruch des Institutes mit allen seinen Industrieunternehmungen und Konzernen. Der Bundeskanzler verhandelte zunächst mit den Banken, die jedoch nur geneigt waren, die Boden-Credit-Anstalt unter Garantie des Staates unter sich aufzuteilen, eine große Bank schien zwar fusionsgeneigt, verlangte aber wochenlange Bedenkzeit, wogegen die Zeit drängte und die Entscheidung bis Sonntag, den 6. Oktober, fallen mußte. Endlich ließ sich die Creditanstaltsleitung bewegen, die Creditanstalt mit der Boden-Credit-Anstalt zu fusionieren. Damals zollte alles, von Breitner angefangen bis ganz rechts, dem damaligen Bundeskanzler Anerkennung. Heute wird schon versucht, seine damalige Tat dahin umzudeuten, daß er das Schicksal der Creditanstalt damit vorbereitet habe. Dem gegenüber sei festgestellt, daß die Creditanstaltsleitung nicht unüberlegt, sondern nach tagelangen, eingehenden Beratungen unter der Zuziehung ihres Präsidenten sowie des Präsidenten der Nationalbank die Fusion beschlossen hat, naturgemäß auch in der Erwartung, damit ein Geschäft zu machen, wobei nur die Hoffnung ausgesprochen wurde, daß eine ruhige innerpolitische Entwicklung der Verhältnisse und die Unterstützung der Regierung der Creditanstalt ihre Aufgabe erleichtern müßten.

Eines hat der Bundeskanzler bei den Verhandlungen konsequent abgelehnt, das war die Uebernahme der Garantie durch die Regierung. Daß er damit Recht hatte, beweisen die Vorgänge beim Zusammenbruche der Creditanstalt!

Außenpolitisch fand Schober bei seinem Amtsantritte eine unangenehme Situation vor. Die uns benachbarte Großmacht Italien, zugleich der größte Gläubiger Oesterreichs, war seit zwei Jahren verstimmt. Seit Juli 1929 saßen die von der Regierung Streeruwitz entsendeten österreichischen Vertreter bei der Vorkonferenz in Paris, um die Rückstellung des Generalpfandrechtes behufs Ermöglichung einer Investitionsanleihe zu erreichen. Italien konnte sich damals nicht entschließen, ja zu sagen, und so kehrten auch die österreichischen Delegierten unverrichteter Dinge zurück. Um diesen Zustand zu beseitigen, kündigte der Bundeskanzler seinen Besuch in Rom an und erreichte die Zusage der italienischen Regierung, Oesterreich auf der bevorstehenden zweiten Haager Konferenz voll zu unterstützen. Zur Vorbereitung der für Jänner angekündigten zweiten Haager Konferenz lud der österreichische Bundeskanzler die in Wien akkreditierten Gesandten zu sich und erbat sich unter Ueberreichung eines Memorandums über die wirtschaftliche Situation Oesterreichs die Unterstützung der auswärtigen Regierungen, die gleichzeitig durch die bei ihnen beglaubigten österreichischen Gesandten in gleicher Richtung informiert wurden. Die am 3. Jänner eröffnete zweite Haager Konferenz, bei der der Bundeskanzler selbst die österreichischen Wünsche vertrat, dauerte

nahezu drei Wochen und endete mit der vollständigen Befreiung Oesterreichs von der Reparationspflicht und mit der Aufhebung des Generalpfandrechtes.

Die Verhandlungen waren dadurch erschwert, daß nicht nur die großen Gläubigerstaaten ihre aus dem Friedensvertrage stammenden Forderungen vertraten, sondern daß auch die Sukzessionsstaaten Tschechoslowakei, Rumänien, Polen und Jugoslawien ganz gewaltige Rechnungen über österreichische Verwaltungsschulden präsentierten. Auch waren an den österreichischen Vertreter politische Forderungen, wie nochmaliger Anschlußverzicht und Auflösung der Selbstschutzorganisationen, gestellt worden, die der damalige Bundeskanzler ebenso entschieden zurückwies, wie er die Anerkennung der Forderungen der Sukzessionsstaaten beharrlich abgelehnt hat. Der Erfolg im Haag war ein durchgreifender und wurde, damals wenigstens, auch von der österreichischen Oeffentlichkeit ohne Unterschied der Partei voll anerkannt.

Schon auf der Haager Konferenz konnte der Bundeskanzler die Investitionsanleihe vorbereiten, auf die Oesterreich seit dem Jahre 1927 vergeblich gewartet hatte. Bei der anfangs Februar erfolgten Reise Schobers nach Rom konnte dieser der italienischen Regierung seinen Dank für die im Haag gewährte Unterstützung zum Ausdruck bringen und gleichzeitig Italiens Unterstützung für die künftige Investitionsanleihe erbitten. Den Verhandlungen in Rom verdankt Oesterreich die Besiegelung des Freundschaftsverhältnisses zwischen Oesterreich und dem italienischen Königreiche, zugleich aber auch Erfolge materieller Natur, da die italienische Regierung ganz bedeutende Begünstigungen Oesterreichs hinsichtlich seiner Forderungen als größter Gläubiger in Aussicht stellte und tatsächlich sodann große, nach Millionen zählende Nachlässe von seinen Forderungen gewährte.

Auch die Reisen Schobers nach Paris und London Ende April, anfangs Mai galten der Dankagung für die, auf der Haager Konferenz gewährte Unterstützung, daneben naturgemäß auch der weiteren Vorbereitung der bis längstens Mitte Juli 1930 aufzulegenden österreichischen Investitionsanleihe, die dann auch tatsächlich trotz einer, in den Monaten Mai und Juni eingetretenen ungeheueren Verschlechterung des Geldmarktes in London durch die Auflegung einer ersten Tranche der Investitionsanleihe im Betrage von 400 Millionen Schilling verwirklicht wurde.

Das Ende der Parlamentsession im Sommer 1930 stand schon im Zeichen der Bundesbahnfrage. Bald nach der Einsetzung der Regierung Schober im Herbst 1929 war dem Bundeskanzler nahegelegt worden, eine Aenderung des bisherigen Systems der Verwaltung der österreichischen Bundesbahnen in persönlicher und sachlicher Beziehung in die Wege zu leiten. Der mit der Verfassungsfrage voll in Anspruch genommene Bundeskanzler vertagte jedoch diese Frage, was leider alsbald den Anlaß gab, die Bundesbahnangelegenheit auf das politische Gebiet hinüber zu spielen. Als der Vizekanzler der Regierung Schober, Minister Vaugoin, den Vizebürgermeister von Graz Doktor Straffella als Kandidaten für diesen Posten eines Generaldirektors der Bundesbahnen präsentierte, gegen den nicht nur von sozialdemokratischer Seite heftige Bedenken laut wurden, sondern der auch selbst einen Ehrenbeleidigungsprozeß wegen verschiedener ehrenrühriger Vorwürfe gegen das sozial-

demokratische Hauptorgan angestrengt hatte, ergab es sich, daß bei dem am 17. September vor dem Wiener Strafbezirksgerichte durchgeführten Prozesse der angeklagte Redakteur wegen des von ihm gegen Dr. Straffella erhobenen Vorwurfes „unsauber und unkorrekt“ freigesprochen wurde. Als sich nun der Bundeskanzler Schober am Tage nach dem Prozesse dem Vizekanzler gegenüber nicht entschließen konnte, der Bestellung Straffellas sofort zuzustimmen, und verlangte, es müsse die Entscheidung der zweiten Instanz abgewartet werden, kam es zu einem Konflikte innerhalb der Regierung; Vaugoin gab seine Demission, der die Demission der gesamten Regierung folgte.

So endete die Bundeskanzlerschaft Schobers nach mehr als einem Jahre scheinbar wegen der Meinungsverschiedenheiten in der Sache „Bundesbahnen“, in Wirklichkeit natürlich, weil die schon früher wiederholt erwähnten Kreise der christlich-sozialen Partei eine weitere Tätigkeit des Beamten-Bundeskanzlers unter allen Umständen verhindern wollten. Was nun folgte, wäre im Interesse Oesterreichs besser unterblieben.

In einer Zeit, in der das Ausland mit Besorgnis die wirtschaftliche Entwicklung Oesterreichs verfolgte und schon die unaufhörlichen Aufmärsche der Selbstschutzorganisationen sowie die wiederholten Androhungen einer gewaltsamen Aenderung der Staatsform mit Besorgnis betrachtete, in einer Zeit, in der die österreichischen Geldinstitute, vor allem die durch die Fusion mit der Boden-Credit-Anstalt auf die ruhige Entwicklung der österreichischen Wirtschaft ganz besonders angewiesene Creditanstalt vor jeder politischen und wirtschaftlichen Unruhe zitterten, in dieser Zeit wurde ausgerechnet ein Heimwehrführer, dessen Redeexzesse wiederholt Beunruhigung erzeugt hatten, zum Minister des Innern, also zum Hüter der öffentlichen Ruhe und Ordnung bestellt und einer seiner Parteifreunde zum Minister für Justiz ernannt.

Und dann wunderte man sich, als eine Kapitalflucht einsetzte, die nicht nur auf die Oesterreicher beschränkt war, sondern geradezu das jetzt von ganz Oesterreich zu beklagende Schicksal der Creditanstalt herbeigeführt hat. Es ist wohl müßig, heute diese Darstellung noch weiter zu führen und auszumalen, da auch vernünftige Kreise der christlichsozialen Partei nur mit Schaudern an die Schäden dieser zwei Monate zurückdenken.

Die Wahlen des 9. November haben das Schicksal Oesterreichs neuerlich gewendet. Ueberdringliches Ersuchen maßgebender Wirtschaftskreise hatte sich der frühere Bundeskanzler Schober entschlossen, an die Spitze einer Wählervereinigung der sogenannten Kreise der Mitte zu treten, mit der ausdrücklichen Verwahrung, er werde keiner der dort vertretenen Parteien angehören, sondern nur als überparteilicher Führer in den Wahlkampf eintreten. Die Wahlvereinigung erzielte 19 Mandate. Am 3. Dezember wurde die Regierung Ender gebildet, der der frühere Bundeskanzler Schober als Vizekanzler angehörte. Eine neue Erscheinung war im Nationalrat bemerkbar; die bis dahin unpolitische und überparteiliche Heimwehr hatte sich als Partei konstituiert und konnte auf Grund der Wahlergebnisse 8 Vertreter in den Nationalrat entsenden. Die Christlichsozialen waren

auf 66 Mandate gesunken, die Sozialdemokraten auf 72 gestiegen.

Schober, der schon als Bundeskanzler das Wesen der österreichischen Krankheit in der Beschränktheit des Marktes für den österreichischen Export erblickt hatte und der schon bei seinen Besuchen in Rom, Paris und London, aber ebenso auf der Tagung des Völkerbundes im September 1930 die Notwendigkeit hervorgehoben hatte, die Not Oesterreichs durch die Erweiterung seiner Exportmöglichkeiten zu beheben, griff die von der Deutschen Reichsregierung gelegentlich des Besuches des Deutschen Reichsaußenministers Dr. Curtius in Wien (3. bis 5. März 1931) gegebene Anregung, mit der Deutschen Reichsregierung in Verhandlungen über eine Angleichung der zoll- und handelspolitischen Verhältnisse zwischen dem Deutschen Reiche und Oesterreich einzutreten, im Einvernehmen mit dem damaligen Bundeskanzler Dr. Ender und der ganzen österreichischen Regierung auf.

Entgegen der ursprünglichen Absicht, diesen Plan, der den Beitritt aller hiezu willigen Staaten voraussah und als wünschenswert erachtete, gelegentlich der nächsten Tagung der europäischen Studienkommission in Genf im Mai 1931 vorzubringen, entschlossen sich die beiden Regierungen, ausgehend von dem Wunsche, ihre Besprechungen nicht geheim weiter zu führen, sondern ihre Absicht vor aller Welt klarzulegen, zu einem diplomatischen Schritte, der jedoch entgegen dem Willen der deutschen wie der österreichischen Regierung ungeheure Erregung verursachte und klarlegte, daß selbst der Plan einer Zollunion zwischen Deutschland und Oesterreich auf den entschiedenen Widerstand maßgebender europäischer Staaten stöße. — Die weitere Entwicklung der Frage des Zollunionprojektes ist uns heimatstreuen Oesterreichern allzu lebhaft in Erinnerung, als daß es notwendig wäre, hierüber viel zu sagen. Zwei Dinge aber seien hervorgehoben: 1. Die Entscheidung der Haager Cour war ein moralischer Erfolg der beiden Regierungen, denn selbst das abweisende Urteil der Majorität der Richter hat anerkannt, daß das Projekt einer Zollunion nicht gegen den Friedensvertrag von Saint Germain verstoße und daß nur das Genfer Protokoll vom Jahre 1922 ein Hindernis bilde. 2. Diejenigen politischen und wirtschaftlichen Kreise in Deutschland, namentlich aber in Oesterreich, welche das Zollunionsprojekt so hartnäckig und leidenschaftlich bekämpften, haben sich schwer an den Interessen ihres Vaterlandes versündigt, weil sie ihren Regierungen die Waffe aus der Hand schlugen, mit der eine wirtschaftliche Besserung rasch hätte herbeigeführt werden können, ob nun das Projekt gelungen wäre oder aus außen- oder innerpolitischen Schwierigkeiten nicht realisierbar war.

Ich frage unsere Agrarier, vor allem die Gebirgsbauern, ob sie nicht der große deutsche Markt mit 65 Millionen Menschen von all der Not, in der sie heute darben, mit einem Schlage befreit hätte?

Nun taucht das Schlagwort „Donaukonföderation“ auf. Auch das ist eine Folge des Zollunionprojektes. Auch dieses Schlagwort gibt ebenso wie das Zollunionprojekt mit dem Deutschen Reiche der Not des deutschen Volkes in Oesterreich Ausdruck. Die Grenzen, die uns 1918/19 gezogen wurden, sie sind eben zu enge. Die für ein Reich von mehr als 50 Millionen und über dessen Grenzen hinaus gerüstete österreichische Industrie

und der noch weitere Gebiete umfassende österreichische Handel können in ihren engen wirtschaftlichen Grenzen nicht gedeihen. Die Oesterreicher können nicht länger, als sie dies jetzt schon durch mehr als 13 Jahre tun, ein Schicksal ertragen, das sie zwingt, unter den Folgen der Unkenntnis der Männer, die die Landkarte Mitteleuropas im Jahre 1919 gezeichnet haben, weiter zu darben, man muß ihnen Luft machen. Was Franz Joseph und der Weitblick Bismarcks nach der Auflösung des deutschen Bundes im Jahre 1866 eingesehen und 1879 politisch verwirklicht haben, das ist zwar auf politischem Gebiete heute undenkbar, auf wirtschaftlichem Gebiete aber ist es in dieser 13jährigen Leidenszeit Ziel und Wegweiser geworden. Die Oesterreicher wollen nicht sterben, sie wollen leben, und leben können sie, wie jeder Kenner der wirtschaftlichen Verhältnisse zugeben muß, nicht ohne ihre Volksgenossen im Deutschen Reiche, denn Deutschland allein kann die agrarische Ueberproduktion des Ostens aufnehmen. Und das ist das österreichische Schicksal, das von dem Frieden in Mitteleuropa und von dem Gedeihen ganz Europas nicht zu trennen ist.

Österreich und die europäische Krise

Von Abg. Dr. Straffner

Die Weltwirtschaftskrise, die ganz Europa ergriffen hat, wirkt sich in Oesterreich, das auf Grund des Staatsvertrages von St. Germain zu einem Wirtschaftskrüppel gemacht wurde, viel stärker aus als in den wirtschaftlich stärkeren Staaten. Und deshalb bedeuteten die verflossenen Weihnachten für Oesterreich kein Fest, sondern den Ausdruck allergrößter Not. Leider ist diese Not nicht allein das treibende Element für Hilfsaktionen der verschiedensten Art, sondern sie wird auch als Mittel zu parteipolitischer Agitation benützt. Und diese Agitation richtet sich gerade gegen jene, die Oesterreich den Weg zur Rettung aus dieser Not gewiesen haben. So vergeht kaum ein Tag, an dem nicht diejenigen für die Not Oesterreichs verantwortlich gemacht werden, die zu den Trägern der Zollunionspläne mit dem Deutschen Reiche gezählt werden müssen. Und dennoch bedeutet gerade die Erweiterung des österreichischen Wirtschaftsgebietes im Sinne einer Zollunion mit dem Deutschen Reiche die einzige Möglichkeit, Oesterreich unter Wahrung seines nationalen Charakters wirtschaftlich zu helfen. Die Gegner des Zollunionsplanes propagieren den Zusammenschluß Oesterreichs mit den Nachbarstaaten, bedenken dabei aber nicht, daß die Donauföderation den sicheren Tod unserer Landwirtschaft und unserer Industrie und damit des Handels und Gewerbes und der übrigen Bevölkerung bedeuten würde. Den Anhängern der Donauföderation ist es demnach nicht um die Rettung der österreichischen Wirtschaft als vielmehr um rein politische Ziele zu tun, durch die Oesterreich endgültig von dem Deutschen Reiche abgedrängt werden soll. Weil dem so ist, erscheint Vizekanzler Dr. Schober, der Oesterreich zusammen mit dem gewesenen Bundeskanzler Dr. Ender den Weg der Zollunion gewiesen hat, nicht allein als

wirtschaftlicher, sondern auch als nationaler Retter. Daran kann auch die Tatsache nichts ändern, daß bei der europäischen Mächtekonstellation derzeit der Zollunionsplan nicht verwirklicht werden konnte.

Vielleicht ist die Zeit gar nicht so ferne, daß Europa vernünftiger wird und in dem Zollunionsplan Dr. Schober-Dr. Curtius die einzige Möglichkeit zur Rettung des zusammengebrochenen Mitteleuropas und darüber hinaus ein Beispiel für die Konsolidierung ganz Europas erblicken wird. Wohin das, durch die vor 12 Jahren geschlossenen Staatsverträge, durch die der Weltkrieg beendet wurde, aufgebaute System geführt hat, wird am besten dadurch illustriert, daß heute in Europa nicht weniger als 19 Staaten zur staatlichen Devisenbewirtschaftung gezwungen sind und auch anderweitige Maßnahmen ergreifen müssen, die man in der Vorkriegszeit für eine Utopie gehalten hätte. Dennoch ist es höchste Zeit, daß endlich einmal auch der Wirtschaftskrieg, der in einer Schärfe geführt wird, die größer ist als während des Krieges, liquidiert wird. Geschieht dies nicht, so ist die Gefahr nicht von der Hand zu weisen, daß ganz Europa über kurz oder lang dem Bolschewismus verfällt. Der österreichisch-deutsche Zollunionsplan ist ein Mittel und der Anfang für die Liquidierung des Wirtschaftskrieges, weshalb nicht allein wir, sondern ganz Europa den Schöpfern des Zollunionsgedankens dankbar sein sollen.

Der Kaufmann in der Gegenwart

Von Handelskammerrat Kommerzialrat Karl Pfaff,
Präsident der Reichsorganisation der Kaufleute
Österreichs.

Es liegt in der Natur der Sache, daß im Rahmen eines kurzen Artikels das Thema „Der Kaufmann in der Gegenwart“ nicht voll ausgeschöpft werden kann, ich muß mich daher darauf beschränken, den Fragenkomplex kurz zu skizzieren.

An die Spitze meiner Ausführungen möchte ich den hundert- und tausendfach erprobten Satz, dessen Gültigkeit oft angezweifelt, aber nie ernstlich bestritten werden konnte, stellen: **Der Kaufmann ist notwendig.** Notwendig für die Wirtschaft, die in ihm einen unvergleichlichen Verteiler der Güter an die Verbraucher hat und notwendig für Staat und Gesellschaft, weil er der Träger des Individualismus und damit eines wichtigen Grundelementes der gegenwärtigen Gesellschaftsordnung ist.

Es ist bekannt, daß im Verlaufe der Jahrzehnte unzählige Versuche gemacht worden sind, den Kaufmann aus seiner organischen Stellung im Wirtschaftsleben zu verdrängen und ihn durch andere Wirtschaftsformen zu ersetzen. Diese Versuche sind nie in einem Maße geglückt, daß man davon sprechen könnte, man habe die Entbehrlichkeit des Kaufmannes bewiesen. Wenn ich in diesem Zusammenhange z. B. auf Rußland verweise, wo bekanntlich (wenigstens bis vor kurzer Zeit) die Rolle der Warenverteilung ausschließlich den Konsumgenossenschaften übertragen wurde, so tue ich dies deshalb, um aufzuzeigen, daß selbst dort, wo den Konsumgenossenschaften alle erdenkliche Unterstützung von Staats wegen zuteil wird, ein vollkommenes Versagen dieser Konsumgenossenschaften

festzustellen ist. Nach glaubwürdigen Berichten sind die ungeheuren Schwierigkeiten der Warenversorgung der russischen Bevölkerung nur zum Teile auf die Verhältnisse im Sowjetstaat selbst zurückzuführen. Die Hauptschuld trifft zweifellos das Versagen der Konsumgenossenschaften als ausschließliche Warenverteiler. Wir sehen also, daß der mit reichlichen Mitteln unterstützte Versuch, den Kaufmann aus der Wirtschaft eines Landes künstlich auszuschalten, vollkommen Schiffbruch erlitten hat.

Die Gründe für die Unmöglichkeit der Ausschaltung des Kaufmannes aus dem Verteilungsprozeß der Güter sind in der Natur der Menschen gelegen. Es ist eben nicht richtig, daß alle Menschen gleich sind, und sich gewissermaßen in eine Schablone zwängen und von einem Klischee darstellen lassen. Jeder kultivierte Mensch, welchem Stande er auch immer angehören mag, hat gewisse individuelle Bedürfnisse, auf die er nur ungern oder überhaupt nicht verzichtet, und deren Berücksichtigung für ihn mehr als die Befriedigung eines Bequemlichkeitsgefühles ist. Er will sich eben sein Leben nach seinen eigenen Wünschen gestalten und dazu gehört es auch, daß man ihn beim Wareneinkauf individuell bedient. Und dies ist selbstverständlich nur beim Einzelkaufmann möglich, bei dem man seine Bedürfnisse schon von früher kennt, auf die man sich gerne einstellt. In einem Riesenbetriebe kann man vielleicht einen sehr gut ausgebauten und schlagkräftigen Kundendienst organisieren, doch ist ein Einfühlen auf die persönlichen Bedürfnisse jedes einzelnen Kunden schon nach der Art des Betriebes eine Unmöglichkeit.

Der Einzelkaufmann hat aber, abgesehen von den eben geschilderten Gründen, noch etwas für sich, was im Auge des Volkswirtschaftlers vielleicht gewichtiger wirkt, als jeder andere Grund: der Einzelkaufmann ist zweifellos auch der billigste Verteiler der Güter an die Verbraucher. Bei jedem Einzelkaufmann macht die persönliche Arbeit des Geschäftsinhabers unendlich viel aus. Diese persönliche Arbeit kennt keinerlei Grenzen, was etwa ihre Intensität oder Quantität betrifft. Der Detailkaufmann wird auch 16 und mehr Stunden im Tage arbeiten, wenn dies aus irgendwelchen Gründen notwendig ist. Er wird hierbei aber keineswegs in der Lage sein — auch wenn er es wollte — für seine Mehrarbeit eine Erhöhung der Verdienstspanne zu erzielen. Das verhindert schon der einzige wirkliche Preisregulator, das eherner Gesetz von Angebot und Nachfrage. Man kann es einem Angestellten billigerweise nicht zumuten, daß er eine bedeutende Mehrarbeit ohne Sonderentschädigung auf sich nimmt. Der Einzelkaufmann aber muß dies oft tun, ob er will oder nicht.

Ich habe schon früher erwähnt, daß die freie Konkurrenz, durch keinerlei Fesseln oder Zwangsmaßnahmen beengt, das beste Mittel zur Verhinderung allfälliger übermäßiger Verdienstspanne ist und darum sind auch künstliche Eingriffe und Zwangsmaßnahmen, wie Preistreibergesetze und ähnliches nicht nur schädlich, sondern auch vollkommen überflüssig.

In den vorstehenden Zeilen glaube ich bewiesen zu haben, daß der Kaufmann im Wirtschaftsleben der Gegenwart und bestimmt auch der Zukunft nicht entbehrt werden kann.

Es seien mir nur noch einige kurze Sätze über die Bedeutung des Kaufmannes für Gesellschaft und Staat gestattet. Der Kaufmann, der über ein Geschäft verfügt, ist mit dem Bestande des Staates auf Gedeih und Verderben verbunden und er hat alles Interesse daran, daß der Staat erhalten bleibt. Der Kaufmann kann daher mit Recht als staats-erhaltendes Element bezeichnet werden, welches jedem gewaltsamen Umsturz abhold ist und einzig und allein in der ruhigen und friedlichen Entwicklung des Staates sein Fortkommen zu finden vermag.

Staat und Kaufmann haben also aneinander ein wechselseitiges Interesse und man sollte glauben, daß von Seiten des Staates alles geschieht, den Kaufmann zu fördern, oder ihm zumindest keine Hindernisse in den Weg zu legen. Der Staat ist leider kurzsichtig genug, dies nicht zu tun und wir müssen im Gegenteil feststellen, daß kaum ein zweiter Stand in Oesterreich so schweren Belastungen und Schwierigkeiten ausgesetzt ist, wie gerade der Kaufmannsstand.

Wenn wir die Ereignisse der letzten Wochen überblicken, so finden wir zunächst neue Belastungen des infolge der Wirtschaftskrise schwer kämpfenden Kaufmannsstandes. Kaum hat sich der Kaufmann mit den Auswirkungen der verschiedenen Krisensteuern beschäftigt, muß er erfahren, daß die Wiener sozialdemokratische Vertrauensmännerkonferenz über ihn die Strafe einer erhöhten Wohnbausteuer verhängt hat.

Dem ernsten und weitblickenden Kaufmann zeigen sich aber am Firmamente noch andere Flammenzeichen, die eigentlich jeden Kaufmann aufrütteln und ihm ein Menetekel sein müßten. Unser Staat segelt, wie die letzten Taten des Parlamentes beweisen, in großer Fahrt auf die Planwirtschaft zu. Mit der Devisenbewirtschaftung, über deren Wert oder Unwert im Rahmen dieses Artikels nicht gesprochen werden soll, hat es begonnen. Die Nationalbank bestimmt, welche Waren eingeführt werden dürfen und welche nicht. Ist das nicht Planwirtschaft in Reinkultur? Monopole stehen zur Erwägung. Der freie Handel in wichtigen Artikeln wie Zucker, Getreide, Mehl, Benzin usw. soll vollkommen ausgeschaltet werden und an seine Stelle der Staat treten, der allein das Recht haben soll, mit diesen Artikeln Handel zu treiben. Ist das nicht Sozialismus in Reinkultur?

Das österreichische Parlament geht in letzter Zeit Wege, über deren Gefährlichkeit es sich nicht im klaren zu sein scheint. Jeder Schritt zur Planwirtschaft ist auf der anderen Seite ein Schritt weg vom bürgerlichen Staat und von der bürgerlichen Gesellschaft. Die Mehrheit scheint blind in das Verderben rennen zu wollen.

Da ist es ein Trost und Lichtblick, daß wenigstens die Abgeordneten des Nationalen Wirtschaftsblockes die Fahne der freien Wirtschaft und des Individualismus hochhalten und mit aller Kraft den bürgerlichen Staat, mit ihm die bürgerliche Wirtschaft und auch den bürgerlichen Kaufmann zu retten versuchen.

Die Gegenwart des Kaufmannes ist alles eher denn erfreulich. Hoffen wir, daß seine Zukunft besser sein wird als es die Gegenwart ist. Möge uns das Jahr 1932 keinen Rückschritt, sondern nur Fortschritt und Besserung unserer Lage bringen!

Kapitel „Heerwesen“ in der Budgetdebatte.

Von einem alten Soldaten.

Die vor wenigen Tagen über das Kapitel „Heerwesen“ im Nationalrat abgeführte Debatte hat zu den alljährlich gewohnten Darlegungen geführt. Immer wieder die gleichen Fragen: Ob Oesterreich überhaupt eine Wehrmacht braucht; ob Kavallerie und Briefftauben, ob der Dachstein-Uebungsplatz nötig sind; warum in dieser Wehrmacht altösterreichische Tradition gepflegt wird; ob die bestehenden Verhältnisse tatsächlich die Bezeichnung „Entpolitisierung“ verdienen. Diesmal kam auch noch das Einsetzen des Bundesheeres am 13. September, sowie eine Beschwerde Innsbrucker Offiziere in Angelegenheiten des Wehrbundes dazu. Es gab eine lebhaftige Debatte, mit deren einzelnen Punkten man sich mehr beschäftigen sollte, als dies gewöhnlich in der Tagespresse Gepflogenheit ist. Im Nachfolgenden soll dies geschehen. Vorweg sei bemerkt, daß die rein militärischen Fragen über Waffengattungen, Hilfsmittel, Uebungsplätze u. dgl. aus öffentlichen Debatten überhaupt ausgeschieden bleiben sollten, da Fachfragen nicht durch Parlaments-Debatten, sondern lediglich durch Fachurteile geklärt werden können. Nehmen wir z. B. die Frage, ob Kavallerie nötig ist, über die Generaloberst von Seeckt — wohl ein Fachmann von internationaler Bedeutung — eine eingehende Studie veröffentlichte. Ähnliches gilt für den Uebungsplatz im Dachstein-Gebiet. Ein Land, dessen Grenzen vielfach Hochgebirgscharakter aufweisen, benötigt wohl auch einen Uebungsplatz im Hochgebirge. Demgegenüber sind die — sagen wir — politischen Fragen der Wehrmacht ein neuösterreichisches Spezialgebiet. Hier Stellung zu nehmen, scheint im Interesse von Volk und Wehrmacht wichtig.

Daß Oesterreich eine Wehrmacht braucht, scheint überflüssig zu beweisen. Oesterreich liegt im Herzen Europas, im Schnittpunkt vieler und wichtiger internationaler Interessen. Sollten sich die zahlreichen europäischen Gegensätze gegeneinander entladen, so bietet nur der eigene Schutz wirkliche Sicherheit. Die Schweiz im Weltkrieg erbrachte hierfür den Beweis. Gewiß: Das Schweizer Heer baut sich auf dem Milizsystem auf. Unsere Wehrmacht aber ist ein Soldheer, ist klein und der allerwichtigsten Hilfsmittel einer modernen Armeeausrüstung beraubt. Dennoch: wir müssen unsere bescheidene Wehrmacht als Kader eines Volksheeres betrachten, das für den Fall, daß andere miteinander Krieg führen, die Neutralität unseres Staatsgebietes und die Unverletzlichkeit unserer Grenzen verbürgt. Wenn auch der Wert des Miliz-Systems zum Sold-System wie Hundert zu Eins stehen mag, so steht diese Frage nicht zur Debatte, da wir eben zur Errichtung des Sold-Systems verhalten waren und dessen Abänderung nicht in den Rahmen unserer Macht fällt.

Hier sei die erste Feststellung erlaubt. Es ist eine bedauerliche Tatsache, daß unser Heer um vieles kleiner ist, als es laut Friedensvertrag sein sollte. Diesbezüglich wäre Abhilfe von Nöten. Abhilfe im Rahmen des Budgets! Wir besitzen eine Reihe höchst überflüssiger, bürokratischer Einrichtungen, an welchen große Teile des erprobten Offizierkorps berechnete

Kritik üben. Wir geben Geld für Luxuseinrichtungen aus, die als Beiwerk der großen, alten Armee notwendig gewesen sein mögen, heute aber überflüssig sind und daher anderen Notwendigkeiten Abbruch tun. Die in beiden vorliegenden und vielen anderen Fällen zu ersparenden Gelder können dazu verwendet werden, um wenigstens die im Friedensvertrag gewährleisteteste Kaderhöhe des Mannschaftsstandes zu erreichen. Gegenüber der Erwägung: Erhöhung des Mannschaftsstandes, sollte auf jede überflüssige, mit Kosten verbundene Popularitäts-Hascherei (Sportfeste, Paraden, Fackelzüge, paradeartige Manöver) verzichtet werden. Das Heer arbeite still und fern vom Getriebe der Welt. Je weniger man über den Soldaten spricht, desto besser!

Nicht zu übersehen ist, daß noch Ersparungen bei überflüssigen Mehrausgaben die dadurch mögliche Erhöhung des Mannschaftsstandes auch eine Erleichterung im Problem der Arbeitslosigkeit brächte. Hier ist jede Erleichterung ebenso sozial wie staatsfinanziell wünschenswert. Mehr als zehntausend Männer können der Arbeitslosigkeit entzogen und dem Heer zugeführt werden. Das brächte bei einem anderen Budgetkapitel Erleichterung.

In jeder Armee wird Tradition gepflegt. Nun wird beanstandet, daß in der Wehrmacht der österreichischen Republik altösterreichische Tradition gehegt wird. Das ist zwangsläufig. Welche Tradition sollte unsere Armee denn sonst pflegen, außer jene, die sich mit den großen Namen der Vergangenheit verknüpft? Daß im Heer des zweiten deutschen Staates Mitteleuropas die Erinnerung gesamtdeutscher Geschichte ausschließlich in den Vordergrund treten sollte, ist selbstverständlich, jedenfalls aber wichtiger als das künstliche Wachen der Erinnerung an partikularistisch-dynastische Bruderkriege. Letzteres mißbraucht die Tradition zu einseitigem, politischen Zweck. Mit dieser Einschränkung kann sonach die Pflege wahrer, deutscher Tradition gewiß nichts Stichhältiges eingewendet werden. Die Tradition muß — um es nochmals zu betonen — rein kriegsgeschichtlich gepflegt werden. Sie darf aber nicht die geschichtliche Vergangenheit mißbrauchen, um aus erloschener Vergangenheit politische Zukunftshoffnungen zu erwecken oder zu nähren.

Nach dieser Feststellung sei an einen der allerbesten Teile altösterreichischer Tradition erinnert, welcher in der vollständigen Entpolitisierung der alten Armee bestand. Diese parteipolitische Jungfräulichkeit der alten Armee hat sich im größten aller Kriege bewährt. Bis zum bitteren Ende. Drei Wochen lang standen nach der politischen Aufteilung des alten Reiches die Soldaten weit jenseits der Grenzen. Bis zum letzten Tag brachen sich die Anstürme der Feinde und die Zersetzungerscheinungen im Innern am entpolitisierten Soldaten, obwohl das verteidigte, große Vaterland bereits gesprengt und zerlegt war. Glaubt man, daß die Soldaten der alten Armee derartig durchhalten hätten können, wenn sie parteipolitisch und wahlmäßig festgelegt gewesen wären? Wenn sie sich in allen Varianten der Parteieinstellungen eines jeden der Völker des vielsprachigen Reiches wahlmäßig zurecht finden hätten müssen?

Heute ist die Wahl enger. Sie betrifft ausschließlich die Parteipolitik des eigenen Volkstums. Gerade deshalb muß man fragen, ob wirklich alles geschieht, was die Unabhängigkeit der Soldaten von der Parteipolitik fördert. Diese Frage muß bedauerlicherweise durchaus verneint werden. Die Soldaten wählen nicht nur, wie alle anderen Bürger des Staates für die Gemeinden, für die Landtage und für den Nationalrat, sondern besitzen obendrein ein Gewerkschaftswahlrecht. Diese Wahlbetätigungen sind nicht nur des Guten zu viel, sondern ergeben insgesamt das Gegenteil einer wirklichen Entpolitisierung.

In den Jahren nach dem Zusammenbruch war „Rot“ die begünstigte Farbe. Mit nicht geringer Sorge blickte die größere Hälfte der Bevölkerung auf die „rote Armee“. Später wandte sich das Blatt. Heute werden etwa sechzig Prozent der Soldaten unter die Parteifahne „Schwarz“ eingereiht. Zwangsläufig ist es daher, daß auch das Hakenkreuz Anhang findet, der größer werden kann, vielleicht schon größer ist, als man denkt, auch wenn man mit derlei Gesinnungen noch nicht an die Öffentlichkeit tritt, um nicht „unangenehm aufzufallen“. Dieser Zustand ist ungesund. Der in die Armee eintretende Soldat läßt sich freiwillig anwerben. Wer in einem Söldnerheer den Rock des Soldaten anzieht, verpflichtet sich auf die Bürgerpflichten und möge daher auf die Bürgerrechte verzichten. Will er nicht verzichten, so braucht er sich auch nicht anwerben zu lassen. In einer Zeit derart drängender Arbeitslosigkeit werden sich doch wohl Männer finden, die gern auf Wahlrechte Verzicht leisten, wenn sie durch diesen Verzicht das Recht auf Tätigkeit und Arbeit erreichen. Dieser Verzicht bedeutet keinesfalls eine Aberkennung der bürgerlichen Rechte, wie man dies aus Parteigoismus darzustellen beliebt. Er bedeutet lediglich eine Stilllegung des Wahlrechtes auf die Dauer der freiwilligen Dienstzeit — eine Maßnahme, die in allen Staaten der Welt, mit Ausnahme Sowjetrußlands, eine Selbstverständlichkeit ist.

Genau dasselbe gilt vom Gewerkschaftswahlrecht. Solange ein „unpolitischer“ Wehrbund und ein „wirtschaftlicher“ Militärverband bestehen, solange bestehen auch zwei Richtungen innerhalb der Wehrmacht, die sich parteipolitisch anlehnen und je nach parteipolitischer Zugehörigkeit des Heeresministers bevorzugt oder benachteiligt werden.

Wie immer derartige Anregungen in die Wirklichkeit eingebaut werden mögen — über deren Details kann gesprochen werden. Jedenfalls aber ist jeder Weg besser, als jener der Gewerkschaftswahlen, wo während der Wahlwerbung ein General und ein Gefreiter gegeneinander Werbereden halten, wie es als Unikum in der Heeresgeschichte aller Staaten in unserem Heimatland bereits vorgekommen ist. Solange der Soldat das Wahlrecht in die Volksvertretungskörper besitzt, solange der Soldat sein Gewerkschaftswahlrecht ausübt, solange ist von einer Entpolitisierung der Armee keine Rede. Wenn daher altösterreichische Tradition gerühmt, gepredigt und hochgehalten werden, so halte man unter diesen am höchsten die restlose parteipolitische Entpolitisierung des Soldatenstandes. Denn alle

Parteien werden doch wohl im Interesse einer parteilos eingestellten Armee auf etwa achttausend Wähler verzichten, da ja alle Parteien behaupten, daß Staatspolitik vor Parteipolitik gehe. Dann, aber auch nur dann, wird es nicht vorkommen, daß Offiziere heute dem Wehrbund, morgen vielleicht dem Militärverband beitreten, um noch Dienstjahre zu sammeln. Dann, aber auch nur dann, wird es nicht vorkommen, daß Offiziere heute dem Wehrbund, morgen vielleicht dem Militärverband oder dem Hakenkreuz angehören, oder in geschlossener Wahlzelle gegen die Organisation stimmen, in die sie sich hineingepreßt fühlen. So wie die Verhältnisse heute liegen, versucht man Offizier und Mann zu Duckmäusern zu erziehen, also zum Gegenteil dessen, was sie trotz des „Kadaver-Gehorsams“ in der alten Armee waren und daher auch heute nicht sein dürfen, sollen sie wirkliche Soldaten sein.

Nur die Abschaffung jeglicher Wahlrechte führt dahin, daß sich die Staatsautorität zu jeder Zeit und bei jeder Gelegenheit auf das Heer verlassen kann. Nur so wird das notwendige Ziel erreicht, daß der politische Heeresminister innerhalb des Heeres keine Parteipolitik betreibt, sondern lediglich den Vorteil der Wehrmacht im Parlamente vertritt und wahrt, wobei die Beurteilung militärischer Fachfragen dem obersten militärischen Befehlshaber der Wehrmacht überlassen bleibe, wie dies ebenso im Volksheer Frankreichs als im Soldheer des Deutschen Reiches der Fall ist. Dann erst wird es keine Debatte darüber geben, ob man die Soldaten der Wehrmacht vor oder hinter dem Polizei- oder Gendarmeriekordon aufstellen kann; dann wird es keine Debatte darüber geben, ob die Wehrmacht an einem Putschtag zu spät oder zu langsam oder in zu geringem Umfang eingesetzt wurde. Dann wird es keine parteipolitischen Wahlfarben, sondern bloß Männer geben, welche das Gelöbnis hochhalten, das sie geleistet haben der österreichischen Republik.

Wovon man spricht

Nun ist ein neues Jahr gekommen, im Dämmer sind die verfloßenen Kriegsjahre versunken, allein wohin das Auge blickt, es sucht vergebens nach dem Frieden. Der Krieg ist noch nicht liquidiert, er dauert in anderen Formen fort, aber nicht nur die Besiegten sind von der großen Krise erfaßt, die nach der wirtschaftlichen Desorganisation Europas durch manche Bestimmungen der Friedensverträge über die Welt hereinbrach; Europa taumelt dem Abgrunde zu, der Kampf aller gegen alle ist die Signatur unserer Tage in innen- und außenpolitischer Beziehung. Bei der Neuordnung Europas nach dem Kriege wurden die Lebensbedingungen der Völker nicht berücksichtigt, alte Wunden brechen infolgedessen immer wieder auf und neue Leiden quälen die Menschheit, an denen sich die Gegensätze zwischen den Parteien immer mehr verschärfen, denn nicht nur im Deutschen Reiche und in Oesterreich, auch in den anderen Ländern stehen grundsätzlich verschiedene Auffassungen von Staat und Volk einander unversöhnlich gegenüber. Weltanschauungen liegen in erbittertem Kampfe mit

einander, und neue politische und wirtschaftliche Gesellschaftsformen sind im Werden, von deren Gestaltung Wiederaufstieg oder Untergang des Abendlandes abhängen. — Es ist eine Zeit tiefgehender Gährung, die wir durchleben, und es hieße den Rufer in der Wüste spielen, wollte man an alle den Ruf nach Verständigung, Einigung und Zusammenarbeit richten. In dem Getöse des Kampfes, der uns umtobt, reicht die Stimme des Einzelnen nicht weiter als auf den Kreis der Gleichgesinnten, dem gleichen Ziele Zustrebenden, der Appell an die nationalen Kreise zur Sammlung ist aber heute dringlicher als jemals, denn es handelt sich um Sein oder Nichtsein des Deutschtums in den Alpenländern.

Verworren mutet das Bild, das unsere innerpolitische Lage bietet, nicht nur den Fernstehenden an, allein drei Fragen und Angelegenheiten heben sich von dem Wüste der flüchtigen Erscheinung des Tages sichtbar ab, und bilden mit Recht den Gegenstand weniger der Erörterung in der Tagespresse, als vielmehr den gesellschaftlicher Auseinandersetzung, weil sie geeignet sind, die weitere Entwicklung der Dinge in Oesterreich entscheidend zu beeinflussen: der Plan der Bildung einer Donaukonföderation, die erhöhte legitimistische Propaganda, beides umrahmt von heftigen Angriffen auf die auswärtige Politik der Regierung. — Die Bedeutung des Projektes einer Donaukonföderation darf an sich nicht unterschätzt aber auch nicht überschätzt werden, da sich hier gegensätzliche Interessen anderer Staaten kreuzen und einander bis zu einem gewissen Grade paralisieren; dasselbe gilt auch von der legitimistischen Propaganda, soweit Oesterreich selbst in Betracht kommt, allein im Zusammenhange mit gleichgerichteten weit ausichtsreicheren Bestrebungen in unserer nächsten Nachbarschaft und mit Rücksicht auf die parallel laufenden Bemühungen um die Bildung einer Donaukonföderation, gewinnt diese Propaganda an Bedeutung und erfordert umso mehr Aufmerksamkeit, als sie durch die Art, in der sie arbeitet, Verwirrung im nationalen Lager hervorruft und dadurch die nationale Front im Kampfe um die Besserung unserer wirtschaftlichen Verhältnisse und um die Sicherung unseres nationalen Lebens erschüttert. — Man hat in den letzten Wochen manches über Erfolge der legitimistischen Agitation unter den Tiroler Bauern gehört; daß dergleichen in der Diözese des Bischofs Waitz vorkommt, überrascht nicht, umso bemerkenswerter ist es, daß aus derselben Richtung auch die heftigsten Angriffe auf den außenpolitischen Kurs der Regierung kommen. Unter Berufung auf das Scheitern der reichsdeutschen und österreichischen Bemühungen um eine zoll- und handelspolitische Angleichung der mitteleuropäischen Staaten und unter deutlicher Bezugnahme auf die angeblich weit erfolgreichere auswärtige Politik in den Jahren 1922 bis 1929 wird die seitdem eingehaltene Außenpolitik als gänzlich unfruchtbar bezeichnet und verurteilt. Nun, wenn schon die Erinnerung an diese Zeit heraufbeschworen wird, dann stellt sich ganz von selbst die Frage nach den Früchten der in jenen Jahren befolgten auswärtigen Politik ein.

Mit Hilfe der Völkerbundanleihe, die durch zeitweisen Verzicht auf die finanzielle und wirtschaftliche Souveränität Oesterreichs gesichert wurde, konnte die Währung stabilisiert und das finanzielle Gleichgewicht im Bundeshaushalte her-

gestellt werden, allein nur vermittelt eines sich stetig steigernden Steuerdrucks, der den Oesterreicher bis zum Jahre 1929 zum höchstbesteuerten Menschen in Europa machte bei gleichzeitiger Steigerung der sozialen Belastung der Wirtschaft von 93 auf 420 Millionen Schilling. Die Wirtschaftskrise erfuhr dadurch eine ungeahnte Verschärfung, die Arbeitslosigkeit wurde gesteigert, die Rentabilität der industriellen Unternehmungen auf ein Minimum herabgedrückt oder ganz vernichtet, und es bedurfte dann nur noch der Willfährigkeit der Regierung gegenüber den Bestrebungen einiger Wiener Großbanken, die ganze Kreditorganisation auch in der Provinz und mit ihr den größten Teil der österreichischen Industrie an sich zu reißen, um jene Ueberdimensionierung des Wiener Bankgeschäftes zu bewirken, die schließlich in dem Zusammenbruche der Bodenkreditanstalt und in der Krise der Creditanstalt mit all ihren katastrophalen Auswirkungen endete. Die rein mechanische, nur auf fiskalischem Wege erzielte Herstellung des Gleichgewichtes im Bundeshaushalte war auf Kosten der Wirtschaft erfolgt, damit aber die natürliche gesunde Grundlage der Staatswirtschaft aufs bedenklichste erschüttert worden, denn trotz des ungeheuren Steuerdrucks waren die Staatskassen am Ende dieser Periode nicht aufgefüllt, wurde doch schon Ende 1927 von der damaligen Regierung die Aufnahme einer neuen Bundesanleihe als unerläßlich bezeichnet. Geling es aber, die Bewilligung zur Aufnahme dieser Anleihe zu erreichen? Wenn wirklich die auswärtigen Beziehungen Oesterreichs zu jener Zeit so ausgezeichnet und die damalige auswärtige Politik so fruchtbar gewesen wären, wie heute behauptet wird, dann wäre es ein leichtes gewesen, diese Bewilligung zu erhalten und die Anleihe auch unterzubringen, da die Verhältnisse auf dem internationalen Geldmarkte damals weit günstiger lagen als später.

In Wirklichkeit war die damalige auswärtige Politik Oesterreichs durchaus passiv, bewegte sich also durchaus im Kielwasser der aktivsten politischen Macht Frankreichs. Allein was wurde damit erreicht? Als der Völkerbund sich seinerzeit außerstande erklärte, seine im Genfer Protokoll übernommene Verpflichtung, Oesterreich bei der Wiederaufrichtung seiner Wirtschaft zu helfen, ihm also nach dem Gutachten der Völkerbundexperten Layton und Rist handelspolitische Erleichterungen zu verschaffen, die den österreichischen Absatz gefördert hätten, war die Gelegenheit gegeben, nicht nur die Streichung aller Reparationsverpflichtungen Oesterreichs und die Aufhebung des Generalpfandrechtes zu verlangen, sondern auch völlige handelspolitische Freiheit für Oesterreich zu fordern, nachdem man es hinsichtlich des Wiederaufbaues seiner Wirtschaft auf die eigene Kraft verwiesen hatte; allein kein einziger ernster Schritt in dieser Richtung erfolgte, jedenfalls hatte die damalige Außenpolitik keinen Erfolg zu verzeichnen, nicht einmal die Bewilligung zur Aufnahme einer neuen Bundesanleihe konnte trotz mehr als einjährigen Bemühens erlangt werden, und erst dem Kabinett Schober war der Erfolg in dieser Richtung beschieden, nachdem es auch die Streichung der Reparationsverpflichtungen und die Aufhebung des Generalpfandrechtes erwirkt hatte. Welche auswärtige Politik war also fruchtbarer, die bis 1929 befolgte oder die seit dem Herbste 1929 eingeschlagene?

Gewiß ist es zu bedauern, daß die Bemühungen der deutschen Reichsregierung und der österreichischen Regierung um eine auf Erweiterung berechnete zoll- und wirtschaftspolitische Angleichung zwischen dem Deutschen Reiche und Oesterreich keinen unmittelbaren Erfolg hatten, allein die Akten darüber sind keineswegs geschlossen. Zunächst bleibt es das Verdienst der österreichischen Außenpolitik seit dem Jahre 1929 an der Stelle nebelhafter Paneuropapläne den positiven Gedanken eines regionalen Wiederaufbaues der europäischen Wirtschaft angeregt und ihn im Verein mit der Deutschen Reichsregierung in eine konkrete Form gebracht zu haben. Damit war der einzig gangbare Weg aus dem europäischen Wirtschaftschaos der Nachkriegszeit gewiesen, und deshalb wird dieser Gedanke auch nie mehr von der Tagesordnung verschwinden. Man kann vielleicht sagen, daß die Methode, in der man den Plan zu verwirklichen suchte, nicht glücklich gewählt war; allein die mit Bezug auf die zwischen dem Deutschen Reiche und Oesterreich vereinbarten Richtlinien gegen die österreichische Außenpolitik erhobenen Anklagen richten sich gar nicht gegen die bei diesem Anlasse befolgte Methode, sondern gegen das in den Richtlinien angestrebte Ziel. Gerade von der Seite, die heute unter der Maske des Bedauerns über das Scheitern der im März eingeleiteten wirtschaftspolitischen Aktion die Aenderung der österreichischen Außenpolitik fordert, wurde nichts unterlassen, um diese Aktion im Auslande zu diskreditieren und zu sabotieren und dann die völlige Abkehr von dem durch die Richtlinien angestrebten Ziel zugunsten einer anderen Kombination zu fordern, in der Oesterreich nicht nur keine wirtschaftlichen und nationalpolitischen Vorteile, sondern nur Nachteile in beiden Beziehungen beschieden sein würden. Man frage doch die österreichischen Bergbauern, die man jetzt für den Plan einer Donaukonföderation einzufangen sucht, ob sie bei der Zollangleichung an das Deutsche Reich, die ihren Produkten den ganzen weiten reichsdeutschen Absatzmarkt eröffnen würden, besser fahren würden, oder in einer Donaukonföderation, die ihnen nicht nur den reichsdeutschen Markt verschließen, sondern sie auch der unmittelbaren Konkurrenz der östlichen Agrarstaaten gegenüberstellen würde. Eine wirtschaftspolitische Angleichung mit diesen Staaten ist für Oesterreich nur tragbar und vorteilhaft, wenn ihm dadurch nicht der Weg zum reichsdeutschen Markte versperrt wird. Die Richtlinien sollten diese Möglichkeit eröffnen, eine Politik aber, die Oesterreich auf den wirtschaftlichen Zusammenschluß mit den Nachfolgestaaten beschränken und festlegen würde, wäre ein unsühbares Verbrechen an unserem Volke; unsere Bauern sind ein viel zu kostbares Gut, als daß man sie um vermeintlicher Vorteile auf industriellem Gebiet oder um landfremder Interessen willen opfern dürfte, denn sie preisgeben, heißt auch die Grundlage der nationalen Existenz des alpenländischen Deutschtums untergraben und vernichten.

Es ist natürlich nicht leicht, unsere Bevölkerung für den nationalen Selbstmord zu begeistern, die Rattenfänger, die das Land durchziehen, spielen deshalb auch vor allem die Weise von der starken Hand, um die Leute zu locken. Es ist ja heute nichts populärer als dieses Wort. Eine Regierung der starken Hand und Erlösung aus der Not haben sich in der allgemeinen Vorstellung mit einander ver-

schmolzen; man begeistert sich für die starke Hand, ohne weiter nach dem Wie und Was zu fragen, und damit rechnet die Propaganda für die Donaukonföderation und allem, was drum und dran hängt. Die Hauptsache ist ja, daß dieses Regime der starken Hand installiert und mit den weitestgehenden Vollmachten ausgestattet wird, um dann zur erlösenden Tat, zur wirtschaftlichen und nationalen Abschnürung der Alpenländer von der Masse des deutschen Volkes zu schreiten. Natürlich muß das eine starke Hand sein, die das zu vollbringen hat, wenn auch nicht stark durch sich selbst, so doch stark durch erschlichene Vollmachten, denn, was zu tun sie beauftragt ist, muß gegen die Lebensbedingungen, gegen den Lebenswillen der Deutschen in den Alpenländern vollbracht werden. So weit, aber auch nur so weit soll und kann diese starke Hand reichen, denn ein Regime, das auf diese Weise vom Auslande über Oesterreich gesetzt wird, würde seine Existenz immer nur von Gnaden dieses Auslandes fristen, immer nur sein Beauftragter sein. — Daß die anrühmlichsten publizistischen Abenteurer sich in den Dienst dieser Propaganda stellen, beeinträchtigt ihre Wirkung wenig, ist es doch gelungen, selbst in die Heimwehr in dieser Beziehung Verwirrung zu tragen. Schon sah man im Auslande vielfach in ihr nur mehr eine legitimistische Gardetruppe und ein hochangesehenes reichsdeutsches Blatt, die „Bayrische Staatszeitung“, glaubte noch vor kurzem, die weitere innerpolitische Entwicklung in Oesterreich unter diesem Gesichtspunkte betrachten zu müssen. Die Verhältnisse haben sich in dieser Hinsicht indessen bereits geklärt. Das nationale Empfinden in der Masse der Heimwehrlaute reagierte mit einer entschiedenen Ablehnung des Donaukonföderationsplanes, und die Erklärung Rauters in Radkersburg, daß es für Oesterreich unter den gegebenen Verhältnissen nur eine Staatsform geben könne, die der Republik, läßt die die Heimwehr beherrschende Stimmung deutlich erkennen; daß sich einige ihrer Führer mit dem Bemerkten, die legitimistische Frage und die der Donaukonföderation seien „nicht aktuell“, um eine klare Stellungnahme herumzudrücken suchen, beweist eben nur, daß sie sich des Gegensatzes bewußt sind, in dem sie hier zur Masse der Heimwehrlaute stehen.

Allein genügt es, inmitten der außerordentlichen innenpolitischen und außenpolitischen Schwierigkeiten und der sich damit verknüpfenden Intrigen, daß jede einzelne nationale Gruppe demselben Ziele zustrebe? Die Anforderungen, die die Zeit an Oesterreich und insbesondere seine nationalen Organisationen stellt, sind so ungeheuer, daß ihre Bewältigung eine straffe geistig-politische Disziplin aller nationalen Kreise, die Sammlung, Zusammenfassung und Ordnung aller nationalen Kräfte voraussetzt. Der Wege hierzu gibt es zwei: den Kampf bis zur Vernichtung zwischen den einzelnen nationalen Gruppen bis zum Siege der stärksten oder die Verständigung über die Mittel und Wege, die zum gleichen Ziele führen. Der erste dieser beiden Wege ist zweifellos der dekorativere, allein auch der verlustreichere und riskantere, denn er erfordert einen ungeheuren Verbrauch an nationaler Kraft, führt übrigens niemals zum vollen Erfolge, da es der siegreichen Gruppe niemals gelingt, den ganzen Bestand der bekämpften Bruderpartei zu erfassen, der zurückbleibende Rest aber nunmehr

tief erbittert, zum Keime neuer Spaltungen im nationalen Lager wird, endlich aber erfahrungsgemäß die Gefahr außerordentlich groß ist, daß die verwandten nationalen Gruppen nur auf gegenseitige Vernichtung bedacht, leicht zu unbewußten Werkzeugen lachender Dritten werden. — Der zweite Weg, der dem grundlegenden Gedanken der Heimwehrebewegung entspricht, fordert mehr Selbstbeherrschung, spart aber Zeit und Kraft, denn er gibt die Möglichkeit, mit vereinter Kraft zur rechten Zeit am rechten Punkte einzusetzen. Es ist selbstverständlich, daß sich jede nationale Gruppe unter uns Deutschen selbst ihr Zukunftsideal zimmert, allein die Unterschiede sind nicht wesentlich, vor allem aber nicht in Fragen, wie denen der Donaukonföderation und der damit zusammenhängenden legitimistischen Propaganda. Hat es aber einen Sinn, sich in einer Zeit, in der uns solche Gefahren bedrohen und man bereits Feuer an das Haus legt, in dem wir wohnen, darüber zu streiten und sich darüber zu entzweien, wie groß die Zimmer in dem neuerrichtenden Hause bis auf einen Zentimeter sein sollen? Wird nicht mit jedem Tage die Gefahr größer, daß uns über diesem unserem Streite, das Grundstück, auf dem wir das neue Heim errichten wollen, unter der Hand weggenommen und verschachert wird, und wir heimatlos werden, wenn wir auch noch an der Donau, am Inn und an der Mur wohnen? Man spricht heute so viel von der finanziellen Ueberfremdung, die Gefahr der politischen und nationalen Ueberfremdung, die uns droht, ist weit größer.

Dr. H. Ekkhard.

Der Weg ins Freie!

Nach dem furchtbaren Erlebnis des Weltkrieges, hat der Wille der Siegerstaaten, beeinflusst von der Demagogie der slawischen Völker und dem Haß gegen alles Deutsche, im Herzen Europas unser Vaterland als „selbstständigen“ Staat geschaffen. Ein großes organisch gegliedertes Wirtschaftsgebiet wurde durch diesen Spruch der Feindmächte zerrissen und aus ihm eine Reihe von Kleinstaaten geschaffen. Der Nationalitätenhaß, insbesondere der Haß der Slawen gegen das Deutschtum hat zwischen den einzelnen Staaten schier unüberwindliche Trennungsmauern errichtet und hat insbesondere unserem Vaterlande aus dem Erbe der ehemaligen Monarchie ungeheure Lasten aufgebürdet. Das große Wirtschaftsgebiet wurde zerrissen. Es entstanden eine Reihe kleiner Wirtschaftsgebiete, die sich gegeneinander vollkommen absperren und dadurch die schwierige Lage der Wirtschaft ins Gigantische vergrößerten.

In Oesterreich, insbesondere in Wien, befanden sich die Zentralen der großen Industrieunternehmen, die ihre Fabrikationsstätten in allen Ländern und Provinzen des ehemaligen Reiches verteilt hatten, in Wien befanden sich die großen Handelsfirmen, die Zentralen der Banken, die ihre Kundschaft ebenfalls vorwiegend in den Ländern hatten. All diese wirtschaftlichen Gebilde standen durch den Zusammenbruch und den Zerfall der Monarchie vor der Tatsache, daß die Zusammenarbeit mit den Filialen, der Verkehr mit der Kundschaft, insbesondere in der ersten Zeit durch die neuen Staatsgrenzen äußerst erschwert, teilweise sogar unmöglich gemacht wurde. Dazu kam noch

die notwendige Umstellung der Kriegsindustrie auf die Friedenswirtschaft, die Belastung unseres Staates durch die Riesenzahl der aus den Nachbarstaaten ausgewiesenen deutschen Staatsangestellten, die notwendige Unterbringung und Rückleitung der heimkehrenden Krieger in die Wirtschaft und die sonstigen Folgen des verlorenen Krieges.

Aus einem, trotz aller Fehler wohlgeordneten Wirtschaftsgebiete blieb ein „Selbstständiger“ Staat von lächerlich geringem Umfang, belastet mit dem Monstrum der ehemaligen Reichshauptstadt Wien, einer aus allen Fugen geratenen Industrie und zumindest in den ersten Monaten, ohne staatliche Autorität, zurück.

In diesem neuen Staate wäre wohl das oberste Gebot jeglicher Regierung die besondere Bedachtnahme auf wirtschaftliche Fragen gewesen, um den Wiederaufbau der heimischen Wirtschaft zu erleichtern und zu ermöglichen. In den verschiedenen Wahlaufufen der Parteien waren in dieser Hinsicht wohl große Versprechungen gemacht worden, leider aber blieben es Versprechungen, leere Worte, Schall und Rauch. Statt in allem und jedem auf die wirtschaftlichen Bedürfnisse Rücksicht zu nehmen, wurde in dem neuen Staate Parteidemagogie, Klassenhaß und Volksverhetzung Trumpf, mochte auch darüber die Wirtschaft zu Grunde gehen. Das ungeheuere Anschwellen der sozialdemokratischen Partei — durch eine Psychose der Volksmassen begünstigt — auf der einen Seite und die fehlende Nackensteife der Vertreter der bürgerlichen Kreise auf der anderen Seite, machte aus unserem Vaterland eine Domäne des Berufspolitikerturns übelster Sorte. Selbst die einfachsten wirtschaftlichen Fragen wurden vom parteiegoistischen, parteidemagogischen Standpunkte aus behandelt.

Wenn Oesterreich in dem Chaos der Nachkriegsjahre nicht zusammenbrach, so verdankt es dies nur der unerschütterlichen Gewissenhaftigkeit und der Treue seiner Staatsangestellten, die nach Möglichkeit die unheilvollen Einwirkungen der Parteigünstlinge paralyisierten. Immerhin aber war der Schaden, den Oesterreich durch die fortschreitende Politisierung der Verwaltung erlitt, ein ungeheurer. Besonders die Verramschung der riesigen Heeresgüter, die durch die, plötzlich zur Macht gelangten Soldatenratswirtschaft begünstigt wurde, schädigte das Volksvermögen um Riesensummen. Die gewaltigen, durch die Hypertrophie der Staatsverwaltung, die notwendige Beschaffung von Lebensmitteln für die ausgehungerte Bevölkerung verursachten Staatsausgaben, führten zur Inflation, die noch durch die schmutzigsten Schiebereien und die vielfach jeden wirtschaftlichen Grundsätzen widersprechenden Maßnahmen, der den tatsächlichen Verhältnissen in keiner Weise gewachsenen Parteipolitiker ins Ungemessene gesteigert wurden.

Als dann der Zusammenbruch der Staatsfinanzen drohte, entschloß man sich endlich zu energischen Maßnahmen, die aber wieder nicht nach wirtschaftlichen Grundsätzen, sondern nach parteipolitischen Erwägungen getroffen wurden. Insbesondere der ungeheuerliche Satz des sozialdemokratisch beeinflussten Finanzministers Dr. Schumpeter: Krone ist Krone: zerstörte den letzten Rest der Finanzkraft der Bevölkerung. Arbeiterschaft, Mittelstand und Industrie verloren durch diesen Grundsatz die letzten Reste ihrer Ersparnisse ihres

Betriebskapitals und wenn heute die österreichische Industrie, der Handel und das Gewerbe zur Gänze vom Leihkapital abhängig ist, so trägt dieser „Wirtschaftsgrundsatz“ eines unverständigen Finanzministers die Schuld an diesem unheilvollen Zustand, damit aber auch die Schuld an der ungeheueren Arbeitslosigkeit, an dem Zusammenbruch großer Industrien und Handelsgesellschaften.

Auch die fortgesetzte Zwangswirtschaft auf dem Gebiete des Mietwesens, die ausschließlich aus parteitaktischen Gründen erhalten blieb, hat dem Volksvermögen ungeheueren Schaden zugefügt. Diese Frage, die rein wirtschaftlicher Natur ist, wurde von der Sozialdemokratie als billiger und willkommener Wahlschlager ins parteipolitische Getriebe gezogen und selbst heute ist es noch nicht gelungen, diese Frage von parteipolitischen Einflüssen zu befreien, auf das wirtschaftliche Gebiet überzuleiten und eine alle beteiligten Kreise befriedigende Lösung zu finden.

Eines der wichtigsten Beispiele der vollkommenen Politisierung der Staatsverwaltung ist die Herrschaftsteilung zwischen Sozialdemokraten und Christlichsozialen in Niederösterreich, die durch die famose Einteilung der Gemeinden in „Industrie“- und „Land“-Gemeinden offen aufscheint. Alle Gemeinden, welche sozialdemokratische Mehrheit besitzen, werden als „Industrie“-Gemeinden erklärt und unter die Aufsicht des sozialdemokratischen Referenten in der Landesregierung gestellt, während die Gemeinden mit christlichsozialer Mehrheit als „Land“-Gemeinden dem christlichsozialen Referenten unterstehen. Wiederholt ereignete sich das Schauspiel, daß eine „Land“-Gemeinde über Nacht durch eine Zufallsmajorität bei der Gemeinderatswahl zu einer „Industrie“-Gemeinde wurde, das vollkommen bäuerliche Orte, wie z. B. Mauerbach plötzlich in der Reihe der Industriegemeinden erschienen, ohne daß je in einem derartigen Orte eine Industrieunternehmung gewesen wäre. Diese Zweiteilung der Macht zwischen Christlichsozialen und Sozialdemokraten ist aber auch im ganzen politischen Leben und in der Verwaltung unseres Staates die Richtlinie. Nie können sich wirtschaftliche Grundsätze freie Bahn brechen, immer und immer wieder sprechen Parteipolitiker das letzte Wort.

Die unheilvollen Wirkungen dieser Zustände sehen wir in dem noch immer andauernden Zusammenbruch der Industrie, des Gewerbes und des Handels, in der immer weiter steigenden Arbeitslosigkeit, in der Verelendung der breiten Massen der arbeitenden Bevölkerung und insbesondere in der erschreckenden Abhängigkeit unserer Wirtschaft vom internationalen Finanz- und Leihkapital. Wenn heute Oesterreich in allen seinen Maßnahmen und Entschlüssen, insbesondere von Frankreich abhängig ist, so ist es allein die Schuld der Parteipolitiker und Parteidemagogen der beiden großen Parteien, die ohne Rücksicht auf die Belange des Volkes und der Wirtschaft, sich ein Jahrzehnt hindurch nur von ihren parteitaktischen und parteiegoistischen Wünschen leiten ließen.

Das plötzliche Aufflammen der Heimwehrbewegung in den letzten Jahren, das Wachsen der radikalen Parteien ist nur die Reaktion der Bevölkerung, die sich instinktiv gegen die immer weiter fortschreitende Politisierung und „Ver“-waltung des Staates und der Volkswirtschaft wehrt. Es hieße aber den Teufel mit dem Beelzebub austreiben, wenn man sich von diesen radikalen Par-

teien und Bewegungen eine Rettung aus dem Elend und der Not erhoffen würde. Wohl haben die Führer dieser Parteien die Schäden der bisherigen Wirtschaft im Staate erkannt, doch vergebens sucht man in den Reden und Programmen dieser „Radikalen“ Wege, die geeignet wären, eine Besserung zu erzielen. All die Versprechungen und Verheißungen derartiger radikaler Programme lassen die ernste Behandlung der wirtschaftlichen Fragen vermissen und zeigen deutlich, daß an Stelle des Alten nichts Besseres gestellt werden soll, daß auch bei der Machterlangung durch diese radikalen Kreise der Einfluß der Berufspolitiker in die Leitung des Staates im bisherigen und vielfach im verstärkten Maße bleiben soll. Davon, daß diese Einflußnehmenden vielleicht von anderer Farbe sind, haben weder Volk noch Wirtschaft etwas.

Aus allen diesen Beispielen, welche noch um viele vermehrt werden könnten, geht einwandfrei hervor, daß Parteipolitik und Parteiegoismus der großen Parteien Oesterreich an den Rand des Abgrundes gebracht haben. Eine Aenderung dieser Zustände, eine Besserung ist nur denkbar, wenn es gelingt, bei der Behandlung aller Fragen das Allgemeinwohl über Parteiinteressen, die Belange der Wirtschaft vor die Politik zu stellen. In dem Verfassungsreformwerk der Regierung Dr. Schober wurden bereits die Grundsteine hierfür durch Aufnahme des Gedankens einer ständischen Körperschaft — in welcher alle wirtschaftlichen Fragen unabhängig von Parteipolitik behandelt und beschlossen werden sollen — geschaffen. Der Anfang ist gemacht und es ist kennzeichnend für unsere Verhältnisse, daß die Regierung Dr. Schober mitten in ihrem Reformwerke den parteiegoistischen Umtrieben der Christlichsozialen erliegen mußte und so an der Fortsetzung des großen Reformwerkes gehindert wurde. Immerhin, die Grundsteine des Weges ins Freie sind gelegt und die nächste Aufgabe aller ehrlich Denkenden muß es sein, diesen Anfang zu einer mächtigen Straße in die Freiheit auszubauen. Hiezu ist es aber notwendig, den parteiegoistischen Bestrebungen der beiden großen politischen Parteien einen mächtigen Damm entgegenzustellen. Auch in dieser Hinsicht ist bereits ein Anfang gemacht, denn die traurigen Ereignisse vor der letzten Wahl haben die Nationaldenkenden in unserem Staate zu einer Sammelliste vereinigt, der es unter der Führung Dr. Schobers gelang, noch einmal das, von den Roten und Schwarzen so heiß ersehnte, Zweiparteiensystem zu verhindern.

Gewiß ist durch die Schaffung dieses Blocks der Mitte bereits ein Erfolg erzielt worden, gewiß ist es in manchen Fällen gelungen, Parteiegoismus und Parteitaktik zurückzudrängen und den Belangen der Allgemeinheit zu dienen, es darf aber nicht übersehen werden — ein Versteckenspiel wäre nur der guten Sache schädlich — daß der erzielte Erfolg nur ein Teilerfolg ist, weil, das sei offen herausgesagt, die Zusammensetzung dieses Mittelblocks aus den Vertretern verschiedener Parteien und Gruppen, die im Kampfe gegen die roten und schwarzen Parteigelüste so notwendige innere Geschlossenheit und das entschlossene Auftreten nach außen sehr erschwert. Tatsache ist aber auch, daß die politischen und wirtschaftlichen Ereignisse seit dem Bestande der Republik sehr große Teile der Bevölkerung, insbesondere solche, die gewohnt sind mit kritischen Augen die Ereignisse zu verfolgen —

also gerade die wertvollen Elemente in unserem Vaterlande — bitter enttäuscht haben.

Daß sich infolge dieser Enttäuschungen zahllose Menschen von jeglicher politischer Betätigung zurückgezogen haben und so, ohne es zu wollen, mitgeholfen haben, die Herrschaft der Bonzenparteien zu stützen, ist erklärlich. Eine der wichtigsten Aufgaben wäre es, diese Menschen wieder dem politischen Leben zurückzugewinnen. Es ist aber klar, daß die Mehrzahl dieser derart Enttäuschten von keiner der bestehenden politischen Parteien gewonnen werden kann, sondern lediglich von einer Organisation, die von den Ereignissen der letzten Jahre in keiner Weise belastet ist, an deren Spitze ausschließlich Männer stehen, die sich durch ihr Wirken im Dienste der Allgemeinheit das Vertrauen der Bevölkerung erworben haben. Eine derartige Organisation, auf nationalen Grundsätzen aufgebaut und vor allem für die Vertretung wirtschaftlicher Grundsätze sorgend, müßte unbekümmert um Gunst oder Ungunst der Massen ihre Entschlüsse ausschließlich aus wirtschaftlichen Erwägungen fassen, stets das Wohl der Allgemeinheit im Auge behaltend. Eine derartige Organisation wäre befähigt, nicht nur viele wertvolle Kräfte aus ihrer derzeitigen Verdrossenheit zur tätigen Mitarbeit zurückzugewinnen, sondern auch dem parteiegoistischen Tun der alten Parteien wirksam entgegenzutreten. Das augenblickliche Zeitprogramm dieser neuen Partei — welche alle ehrlich national und vaterländisch Denkenden umfassen müßte — könnte mit wenigen Worten geschrieben werden.

Befreiung der Behandlung wirtschaftlicher Fragen von parteipolitischen Einflüssen durch Entwicklung der ständischen Verfassung. Bekämpfung einseitiger Parteipolitik, Abbau des Klassenhasses und der Volksverhetzung, Bekämpfung jeglichen Terrors und des politischen Parasitentums, Förderung aller Angleichungs- und Anschlußbestrebungen an das Deutsche Reich, Förderung des Heimatgedankens auf nationaler Grundlage und Kampf für Gerechtigkeit, Ehrlichkeit und politische Anständigkeit.

In diesen wenigen Schlagworten sind die Hauptaufgaben dieser Partei genügend umschrieben. Gelingt es, diese Partei der nationalen Mitte und Wirtschaft zu schaffen, gelingt es, unter dem oberwähnten Zeitprogramm den Kampf gegen die schädlichen Einflüsse in unserem Vaterlande zu führen, dann kann der Weg ins Freie gefunden werden. Denn dann wird es möglich werden, den vereinten Bestrebungen der Christlichsozialen und Sozialdemokraten, das Zweiparteiensystem in unserem Staate zu festigen und auszubauen, wirksam entgegenzutreten, durch geschickte Taktik in den gesetzgebenden Körperschaften das Ueberwuchern der parteiegoistischen Umtriebe zu verhindern, das große Werk der Verfassungsreform, insbesondere den Ausbau des ständischen Gedankens und damit die Loslösung der wirtschaftlichen Fragen von Parteipolitik, fortzusetzen und so Oesterreich einer besseren Zukunft entgegenzuführen.

Gewiß ist dieser Weg hart und steinig, er muß aber beschritten werden, soll unser Vaterland nicht vollkommen durch Parteipolitik und Parteiegoismus zu Grunde gerichtet werden.

H. B.

Bilder der Gegenwart Unsere gute Sache.

Wir waren darauf gefaßt, daß das Erscheinen der „Gegenwart“ nicht überall freudig begrüßt werden konnte. Gibt es doch zu viele Leute, die sich mit der Gegenwart gar nicht abfinden können und ihr Heil darin erblicken, daß sie in den Bildern der Vergangenheit Oesterreichs Zukunft ersehen wollen.

So erhob sich denn ein Raunen und Rauschen im Blätterwald und Wiener Zeitungen, Provinz-journale, politische Parteiblätter aller Richtungen beschäftigten sich in eingehender Weise und nicht immer liebenswürdig mit den Zielen einer ihnen nicht genehmen „Gegenwart“, von der sie mit Recht befürchteten, daß sie in die Tagesgeschichte eingreifen würde.

An der Namensliste der Mitarbeiter war schwer etwas auszusetzen, da mußten eben Versandstelle und Druckerei herhalten und immer wieder tauchte die bange Frage auf: Wer steckt dahinter? Daß es eine überparteiliche Zeitschrift geben könne, die sich kein anderes Ziel vor Augen setzte als die Wahrheit ins Licht der Gegenwart zu rücken, war ihrem Horizont nicht faßbar. — Und doch hätten sie deutlich lesen können, was die „Gegenwart“ bezweckt. — Der Bundesminister a. D. Universitätsprofessor Dr. Josef Redlich hat unser Programm klar und scharfumrissen gekennzeichnet.

„Ein Zeichen dafür, daß trotz der Ungunst der Zeit Kräfte des Widerstandes sich regen, darf wohl in dem Erscheinen dieser Zeitschrift erblickt werden, die sich nicht scheut, ihren Namen dieser so traurigen und ungünstigen Gegenwart zu entleihen. Zweifellos ist dies die Absicht der Männer die sich in dieser Zeitschrift vereinigt haben um ihr Bestes dazu beizutragen, um den Weg zu finden, damit diese traurige österreichische Gegenwart in eine bessere österreichische Zukunft übergeleitet werde.“

Die härteste Preßfehde aber wurde durch unsere Mitteilung über die Mission, die Herr Arbeser bei seiner Vorsprache im Präsidium der Polizeidirektion zu haben vorgab, entfacht. Obwohl die „Gegenwart“ deutlich vorausschickte, daß sie zum Abdruck „autorisiert“ sei, glaubten Skeptiker zweifeln zu dürfen, die Zweifel verdichteten sich zum Vorwurf der Unwahrheit, ein Ehrenwort gab das andere, Herr Arbeser hatte keinen Auftrag, er hatte gar nichts gesagt, ganz besonders aber hatte er gewisse Redewendungen nicht gebraucht und zum Schluß war er an dem von der „Gegenwart“ festgestellten Datum überhaupt nicht in Wien gewesen!

Es war also sein Geist, oder die ganze Geschichte war von der „Gegenwart“ erfunden, um sie mit Pomp und Grandezza einzuführen. Die Klügeren unter den Zeitungsschreibern waren freilich vorsichtig. Sie meinten, man kenne sich nicht aus, die „Reichspost“ fragte, wer hatte recht? und die „Arbeiterzeitung“ meinte: Schober wird sich das doch nicht aus den Fingern gezuzelt haben! Nur der „Panther“ sprang forsch und keck die „Gegenwart“ an und erklärte alles für Lüge. Warf dann unserer Zeitschrift gleich von allem Anbeginn den Zusammenhang mit Journalen vor, zu denen wir keine Beziehungen unterhalten, zu denen uns auch keinerlei Neigung hinzieht.

Wir waren natürlich darauf gefaßt, daß gewisse Heißsporne unsere Nachrichten zu verstellen, zu verdrehen oder abzuschwächen versuchen würden. Aber daß sie sich so totsicher in eine Blamage stürzen könnten, unsere autorisierte Mitteilung als Erfindung auszugeben, das konnten wir nicht voraussehen!

An anderer Stelle erfolgt die Abrechnung mit ihnen. Die heutige Nachricht der „Gegenwart“ bestätigt die Tatsache, die zwar gar keiner Bestätigung mehr bedurft hätte, die kühnsten Skeptiker aber von allen Zweifeln befreien wird. Also: Herr Arbeser war bei der Polizei, Herr Arbeser hat im Namen Starhembergs vorgeschprochen und nur der Umstand, wie sich das dann die beiden Herren später miteinander ausmachten, wird ewig unklar bleiben. Für die „Gegenwart“ ist es uninteressant zu eruieren, wie weit Herr Arbeser ging, als er im Vollmachtsnamen Starhembergs im Präsidium der Polizeidirektion vorsprach!

In elf Seiten seiner Druckschrift hat sich auch der Fackel-Kraus mit der „Gegenwart“ beschäftigt, und an dem Prozeß Schober-Starhemberg Kritik geübt. Von der „Gegenwart“ hat Herr Kraus nichts gelesen. Nur ein paar Schlussglossen hat er herausgehoben und zerpfückt. Die Beiträge des Universitätsprofessors Dr. Redlich, des Justizministers Dr. Schürff, des Universitätsprofessors Dr. Sperl, des früheren Nationalrates Dr. Drexel — zu gering waren sie seinem Grimm. Aber dafür hat er mit schier fast unfaßbarem Intellekt das gänzlich undurchsichtige Pseudonym Johann Sebastian Perger zu durchleuchten versucht. Ja, dem Mann konnte freilich nichts verborgen bleiben! Er hat unsere Zitate gerade gebügelt, hat Druckfehler ans Tageslicht gebracht und sein langjähriges Amt als Nachkorrektor auch der „Gegenwart“ zur Verfügung gestellt. Ein kleiner Irrtum ist Herrn Kraus bei der Erläuterung unseres Titelbildes widerfahren. Er erklärt, daß „so etwas wie ein treuer Eckhard den Stamm schützt und stützt“. In Wirklichkeit ist es aber Alberich, der neidische Zwerg, der die Wurzeln der deutschen Eiche zu untergraben sucht. So widerfuhr es, daß der Schwarz-Albe von einem Schwatz-Alben verkannt wurde.

Wiedereinmal erfaßt den Beistrich-Forscher heldisch Gelüst. Er steigt aus grünem Schilf die Leiter empor, bläht sich hoch auf und sein heiliger Zorn droht eine Welt in Trümmer zu schlagen. Jupiter tonans. Vor Jahrzehnten hat er seinen Feinden in den Wiener Zeitungen bis zur Selbstvernichtung seine Meinung gesagt, ist selbst vor Alfred Kerr in Berlin nicht zurückgeschreckt, einer, der sich in eine Löwenhaut genäht, im Spiegelbild besieht. Mutig tritt der Leu an die Stelle Starhembergs, dessen Bestrafung ihm unangemessen, dessen Vorwürfe ihm teilweise gerechtfertigt erscheinen. Er tritt für ihn auf den Plan, will einen Prozeß gegen Dr. Schober führen, mit einem Satz, die Heimwehr soll ihn nennen: Schützer von Brabant!

Aber damit ist es nichts. Auch aufgebläht reicht der Mann nur so hoch, daß er Stiefel bespucken kann. Für die „Gegenwart“ ist er Niederwild aus der Vergangenheit. Die Abrechnung mit ihm muß anderen vorbehalten bleiben. Wir erinnern an das Plakat, das in den Julitagen 1927 allgemeine Heiterkeit auslöste, als Herr Kraus klipp und klar verlangte, daß der Polizeipräsident Dr. Schober sein Amt niederlege. Am nächsten Tag erschien die

Affiche des Goldfüllfederkönig Winkler, der entgegengesetzter Meinung war. Er plakatierte nämlich: „Ich verlange, daß Sie Ihr Amt behalten!“

Die Herren mußten sich die Sache damals untereinander ausmachen und es fällt der „Gegenwart“ nicht im geringsten ein, den einen oder den anderen deshalb geringer zu schätzen. Unser Standpunkt ist: Seien wir froh, daß wir zwei solche Kerle haben!

Schwerer traf die „Gegenwart“ die hochnotpeinliche Untersuchung, die eine mittägliche Zeitung mit ihr anstellte. Gleich in der ersten Zeile war die Frage zu lesen: „Wer sind die Geldgeber?“

Ist es nicht ein bißchen unvorsichtig, in einer Zeit, da sich der Großteil der ehrenhaften Presse entrüstet gegen die „Geldnehmer“ wendet, die zu Leichenfledderern am Staate wurden, die Frage nach den „Geldgebern“ an hervorragende Stelle zu setzen?

Muß denn in einer Zeitung immer alles für Geld zu haben sein?

Immerhin, die Frage muß beantwortet werden, denn sonst könnte der Leser meinen, die „Gegenwart“ beziehe ihre Fonds aus Steuergeldern, oder sie werde von einer Partei dotiert, oder habe sich gar an zugrunde gegangenen Banken, die nun der Staat erhalten muß, gemästet. Es bleibt uns daher nichts anderes übrig, als das Redaktionsgeheimnis zu lüften. Die Autoren Johann Sebastian Perger, Universitätsprofessor Dr. Josef Redlich, Minister Dr. Schürff, Universitätsprofessor Dr. Sperl und der Vorstand des Bundesamtes für Statistik, Hofrat Dr. Drexel, haben für ihre Mitarbeit weder einen Heller verlangt, noch erhalten. Zum gleichen Tarif arbeiteten der Künstler, der die Titelseite schuf und die gesamte Schriftleitung. Bezahlt wurden nur Druck und Versand. Da auch kein fremder Staat die „Gegenwart“ beauftragt hat, ihr in Wien journalistische Helfersdienste zu leisten, sind uns keine Geldgeber irgendwelcher Art bekannt. Es scheint also doch noch Leute zu geben, die bei der Gründung einer Zeitung an nichts anderes denken, als an den idealen Zweck, der jeder Zeitschrift vorschweben sollte: Der Gegenwart uneigennützig Dienste zu leisten!

Es ist uns aber vollkommen begreiflich, daß der, um die mittägliche Stunde erscheinenden neugierigen Fragerin diese Antwort vollkommen unbegreiflich erscheinen wird!

Die Schriftleitung der „Gegenwart“.

Eigentümer, Verleger und Herausgeber: Gustav Schuster, Wien, I., Liliengasse 1 — Für den Inhalt verantwortlich: Dr. Friedrich Wondré, Wien, XVIII., Messerschmiedgasse 23
Druck: Karl Nakladal, Wien, I., Universitätsstraße 7





Schriftleitung und Verwaltung: Wien, 1. Bez., Liliengasse 1, Fernsprecher R 25-308

Preis 20 Groschen.



Inhalts-Verzeichnis :

Der Fall Arbesser

1931—32 Ein Neujahrsgruß, von Doktor
Johann **Schober**

Neujahrsgruß an die Frauen von Marianne
Hainisch

Johann Sebastian **Perger**: Österreichische
Schicksalsfragen

Abg. Dr. **Straffner**: Österreich und die
europäische Krise

Handelskammerrat, Kommerzialrat Karl
Pläß, Präsident der Reichsorganisation
der Kaufleute Österreichs: Der Kaufmann
in der Gegenwart

Kapitel „Heerwesen“ in der Budgetdebatte,
von einem alten **Soldaten**

Dr. H. **Ekkhard**: Wovon man spricht

H. B.: Der Weg ins Freie

Bilder der Gegenwart: Unsere gute Sache

Der Fall Arbesser.

In Nr. 1 der „Gegenwart“ veröffentlichten wir die Mitteilung vom Besuch des Herrn Arbesser im Präsidium der Wiener Polizeidirektion.

Da unsere Mitteilung von verschiedenen Seiten angezweifelt, ja von etlichen Provinzzeitungen sogar als „Erfindung“ bezeichnet worden ist, hat sich die Schriftleitung der „Gegenwart“ an den Herrn Vizekanzler Dr. Schober gewandt und ihn gebeten, die Richtigkeit der in der Nummer vom 28. November 1931 veröffentlichten Mitteilungen zu bestätigen.

Die Schriftleitung der „Gegenwart“ hat nunmehr folgendes Schreiben erhalten:

„Sehr geehrte Herren!

Unter Bezugnahme auf Ihre Anfrage, betreffend das in der „Neuen Freien Presse“ vom 1. Dezember 1931 verlautbarte Dementi, beehre ich mich Ihnen mitzuteilen, daß die Polizeidirektion in Wien ihren Bericht über die Vorsprache des Herrn Arbesser im Präsidium der Polizeidirektion und über die vom ihm damals spontan abgegebenen Erklärungen **vollinhaltlich aufrecht hält** und daß der auf Grund dieses Dementis zur Polizeidirektion vorgeladene Herr Arbesser dort am 3. Dezember 1931 versichert hat, er habe mit dem Dementi in der „Neuen Freien Presse“ **keineswegs die Richtigkeit der Darstellung der Polizeidirektion bezweifeln wollen**.

Die Mitteilungen der „Gegenwart“ waren daher richtig.

Empfangen Sie sehr geehrte Herren, die Versicherung meiner vorzüglichsten Hochachtung

Schober.“

1931—1932 Ein Neujahrsgruß

Der Rückblick auf das Jahr 1931 ist gewiß kein freudvoller. Die Weltwirtschaftskrise hat auch unser Vaterland mit voller Heftigkeit erfaßt und die Fieberschauer, die den ohnehin schwachen Wirtschaftskörper Österreichs durchrütteln, lähmen unsere Zungen, selbst dann, wenn wir die Grausamkeit beklagen wollen, die wir Österreicher bei der Betrachtung der Geschicke unseres Volkes empfinden.

Dieses Volk, das seine Pflicht in Krieg und Frieden in jeder Beziehung in muster-gültiger Weise erfüllt hat, leidet nun, nachdem es vier Jahre heldenmütig den Krieg und alle seine Begleiterscheinungen erduldet, seit 1918 unter den Folgen der, bei der Konstruktion des heutigen Österreichs begangenen Fehler.

Aber nicht nur die anderen, die Siegermächte, haben Fehler begangen, auch wir selbst können uns nicht von jeder Schuld freisprechen und sogar heute noch werden noch immer Parteigrundsätze in den Vordergrund gestellt, noch immer Parteiinteressen den Notwendigkeiten des Staates entgegengestellt.

Das muß endlich aufhören und mit dem alten Wahlsprüche: „Mit vereinten Kräften“ müssen wir in das neue Jahr eintreten. Vieles könnten wir aus eigener Kraft erreichen, wenn die Parteidogmen wenigstens nur einige Zeit in den Hintergrund treten könnten.

Unser Volk, unser Land zu retten und alle Kraft in den Dienst des Vaterlandes zu stellen, das muß die Tageslosung werden — dann ist auch die Rettung möglich, die unserem deutschen Volk in Österreich eine bessere Zukunft bereitet!

Dr. Johann Schober

Neujahrsgruß an die Frauen

von Marianne Hainisch.

Mit Freuden schreibe ich für die „Gegenwart“. Ich bin leider krank, und darum muß der Wunsch kurz gefaßt werden.

In einer Zeitung, die über den Parteien steht und die Zusammenarbeit der Bürger im eigenen Vaterland und in den internationalen Staaten anstrebt, wird das Nachfolgende nicht wirkungslos verhallen.

Hochverehrte, liebe Schwestern! Gestattet, daß ich an euch eine Bitte richte: Arbeit für den Frieden! Trachtet, liebe Mütter, daß eure Kinder nach den herrlichen Worten ihre Lebensführung einrichten: Nicht mitzuhassen, mitzulieben bin ich da!

Die nächste Aufgabe scheint mir die Vorbereitung für die Abrüstungskonferenz am 2. Februar 1932 in Genf.

Liebe Schwestern, erinnert euch unablässig der Kriegszeit und werdet nicht müde, die gegenwärtige traurige Weltlage, eine Folge des Krieges, euch vor Augen zu führen. Jeder Denker wird von der Summe an Unglück und Elend tief ergriffen und muß es als seine Verpflichtung ansehen, alles zu unternehmen, was er nur kann, um Katastrophen, wie wir sie erlebt haben, zu vermeiden. Die große Mehrheit des Volkes ist gegen den Krieg, das soll am 2. Februar 1932 in Genf zum Ausdruck gebracht werden. Möge das neue Jahr im Zeichen der Friedens stehen!

Wien, 28. Dezember 1931.

Österreichische Schicksalsfragen

von
Johann Seb. Berger.

(Schluß.)

Schober und die politischen Parteien. — Innen- und Außenpolitik. — Verfassung, Bodenkreditanstalt. — Haag und Investitions-Anleihe. — Bundesbahnen. — Demission Schobers. — Neuwahlen. — Regierung Ender. — Zollunion und Donaukonföderation.

Gleichzeitig mit dem die ganze Amtsperiode Schobers als Bundeskanzler fortdauernden mehr oder weniger offenkundigen Kampfe der Heimwehrführer gegen den angeblich von ihnen selbst erkürten Bundeskanzler setzte auch eine stille aber planmäßige Agitation einer Gruppe christlichsozialer Politiker gegen den „partiefremden“ Bundeskanzler Schober ein. In der bekannten Neujahrsrede des Altbundeskanzlers Dr. Seipel suchte dieser vor seiner Partei die ausnahmsweise Zulassung eines nicht der christlichsozialen Partei zugehörenden Manne zum Amte des Bundeskanzlers zu begründen.

Die Begründung war derart, daß man in eingeweihten Kreisen heute noch nicht versteht, warum sich Schober diese „Motivierung“ gefallen ließ. So war unter anderem angeführt, man müsse Schober Gelegenheit bieten, einen „Fehler“, der ihm während seiner ersten Bundeskanzlerschaft unterlaufen sei, nämlich die Trennung Wiens und Niederösterreichs, wieder gutzumachen.

Derartige zu behaupten, war nur in einer so kurzlebigen Zeit, wie es die jetzige ist, möglich, da doch allgemein bekannt ist, daß es die christlichsoziale und sozialdemokratische Partei waren, die dieses „Geschäft“ der Trennung von Wien und Niederösterreich besorgten, Schober dagegen als Polizeipräsident (— Bundeskanzler wurde er erst 1921, also ein Jahr später —) schon aus Sorge um die Polizeidirektion — leider vergeblich — alles aufgeboten hatte, um die Trennung zu verhindern.

Je mehr Erfolge Schober als Bundeskanzler hatte, desto unruhiger wurden gewisse Kreise der christlichsozialen Partei und bald tauchten in christlichsozialen Provinzblättern oder in verwandten Blättern des Auslandes Zeitungsartikel auf, welche offenkundig das Unbehagen einzelner Parteigrößen darüber zeigten, daß diesem Beamten-Bundeskanzler sozusagen „alles“ gelinge und daß man sich fragen müsse, ob sich dieser Beamte denn „in der Politik verankern wolle?“

Um Schober zu diskreditieren, wurden allerlei Gerüchte über ihn in Umlauf gebracht. Es ist für die österreichischen Verhältnisse bezeichnend, daß eines dieser Gerüchte große Verbreitung fand, nämlich das Gerücht, daß Schober Freimaurer sei! und daß seine Erfolge in Rom (!), Paris und London nur darauf zurückzuführen wären, daß die leitenden Staatsmänner in den genannten Ländern dem „Logenbruder“ aus Oesterreich jeden Wunsch erfüllen wollten. In der Folge hat ja dieser stille, unausgesetzte Kampf zu ganz garstigen Entgleisungen geführt, indem Verleumdungen ausgestreut wurden, die sich freilich angesichts des notorisch unantastbaren Privatlebens Schobers als Schall und Rauch erwiesen haben.

So kam Schober als Bundeskanzler in eine unangenehme Lage. Ohne eigene Partei, von Heimwehrführern scheinbar angesehen und als „Kompromißler“ gebrandmarkt, von einem Teile der christlichsozialen Partei als unerwünschter Eindringling behandelt, war er lediglich auf seine Person und auf die Freundschaft der zwei kleinen Parteien, der Großdeutschen und der Landbändler, angewiesen.

Die sozialdemokratische Partei, die ihr Verhalten gegen Schober nach dem 15. Juli 1927 zwar längst bedauert hatte, fühlte sich doch Gefangene ihres Programmes und fühlt sich auch als Oppositionspartei zu Folgerungen verpflichtet, die sie zur Verneinung alles dessen führte, was vom Dogma abwich. So konnte diese Partei zwar vielleicht mit innerem Bedauern, aber immerhin programmatisch zu Schober, dem Verfechter der neuen Verfassung, dem Vertreter des Antiterrorgesetzes und anderer ihr mißliebigen Maßnahmen nur in Kampfesstellung verharren.

Das Verfassungswerk des Jahres 1929, das Schober sofort nach dem Antreten seines Amtes als Bundeskanzler in Angriff genommen hat, stellt sich gesetzgeberisch und politisch, bei aller kritischen Betrachtung, doch als ein bedeutender Fortschritt dar.

Inmitten der Kämpfe der Heimwehren, die auf einen gewaltsamen Umbau des Staates gerichtet waren, hatte es der Bundeskanzler, wie schon früher bemerkt wurde, übernommen, auf legalem Boden den Hauptzweck der Verfassung zu erreichen, neben einer maßlos entwickelten Demokratie eine Präsidialgewalt des vom ganzen Volke erwählten Bundespräsidenten aufzurichten, der übermäßigen Machtentwicklung der Parteien Einhalt zu tun und die Autorität des Staates zu stärken. Dies ist in fünfwöchigem parlamentarischen Kampfe gelungen. Nicht gelungen ist es, die Folgen der unglückseligen Trennung Wiens von Niederösterreich wieder gutzumachen, dazu reichte die Kraft der Mehrheit nicht aus, dagegen war die Macht der Opposition zu stark. In vielen Punkten, z. B. in der damals ebenso wenig wie heute spruchreifen Frage der „Ständevertretung“ enthält das Verfassungswerk schon Ansätze, die jederzeit ausbaufähig sind und es wurden voraussehend auch dieser Entwicklung verfassungsmäßige Wege gewiesen.

Jedenfalls verrate ich kein Geheimnis, wenn ich erwähne, daß die österreichische Verfassungsreform 1929, die im Inlande je nach der Parteidirection des Kritikers als „überflüssig“, als „halbe Tat“, als „schlechtes Kompromiß“ bezeichnet wird, wiewohl kaum ein halbes Jahr vorher der Versuch Seipels, dem Bundespräsidenten wenigstens die formelle Ministerernennung und das Recht der Auflösung des Nationalrates zuzuerkennen, von der sozialdemokratischen Opposition mit Hohngelächter als undiskutabel zurückgewiesen worden war, im Auslande, insbesondere in Deutschland, als starker Erfolg gewertet wurden.

Noch bevor Schober die Verfassung in Angriff genommen hatte, zeigte es sich, daß die österreichische Wirtschaft infolge der bestandenen Unruhe und der steten Drohungen mit Bürgerkrieg und Putsch tatsächlich schon Schaden genommen hatte; die schon früher *) gekennzeichnete Situation bei

*) Siehe den Schluß des Artikels in der vorigen Nummer.

den österreichischen Banken und Sparkassen hatte schon ein Opfer erfordert. Der Präsident der österreichischen Nationalbank kam am Freitag, den 4. Oktober 1929, in den ersten Vormittagsstunden zum Bundeskanzler und forderte ihn auf, einzugreifen, da die Boden-Credit-Anstalt sonst schon Samstag, sicher aber Montag, die Schalter schließen müsse. Als Auswege erschienen entweder Uebernahme der Garantie durch den Staat oder Fusion der Boden-Credit-Anstalt mit anderen Banken oder der Zusammenbruch des Institutes mit allen seinen Industrieunternehmungen und Konzernen. Der Bundeskanzler verhandelte zunächst mit den Banken, die jedoch nur geneigt waren, die Boden-Credit-Anstalt unter Garantie des Staates unter sich aufzuteilen, eine große Bank schien zwar fusionsgeneigt, verlangte aber wochenlange Bedenkzeit, wogegen die Zeit drängte und die Entscheidung bis Sonntag, den 6. Oktober, fallen mußte. Endlich ließ sich die Creditanstaltsleitung bewegen, die Creditanstalt mit der Boden-Credit-Anstalt zu fusionieren. Damals zollte alles, von Breitner angefangen bis ganz rechts, dem damaligen Bundeskanzler Anerkennung. Heute wird schon versucht, seine damalige Tat dahin umzudeuten, daß er das Schicksal der Creditanstalt damit vorbereitet habe. Dem gegenüber sei festgestellt, daß die Creditanstaltsleitung nicht unüberlegt, sondern nach tagelangen, eingehenden Beratungen unter der Zuziehung ihres Präsidenten sowie des Präsidenten der Nationalbank die Fusion beschlossen hat, naturgemäß auch in der Erwartung, damit ein Geschäft zu machen, wobei nur die Hoffnung ausgesprochen wurde, daß eine ruhige innerpolitische Entwicklung der Verhältnisse und die Unterstützung der Regierung der Creditanstalt ihre Aufgabe erleichtern müßten.

Eines hat der Bundeskanzler bei den Verhandlungen konsequent abgelehnt, das war die Uebernahme der Garantie durch die Regierung. Daß er damit Recht hatte, beweisen die Vorgänge beim Zusammenbruche der Creditanstalt!

Außenpolitisch fand Schober bei seinem Amtsantritte eine unangenehme Situation vor. Die uns benachbarte Großmacht Italien, zugleich der größte Gläubiger Oesterreichs, war seit zwei Jahren verstimmt. Seit Juli 1929 saßen die von der Regierung Streeruwitz entsendeten österreichischen Vertreter bei der Vorkonferenz in Paris, um die Rückstellung des Generalpfandrechtes behufs Ermöglichung einer Investitionsanleihe zu erreichen. Italien konnte sich damals nicht entschließen, ja zu sagen, und so kehrten auch die österreichischen Delegierten unverrichteter Dinge zurück. Um diesen Zustand zu beseitigen, kündigte der Bundeskanzler seinen Besuch in Rom an und erreichte die Zusage der italienischen Regierung, Oesterreich auf der bevorstehenden zweiten Haager Konferenz voll zu unterstützen. Zur Vorbereitung der für Jänner angekündigten zweiten Haager Konferenz lud der österreichische Bundeskanzler die in Wien akkreditierten Gesandten zu sich und erbat sich unter Ueberreichung eines Memorandums über die wirtschaftliche Situation Oesterreichs die Unterstützung der auswärtigen Regierungen, die gleichzeitig durch die bei ihnen beglaubigten österreichischen Gesandten in gleicher Richtung informiert wurden. Die am 3. Jänner eröffnete zweite Haager Konferenz, bei der der Bundeskanzler selbst die österreichischen Wünsche vertrat, dauerte

nahezu drei Wochen und endete mit der vollständigen Befreiung Oesterreichs von der Reparationspflicht und mit der Aufhebung des Generalpfandrechtes.

Die Verhandlungen waren dadurch erschwert, daß nicht nur die großen Gläubigerstaaten ihre aus dem Friedensvertrage stammenden Forderungen vertraten, sondern daß auch die Sukzessionsstaaten Tschechoslowakei, Rumänien, Polen und Jugoslawien ganz gewaltige Rechnungen über österreichische Verwaltungsschulden präsentierten. Auch waren an den österreichischen Vertreter politische Forderungen, wie nochmaliger Anschlußverzicht und Auflösung der Selbstschutzorganisationen, gestellt worden, die der damalige Bundeskanzler ebenso entschieden zurückwies, wie er die Anerkennung der Forderungen der Sukzessionsstaaten beharrlich abgelehnt hat. Der Erfolg im Haag war ein durchgreifender und wurde, damals wenigstens, auch von der österreichischen Oeffentlichkeit ohne Unterschied der Partei voll anerkannt.

Schon auf der Haager Konferenz konnte der Bundeskanzler die Investitionsanleihe vorbereiten, auf die Oesterreich seit dem Jahre 1927 vergeblich gewartet hatte. Bei der anfangs Februar erfolgten Reise Schobers nach Rom konnte dieser der italienischen Regierung seinen Dank für die im Haag gewährte Unterstützung zum Ausdruck bringen und gleichzeitig Italiens Unterstützung für die künftige Investitionsanleihe erbitten. Den Verhandlungen in Rom verdankt Oesterreich die Besiegelung des Freundschaftsverhältnisses zwischen Oesterreich und dem italienischen Königreiche, zugleich aber auch Erfolge materieller Natur, da die italienische Regierung ganz bedeutende Begünstigungen Oesterreichs hinsichtlich seiner Forderungen als größter Gläubiger in Aussicht stellte und tatsächlich sodann große, nach Millionen zählende Nachlässe von seinen Forderungen gewährte.

Auch die Reisen Schobers nach Paris und London Ende April, anfangs Mai galten der Dankagung für die, auf der Haager Konferenz gewährte Unterstützung, daneben naturgemäß auch der weiteren Vorbereitung der bis längstens Mitte Juli 1930 aufzulegenden österreichischen Investitionsanleihe, die dann auch tatsächlich trotz einer, in den Monaten Mai und Juni eingetretenen ungeheuren Verschlechterung des Geldmarktes in London durch die Auflegung einer ersten Tranche der Investitionsanleihe im Betrage von 400 Millionen Schilling verwirklicht wurde.

Das Ende der Parlamentsession im Sommer 1930 stand schon im Zeichen der Bundesbahnfrage. Bald nach der Einsetzung der Regierung Schober im Herbst 1929 war dem Bundeskanzler nahegelegt worden, eine Aenderung des bisherigen Systems der Verwaltung der österreichischen Bundesbahnen in persönlicher und sachlicher Beziehung in die Wege zu leiten. Der mit der Verfassungsfrage voll in Anspruch genommene Bundeskanzler vertagte jedoch diese Frage, was leider alsbald den Anlaß gab, die Bundesbahnangelegenheit auf das politische Gebiet hinüber zu spielen. Als der Vizekanzler der Regierung Schober, Minister Vaugoin, den Vizebürgermeister von Graz Doktor Straffella als Kandidaten für diesen Posten eines Generaldirektors der Bundesbahnen präsentierte, gegen den nicht nur von sozialdemokratischer Seite heftige Bedenken laut wurden, sondern der auch selbst einen Ehrenbeleidigungsprozeß wegen verschiedener ehrenrühriger Vorwürfe gegen das sozial-

demokratische Hauptorgan angestrengt hatte, ergab es sich, daß bei dem am 17. September vor dem Wiener Strafbezirksgerichte durchgeführten Prozesse der angeklagte Redakteur wegen des von ihm gegen Dr. Straffella erhobenen Vorwurfes „unsauber und unkorrekt“ freigesprochen wurde. Als sich nun der Bundeskanzler Schober am Tage nach dem Prozesse dem Vizekanzler gegenüber nicht entschließen konnte, der Bestellung Straffellas sofort zuzustimmen, und verlangte, es müsse die Entscheidung der zweiten Instanz abgewartet werden, kam es zu einem Konflikte innerhalb der Regierung; Vaugoin gab seine Demission, der die Demission der gesamten Regierung folgte.

So endete die Bundeskanzlerschaft Schobers nach mehr als einem Jahre scheinbar wegen der Meinungsverschiedenheiten in der Sache „Bundesbahnen“, in Wirklichkeit natürlich, weil die schon früher wiederholt erwähnten Kreise der christlich-sozialen Partei eine weitere Tätigkeit des Beamten-Bundeskanzlers unter allen Umständen verhindern wollten. Was nun folgte, wäre im Interesse Oesterreichs besser unterblieben.

In einer Zeit, in der das Ausland mit Besorgnis die wirtschaftliche Entwicklung Oesterreichs verfolgte und schon die unaufhörlichen Aufmärsche der Selbstschutzorganisationen sowie die wiederholten Androhungen einer gewaltsamen Aenderung der Staatsform mit Besorgnis betrachtete, in einer Zeit, in der die österreichischen Geldinstitute, vor allem die durch die Fusion mit der Boden-Credit-Anstalt auf die ruhige Entwicklung der österreichischen Wirtschaft ganz besonders angewiesene Creditanstalt vor jeder politischen und wirtschaftlichen Unruhe zitterten, in dieser Zeit wurde ausgerechnet ein Heimwehrführer, dessen Redeexzesse wiederholt Beunruhigung erzeugt hatten, zum Minister des Innern, also zum Hüter der öffentlichen Ruhe und Ordnung bestellt und einer seiner Parteifreunde zum Minister für Justiz ernannt.

Und dann wunderte man sich, als eine Kapitalflucht einsetzte, die nicht nur auf die Oesterreicher beschränkt war, sondern geradezu das jetzt von ganz Oesterreich zu beklagende Schicksal der Creditanstalt herbeigeführt hat. Es ist wohl müßig, heute diese Darstellung noch weiter zu führen und auszumalen, da auch vernünftige Kreise der christlich-sozialen Partei nur mit Schauern an die Schäden dieser zwei Monate zurückdenken.

Die Wahlen des 9. November haben das Schicksal Oesterreichs neuerlich gewendet. Ueber dringliches Ersuchen maßgebender Wirtschaftskreise hatte sich der frühere Bundeskanzler Schober entschlossen, an die Spitze einer Wählervereinigung der sogenannten Kreise der Mitte zu treten, mit der ausdrücklichen Verwahrung, er werde keiner der dort vertretenen Parteien angehören, sondern nur als überparteilicher Führer in den Wahlkampf eintreten. Die Wahlvereinigung erzielte 19 Mandate. Am 3. Dezember wurde die Regierung Ender gebildet, der der frühere Bundeskanzler Schober als Vizekanzler angehörte. Eine neue Erscheinung war im Nationalrat bemerkbar; die bis dahin unpolitische und überparteiliche Heimwehr hatte sich als Partei konstituiert und konnte auf Grund der Wahlergebnisse 8 Vertreter in den Nationalrat entsenden. Die Christlichsozialen waren

auf 66 Mandate gesunken, die Sozialdemokraten auf 72 gestiegen.

Schober, der schon als Bundeskanzler das Wesen der österreichischen Krankheit in der Beschränktheit des Marktes für den österreichischen Export erblickt hatte und der schon bei seinen Besuchen in Rom, Paris und London, aber ebenso auf der Tagung des Völkerbundes im September 1930 die Notwendigkeit hervorgehoben hatte, die Not Oesterreichs durch die Erweiterung seiner Exportmöglichkeiten zu beheben, griff die von der Deutschen Reichsregierung gelegentlich des Besuches des Deutschen Reichsaußenministers Dr. Curtius in Wien (3. bis 5. März 1931) gegebene Anregung, mit der Deutschen Reichsregierung in Verhandlungen über eine Angleichung der zoll- und handelspolitischen Verhältnisse zwischen dem Deutschen Reiche und Oesterreich einzutreten, im Einvernehmen mit dem damaligen Bundeskanzler Dr. Ender und der ganzen österreichischen Regierung auf.

Entgegen der ursprünglichen Absicht, diesen Plan, der den Beitritt aller hiezu willigen Staaten voraussah und als wünschenswert erachtete, gelegentlich der nächsten Tagung der europäischen Studienkommission in Genf im Mai 1931 vorzubringen, entschlossen sich die beiden Regierungen, ausgehend von dem Wunsche, ihre Besprechungen nicht geheim weiter zu führen, sondern ihre Absicht vor aller Welt klarzulegen, zu einem diplomatischen Schritte, der jedoch entgegen dem Willen der deutschen wie der österreichischen Regierung ungeheure Erregung verursachte und klarlegte, daß selbst der Plan einer Zollunion zwischen Deutschland und Oesterreich auf den entschiedenen Widerstand maßgebender europäischer Staaten stoße. — Die weitere Entwicklung der Frage des Zollunionprojektes ist uns heimattreuen Oesterreichern allzu lebhaft in Erinnerung, als daß es notwendig wäre, hierüber viel zu sagen. Zwei Dinge aber seien hervorgehoben: 1. Die Entscheidung der Haager Cour war ein moralischer Erfolg der beiden Regierungen, denn selbst das abweisende Urteil der Majorität der Richter hat anerkannt, daß das Projekt einer Zollunion nicht gegen den Friedensvertrag von Saint Germain verstoße und daß nur das Genfer Protokoll vom Jahre 1922 ein Hindernis bilde. 2. Diejenigen politischen und wirtschaftlichen Kreise in Deutschland, namentlich aber in Oesterreich, welche das Zollunionsprojekt so hartnäckig und leidenschaftlich bekämpften, haben sich schwer an den Interessen ihres Vaterlandes versündigt, weil sie ihren Regierungen die Waffe aus der Hand schlugen, mit der eine wirtschaftliche Besserung rasch hätte herbeigeführt werden können, ob nun das Projekt gelungen wäre oder aus außen- oder innerpolitischen Schwierigkeiten nicht realisierbar war.

Ich frage unsere Agrarier, vor allem die Gebirgsbauern, ob sie nicht der große deutsche Markt mit 65 Millionen Menschen von all der Not, in der sie heute darben, mit einem Schlage befreit hätte?

Nun taucht das Schlagwort „Donaukonföderation“ auf. Auch das ist eine Folge des Zollunionprojektes. Auch dieses Schlagwort gibt ebenso wie das Zollunionprojekt mit dem Deutschen Reiche der Not des deutschen Volkes in Oesterreich Ausdruck. Die Grenzen, die uns 1918/19 gezogen wurden, sie sind eben zu enge. Die für ein Reich von mehr als 50 Millionen und über dessen Grenzen hinaus gerüstete österreichische Industrie

und der noch weitere Gebiete umfassende österreichische Handel können in ihren engen wirtschaftlichen Grenzen nicht gedeihen. Die Oesterreicher können nicht länger, als sie dies jetzt schon durch mehr als 13 Jahre tun, ein Schicksal ertragen, das sie zwingt, unter den Folgen der Unkenntnis der Männer, die die Landkarte Mitteleuropas im Jahre 1919 gezeichnet haben, weiter zu darben, man muß ihnen Luft machen. Was Franz Joseph und der Weitblick Bismarcks nach der Auflösung des deutschen Bundes im Jahre 1866 eingesehen und 1879 politisch verwirklicht haben, das ist zwar auf politischem Gebiete heute undenkbar, auf wirtschaftlichem Gebiete aber ist es in dieser 13jährigen Leidenszeit Ziel und Wegweiser geworden. Die Oesterreicher wollen nicht sterben, sie wollen leben, und leben können sie, wie jeder Kenner der wirtschaftlichen Verhältnisse zugeben muß, nicht ohne ihre Volksgenossen im Deutschen Reiche, denn Deutschland allein kann die agrarische Ueberproduktion des Ostens aufnehmen. Und das ist das österreichische Schicksal, das von dem Frieden in Mitteleuropa und von dem Gedeihen ganz Europas nicht zu trennen ist.

Österreich und die europäische Krise

Von Abg. Dr. Straffner

Die Weltwirtschaftskrise, die ganz Europa ergriffen hat, wirkt sich in Oesterreich, das auf Grund des Staatsvertrages von St. Germain zu einem Wirtschaftskrüppel gemacht wurde, viel stärker aus als in den wirtschaftlich stärkeren Staaten. Und deshalb bedeuteten die verflossenen Weihnachten für Oesterreich kein Fest, sondern den Ausdruck allergrößter Not. Leider ist diese Not nicht allein das treibende Element für Hilfsaktionen der verschiedensten Art, sondern sie wird auch als Mittel zu parteipolitischer Agitation benützt. Und diese Agitation richtet sich gerade gegen jene, die Oesterreich den Weg zur Rettung aus dieser Not gewiesen haben. So vergeht kaum ein Tag, an dem nicht diejenigen für die Not Oesterreichs verantwortlich gemacht werden, die zu den Trägern der Zollunionspläne mit dem Deutschen Reiche gezählt werden müssen. Und dennoch bedeutet gerade die Erweiterung des österreichischen Wirtschaftsgebietes im Sinne einer Zollunion mit dem Deutschen Reiche die einzige Möglichkeit, Oesterreich unter Wahrung seines nationalen Charakters wirtschaftlich zu helfen. Die Gegner des Zollunionsplanes propagieren den Zusammenschluß Oesterreichs mit den Nachbarstaaten, bedenken dabei aber nicht, daß die Donauföderation den sicheren Tod unserer Landwirtschaft und unserer Industrie und damit des Handels und Gewerbes und der übrigen Bevölkerung bedeuten würde. Den Anhängern der Donauföderation ist es demnach nicht um die Rettung der österreichischen Wirtschaft als vielmehr um rein politische Ziele zu tun, durch die Oesterreich endgültig von dem Deutschen Reiche abgedrängt werden soll. Weil dem so ist, erscheint Vizekanzler Dr. Schober, der Oesterreich zusammen mit dem gewesenen Bundeskanzler Dr. Ender den Weg der Zollunion gewiesen hat, nicht allein als

wirtschaftlicher, sondern auch als nationaler Retter. Daran kann auch die Tatsache nichts ändern, daß bei der europäischen Mächtekonstellation derzeit der Zollunionsplan nicht verwirklicht werden könnte.

Vielleicht ist die Zeit gar nicht so ferne, daß Europa vernünftiger wird und in dem Zollunionsplan Dr. Schober-Dr. Curtius die einzige Möglichkeit zur Rettung des zusammengebrochenen Mitteleuropas und darüber hinaus ein Beispiel für die Konsolidierung ganz Europas erblicken wird. Wohin das, durch die vor 12 Jahren geschlossenen Staatsverträge, durch die der Weltkrieg beendet wurde, aufgebaute System geführt hat, wird am besten dadurch illustriert, daß heute in Europa nicht weniger als 19 Staaten zur staatlichen Devisenbewirtschaftung gezwungen sind und auch anderweitige Maßnahmen ergreifen müssen, die man in der Vorkriegszeit für eine Utopie gehalten hätte. Dennoch ist es höchste Zeit, daß endlich einmal auch der Wirtschaftskrieg, der in einer Schärfe geführt wird, die größer ist als während des Krieges, liquidiert wird. Geschieht dies nicht, so ist die Gefahr nicht von der Hand zu weisen, daß ganz Europa über kurz oder lang dem Bolschewismus verfällt. Der österreichisch-deutsche Zollunionsplan ist ein Mittel und der Anfang für die Liquidierung des Wirtschaftskrieges, weshalb nicht allein wir, sondern ganz Europa den Schöpfern des Zollunionsgedankens dankbar sein sollen.

Der Kaufmann in der Gegenwart

Von Handelskammerrat Kommerzialrat Karl Pfaff,
Präsident der Reichsorganisation der Kaufleute
Österreichs.

Es liegt in der Natur der Sache, daß im Rahmen eines kurzen Artikels das Thema „Der Kaufmann in der Gegenwart“ nicht voll ausgeschöpft werden kann, ich muß mich daher darauf beschränken, den Fragenkomplex kurz zu skizzieren.

An die Spitze meiner Ausführungen möchte ich den hundert- und tausendfach erprobten Satz, dessen Gültigkeit oft angezweifelt, aber nie ernstlich bestritten werden konnte, stellen: Der Kaufmann ist notwendig. Notwendig für die Wirtschaft, die in ihm einen unvergleichlichen Verteiler der Güter an die Verbraucher hat und notwendig für Staat und Gesellschaft, weil er der Träger des Individualismus und damit eines wichtigen Grundelementes der gegenwärtigen Gesellschaftsordnung ist.

Es ist bekannt, daß im Verlaufe der Jahrzehnte unzählige Versuche gemacht worden sind, den Kaufmann aus seiner organischen Stellung im Wirtschaftsleben zu verdrängen und ihn durch andere Wirtschaftsformen zu ersetzen. Diese Versuche sind nie in einem Maße geglückt, daß man davon sprechen könnte, man habe die Entbehrlichkeit des Kaufmannes bewiesen. Wenn ich in diesem Zusammenhange z. B. auf Rußland verweise, wo bekanntlich (wenigstens bis vor kurzer Zeit) die Rolle der Warenverteilung ausschließlich den Konsumgenossenschaften übertragen wurde, so tue ich dies deshalb, um aufzuzeigen, daß selbst dort, wo den Konsumgenossenschaften alle erdenkliche Unterstützung von Staats wegen zuteil wird, ein vollkommenes Versagen dieser Konsumgenossenschaften

festzustellen ist. Nach glaubwürdigen Berichten sind die ungeheuren Schwierigkeiten der Warenversorgung der russischen Bevölkerung nur zum Teile auf die Verhältnisse im Sowjetstaat selbst zurückzuführen. Die Hauptschuld trifft zweifellos das Versagen der Konsumgenossenschaften als ausschließliche Warenverteiler. Wir sehen also, daß der mit reichlichen Mitteln unterstützte Versuch, den Kaufmann aus der Wirtschaft eines Landes künstlich auszuschalten, vollkommen Schiffbruch erlitten hat.

Die Gründe für die Unmöglichkeit der Ausschaltung des Kaufmannes aus dem Verteilungsprozeß der Güter sind in der Natur der Menschen gelegen. Es ist eben nicht richtig, daß alle Menschen gleich sind, und sich gewissermaßen in eine Schablone zwängen und von einem Klischee darstellen lassen. Jeder kultivierte Mensch, welchem Stande er auch immer angehören mag, hat gewisse individuelle Bedürfnisse, auf die er nur ungerne oder überhaupt nicht verzichtet, und deren Berücksichtigung für ihn mehr als die Befriedigung eines Bequemlichkeitsgefühles ist. Er will sich eben sein Leben nach seinen eigenen Wünschen gestalten und dazu gehört es auch, daß man ihn beim Wareneinkauf individuell bedient. Und dies ist selbstverständlich nur beim Einzelkaufmann möglich, bei dem man seine Bedürfnisse schon von früher kennt, auf die man sich gerne einstellt. In einem Riesenbetriebe kann man vielleicht einen sehr gut ausgebauten und schlagkräftigen Kundendienst organisieren, doch ist ein Einfühlen auf die persönlichen Bedürfnisse jedes einzelnen Kunden schon nach der Art des Betriebes eine Unmöglichkeit.

Der Einzelkaufmann hat aber, abgesehen von den eben geschilderten Gründen, noch etwas für sich, was im Auge des Volkswirtschaftlers vielleicht gewichtiger wirkt, als jeder andere Grund: der Einzelkaufmann ist zweifellos auch der billigste Verteiler der Güter an die Verbraucher. Bei jedem Einzelkaufmann macht die persönliche Arbeit des Geschäftsinhabers unendlich viel aus. Diese persönliche Arbeit kennt keinerlei Grenzen, was etwa ihre Intensität oder Quantität betrifft. Der Detailkaufmann wird auch 16 und mehr Stunden im Tage arbeiten, wenn dies aus irgendwelchen Gründen notwendig ist. Er wird hierbei aber keineswegs in der Lage sein — auch wenn er es wollte — für seine Mehrarbeit eine Erhöhung der Verdienstspanne zu erzielen. Das verhindert schon der einzige wirkliche Preisregulator, das eherne Gesetz von Angebot und Nachfrage. Man kann es einem Angestellten billigerweise nicht zumuten, daß er eine bedeutende Mehrarbeit ohne Sonderentschädigung auf sich nimmt. Der Einzelkaufmann aber muß dies oft tun, ob er will oder nicht.

Ich habe schon früher erwähnt, daß die freie Konkurrenz, durch keinerlei Fesseln oder Zwangsmaßnahmen beengt, das beste Mittel zur Verhinderung allfälliger übermäßiger Verdienstspanne ist und darum sind auch künstliche Eingriffe und Zwangsmaßnahmen, wie Preistreibergesetze und ähnliches nicht nur schädlich, sondern auch vollkommen überflüssig.

In den vorstehenden Zeilen glaube ich bewiesen zu haben, daß der Kaufmann im Wirtschaftsleben der Gegenwart und bestimmt auch der Zukunft nicht entbehrt werden kann.

Es seien mir nur noch einige kurze Sätze über die Bedeutung des Kaufmannes für Gesellschaft und Staat gestattet. Der Kaufmann, der über ein Geschäft verfügt, ist mit dem Bestande des Staates auf Gedeih und Verderben verbunden und er hat alles Interesse daran, daß der Staat erhalten bleibt. Der Kaufmann kann daher mit Recht als staats-erhaltendes Element bezeichnet werden, welches jedem gewaltsamen Umsturz abhold ist und einzig und allein in der ruhigen und friedlichen Entwicklung des Staates sein Fortkommen zu finden vermag.

Staat und Kaufmann haben also aneinander ein wechselseitiges Interesse und man sollte glauben, daß von Seiten des Staates alles geschieht, den Kaufmann zu fördern, oder ihm zumindest keine Hindernisse in den Weg zu legen. Der Staat ist leider kurzsichtig genug, dies nicht zu tun und wir müssen im Gegenteil feststellen, daß kaum ein zweiter Stand in Oesterreich so schweren Belastungen und Schwierigkeiten ausgesetzt ist, wie gerade der Kaufmannsstand.

Wenn wir die Ereignisse der letzten Wochen überblicken, so finden wir zunächst neue Belastungen des infolge der Wirtschaftskrise schwer kämpfenden Kaufmannsstandes. Kaum hat sich der Kaufmann mit den Auswirkungen der verschiedenlichen Krisensteuern beschäftigt, muß er erfahren, daß die Wiener sozialdemokratische Vertrauensmännerkonferenz über ihn die Strafe einer erhöhten Wohnbausteuer verhängt hat.

Dem ersten und weitblickenden Kaufmann zeigen sich aber am Firmamente noch andere Flammenzeichen, die eigentlich jeden Kaufmann aufrütteln und ihm ein Menetekel sein müßten. Unser Staat segelt, wie die letzten Taten des Parlamentes beweisen, in großer Fahrt auf die Planwirtschaft zu. Mit der Devisenbewirtschaftung, über deren Wert oder Unwert im Rahmen dieses Artikels nicht gesprochen werden soll, hat es begonnen. Die Nationalbank bestimmt, welche Waren eingeführt werden dürfen und welche nicht. Ist das nicht Planwirtschaft in Reinkultur? Monopole stehen zur Erwägung. Der freie Handel in wichtigen Artikeln wie Zucker, Getreide, Mehl, Benzin usw. soll vollkommen ausgeschaltet werden und an seine Stelle der Staat treten, der allein das Recht haben soll, mit diesen Artikeln Handel zu treiben. Ist das nicht Sozialismus in Reinkultur?

Das österreichische Parlament geht in letzter Zeit Wege, über deren Gefährlichkeit es sich nicht im klaren zu sein scheint. Jeder Schritt zur Planwirtschaft ist auf der anderen Seite ein Schritt weg vom bürgerlichen Staat und von der bürgerlichen Gesellschaft. Die Mehrheit scheint blind in das Verderben rennen zu wollen.

Da ist es ein Trost und Lichtblick, daß wenigstens die Abgeordneten des Nationalen Wirtschaftsblockes die Fahne der freien Wirtschaft und des Individualismus hochhalten und mit aller Kraft den bürgerlichen Staat, mit ihm die bürgerliche Wirtschaft und auch den bürgerlichen Kaufmann zu retten versuchen.

Die Gegenwart des Kaufmannes ist alles eher denn erfreulich. Hoffen wir, daß seine Zukunft besser sein wird als es die Gegenwart ist. Möge uns das Jahr 1932 keinen Rückschritt, sondern nur Fortschritt und Besserung unserer Lage bringen!

Kapitel „Heerwesen“ in der Budgetdebatte.

Von einem alten Soldaten.

Die vor wenigen Tagen über das Kapitel „Heerwesen“ im Nationalrat abgeführte Debatte hat zu den alljährlich gewohnten Darlegungen geführt. Immer wieder die gleichen Fragen: Ob Oesterreich überhaupt eine Wehrmacht braucht; ob Kavallerie und Briefftauben, ob der Dachstein-Uebungsplatz nötig sind; warum in dieser Wehrmacht altösterreichische Tradition gepflegt wird; ob die bestehenden Verhältnisse tatsächlich die Bezeichnung „Entpolitisierung“ verdienen. Diesmal kam auch noch das Einsetzen des Bundesheeres am 13. September, sowie eine Beschwerde Innsbrucker Offiziere in Angelegenheiten des Wehrbundes dazu. Es gab eine lebhaftige Debatte, mit deren einzelnen Punkten man sich mehr beschäftigen sollte, als dies gewöhnlich in der Tagespresse Gepflogenheit ist. Im Nachfolgenden soll dies geschehen. Vorweg sei bemerkt, daß die rein militärischen Fragen über Waffengattungen, Hilfsmittel, Uebungsplätze u. dgl. aus öffentlichen Debatten überhaupt ausgeschieden bleiben sollten, da Fachfragen nicht durch Parlaments-Debatten, sondern lediglich durch Fachurteile geklärt werden können. Nehmen wir z. B. die Frage, ob Kavallerie nötig ist, über die Generaloberst von Seeckt — wohl ein Fachmann von internationaler Bedeutung — eine eingehende Studie veröffentlichte. Ähnliches gilt für den Uebungsplatz im Dachstein-Gebiet. Ein Land, dessen Grenzen vielfach Hochgebirgscharakter aufweisen, benötigt wohl auch einen Uebungsplatz im Hochgebirge. Demgegenüber sind die — sagen wir — politischen Fragen der Wehrmacht ein neuösterreichisches Spezialgebiet. Hier Stellung zu nehmen, scheint im Interesse von Volk und Wehrmacht wichtig.

Daß Oesterreich eine Wehrmacht braucht, scheint überflüssig zu beweisen. Oesterreich liegt im Herzen Europas, im Schnittpunkt vieler und wichtiger internationaler Interessen. Sollten sich die zahlreichen europäischen Gegensätze gegeneinander entladen, so bietet nur der eigene Schutz wirkliche Sicherheit. Die Schweiz im Weltkrieg erbrachte hierfür den Beweis. Gewiß: Das Schweizer Heer baut sich auf dem Milizsystem auf. Unsere Wehrmacht aber ist ein Soldheer, ist klein und der allerwichtigsten Hilfsmittel einer modernen Armee-ausrüstung beraubt. Dennoch: wir müssen unsere bescheidene Wehrmacht als Kader eines Volksheeres betrachten, das für den Fall, daß andere miteinander Krieg führen, die Neutralität unseres Staatsgebietes und die Unverletzlichkeit unserer Grenzen verbürgt. Wenn auch der Wert des Miliz-Systems zum Sold-System wie Hundert zu Eins stehen mag, so steht diese Frage nicht zur Debatte, da wir eben zur Errichtung des Sold-Systems verhalten waren und dessen Abänderung nicht in den Rahmen unserer Macht fällt.

Hier sei die erste Feststellung erlaubt. Es ist eine bedauerliche Tatsache, daß unser Heer um vieles kleiner ist, als es laut Friedensvertrag sein sollte. Diesbezüglich wäre Abhilfe von Nöten. Abhilfe im Rahmen des Budgets! Wir besitzen eine Reihe höchst überflüssiger, bürokratischer Einrichtungen, an welchen große Teile des erprobten Offizierkorps berechnete

Kritik üben. Wir geben Geld für Luxuseinrichtungen aus, die als Beiwerk der großen, alten Armee notwendig gewesen sein mögen, heute aber überflüssig sind und daher anderen Notwendigkeiten Abbruch tun. Die in beiden vorliegenden und vielen anderen Fällen zu ersparenden Gelder können dazu verwendet werden, um wenigstens die im Friedensvertrag gewährleistete Kaderhöhe des Mannschaftsstandes zu erreichen. Gegenüber der Erwägung: Erhöhung des Mannschaftsstandes, sollte auf jede überflüssige, mit Kosten verbundene Popularitäts-Hascherei (Sportfeste, Paraden, Fackelzüge, paradeartige Manöver) verzichtet werden. Das Heer arbeite still und fern vom Getriebe der Welt. Je weniger man über den Soldaten spricht, desto besser!

Nicht zu übersehen ist, daß noch Ersparungen bei überflüssigen Mehrausgaben die dadurch mögliche Erhöhung des Mannschaftsstandes auch eine Erleichterung im Problem der Arbeitslosigkeit brächte. Hier ist jede Erleichterung ebenso sozial wie staatsfinanziell wünschenswert. Mehr als zehntausend Männer können der Arbeitslosigkeit entzogen und dem Heer zugeführt werden. Das brächte bei einem anderen Budgetkapitel Erleichterung.

In jeder Armee wird Tradition gepflegt. Nun wird beanstandet, daß in der Wehrmacht der österreichischen Republik altösterreichische Tradition gehegt wird. Das ist zwangsläufig. Welche Tradition sollte unsere Armee denn sonst pflegen, außer jene, die sich mit den großen Namen der Vergangenheit verknüpft? Daß im Heer des zweiten deutschen Staates Mitteleuropas die Erinnerung gesamtdeutscher Geschichte ausschließlich in den Vordergrund treten sollte, ist selbstverständlich, jedenfalls aber wichtiger als das künstliche Wachen der Erinnerung an partikularistisch-dynastische Bruderkriege. Letzteres mißbraucht die Tradition zu einseitigem, politischen Zweck. Mit dieser Einschränkung kann sonach gegen die Pflege wahrer, deutscher Tradition gewiß nichts Stichhältiges eingewendet werden. Die Tradition muß — um es nochmals zu betonen — rein kriegsgeschichtlich gepflegt werden. Sie darf aber nicht die geschichtliche Vergangenheit mißbrauchen, um aus erloschener Vergangenheit politische Zukunftshoffnungen zu erwecken oder zu nähren.

Nach dieser Feststellung sei an einen der allerbesten Teile altösterreichischer Tradition erinnert, welcher in der vollständigen Entpolitisierung der alten Armee bestand. Diese parteipolitische Jungfräulichkeit der alten Armee hat sich im größten aller Kriege bewährt. Bis zum bitteren Ende. Drei Wochen lang standen nach der politischen Aufteilung des alten Reiches die Soldaten weit jenseits der Grenzen. Bis zum letzten Tag brachen sich die Anstürme der Feinde und die Zersetzungserscheinungen im Innern am entpolitisierten Soldaten, obwohl das verteidigte, große Vaterland bereits gesprengt und zerlegt war. Glaubt man, daß die Soldaten der alten Armee derartig durchhalten hätten können, wenn sie parteipolitisch und wahlmäßig festgelegt gewesen wären? Wenn sie sich in allen Varianten der Parteieinstellungen eines jeden der Völker des vielsprachigen Reiches wahlmäßig zurecht finden hätten müssen?

Heute ist die Wahl enger. Sie betrifft ausschließlich die Parteipolitik des eigenen Volkstums. Gerade deshalb muß man fragen, ob wirklich alles geschieht, was die Unabhängigkeit der Soldaten von der Parteipolitik fördert. Diese Frage muß bedauerlicherweise durchaus verneint werden. Die Soldaten wählen nicht nur, wie alle anderen Bürger des Staates für die Gemeinden, für die Landtage und für den Nationalrat, sondern besitzen obendrein ein Gewerkschaftswahlrecht. Diese Wahlbetätigungen sind nicht nur des Guten zu viel, sondern ergeben insgesamt das Gegenteil einer wirklichen Entpolitisierung.

In den Jahren nach dem Zusammenbruch war „Rot“ die begünstigte Farbe. Mit nicht geringer Sorge blickte die größere Hälfte der Bevölkerung auf die „rote Armee“. Später wandte sich das Blatt. Heute werden etwa sechzig Prozent der Soldaten unter die Parteifahne „Schwarz“ eingereiht. Zwangsläufig ist es daher, daß auch das Hakenkreuz Anhang findet, der größer werden kann, vielleicht schon größer ist, als man denkt, auch wenn man mit derlei Gesinnungen noch nicht an die Öffentlichkeit tritt, um nicht „unangenehm aufzufallen“. Dieser Zustand ist ungesund. Der in die Armee eintretende Soldat läßt sich freiwillig anwerben. Wer in einem Söldnerheer den Rock des Soldaten anzieht, verpflichtet sich auf die Bürgerpflichten und möge daher auf die Bürgerrechte verzichten. Will er nicht verzichten, so braucht er sich auch nicht anwerben zu lassen. In einer Zeit derart drängender Arbeitslosigkeit werden sich doch wohl Männer finden, die gern auf Wahlrechte Verzicht leisten, wenn sie durch diesen Verzicht das Recht auf Tätigkeit und Arbeit erreichen. Dieser Verzicht bedeutet keinesfalls eine Aberkennung der bürgerlichen Rechte, wie man dies aus Parteiegoismus darzustellen beliebt. Er bedeutet lediglich eine Stilllegung des Wahlrechtes auf die Dauer der freiwilligen Dienstzeit — eine Maßnahme, die in allen Staaten der Welt, mit Ausnahme Sowjetrußlands, eine Selbstverständlichkeit ist.

Genau dasselbe gilt vom Gewerkschaftswahlrecht. Solange ein „unpolitischer“ Wehrbund und ein „wirtschaftlicher“ Militärverband bestehen, solange bestehen auch zwei Richtungen innerhalb der Wehrmacht, die sich parteipolitisch anlehnen und je nach parteipolitischer Zugehörigkeit des Heeresministers bevorzugt oder benachteiligt werden.

Wie immer derartige Anregungen in die Wirklichkeit eingebaut werden mögen — über deren Details kann gesprochen werden. Jedenfalls aber ist jeder Weg besser, als jener der Gewerkschaftswahlen, wo während der Wahlwerbung ein General und ein Gefreiter gegeneinander Werbereden halten, wie es als Unikum in der Heeresgeschichte aller Staaten in unserem Heimatland bereits vorgekommen ist. Solange der Soldat das Wahlrecht in die Volksvertretungskörper besitzt, solange der Soldat sein Gewerkschaftswahlrecht ausübt, solange ist von einer Entpolitisierung der Armee keine Rede. Wenn daher altösterreichische Tradition gerühmt, gepredigt und hochgehalten werden, so halte man unter diesen am höchsten die restlose parteipolitische Entpolitisierung des Soldatenstandes. Denn alle

Parteien werden doch wohl im Interesse einer parteilos eingestellten Armee auf etwa achttausend Wähler verzichten, da ja alle Parteien behaupten, daß Staatspolitik vor Parteipolitik gehe. Dann, aber auch nur dann, wird es nicht vorkommen, daß Offiziere heute dem Wehrbund, morgen vielleicht dem Militärverband beitreten, um noch Dienstjahre zu sammeln. Dann, aber auch nur dann, wird es nicht vorkommen, daß Offiziere heute dem Wehrbund, morgen vielleicht dem Militärverband oder dem Hakenkreuz angehören, oder in geschlossener Wahlzelle gegen die Organisation stimmen, in die sie sich hineingepreßt fühlen. So wie die Verhältnisse heute liegen, versucht man Offizier und Mann zu Duckmäusern zu erziehen, also zum Gegenteil dessen, was sie trotz des „Kadaver-Gehorsams“ in der alten Armee waren und daher auch heute nicht sein dürfen, sollen sie wirkliche Soldaten sein.

Nur die Abschaffung jeglicher Wahlrechte führt dahin, daß sich die Staatsautorität zu jeder Zeit und bei jeder Gelegenheit auf das Heer verlassen kann. Nur so wird das notwendige Ziel erreicht, daß der politische Heeresminister innerhalb des Heeres keine Parteipolitik betreibt, sondern lediglich den Vorteil der Wehrmacht im Parlamente vertritt und wahrt, wobei die Beurteilung militärischer Fachfragen dem obersten militärischen Befehlshaber der Wehrmacht überlassen bleibe, wie dies ebenso im Volksheer Frankreichs als im Soldheer des Deutschen Reiches der Fall ist. Dann erst wird es keine Debatte darüber geben, ob man die Soldaten der Wehrmacht vor oder hinter dem Polizei- oder Gendarmeriekordon aufstellen kann; dann wird es keine Debatte darüber geben, ob die Wehrmacht an einem Putschtag zu spät oder zu langsam oder in zu geringem Umfang eingesetzt wurde. Dann wird es keine parteipolitischen Wahlfarben, sondern bloß Männer geben, welche das Gelöbnis hochhalten, das sie geleistet haben der österreichischen Republik.

Wovon man spricht

Nun ist ein neues Jahr gekommen, im Dämmer sind die verflissenen Kriegsjahre versunken, allein wohin das Auge blickt, es sucht vergebens nach dem Frieden. Der Krieg ist noch nicht liquidiert, er dauert in anderen Formen fort, aber nicht nur die Besiegten sind von der großen Krise erfaßt, die nach der wirtschaftlichen Desorganisation Europas durch manche Bestimmungen der Friedensverträge über die Welt hereinbrach; Europa taumelt dem Abgrunde zu, der Kampf aller gegen alle ist die Signatur unserer Tage in innen- und außenpolitischer Beziehung. Bei der Neuordnung Europas nach dem Kriege wurden die Lebensbedingungen der Völker nicht berücksichtigt, alte Wunden brechen infolgedessen immer wieder auf und neue Leiden quälen die Menschheit, an denen sich die Gegensätze zwischen den Parteien immer mehr verschärfen, denn nicht nur im Deutschen Reiche und in Oesterreich, auch in den anderen Ländern stehen grundsätzlich verschiedene Auffassungen von Staat und Volk einander unversöhnlich gegenüber. Weltanschauungen liegen in erbittertem Kampfe mit,

einander, und neue politische und wirtschaftliche Gesellschaftsformen sind im Werden, von deren Gestaltung Wiederaufstieg oder Untergang des Abendlandes abhängen. — Es ist eine Zeit tiefgehender Gährung, die wir durchleben, und es hieße den Rufer in der Wüste spielen, wollte man an alle den Ruf nach Verständigung, Einigung und Zusammenarbeit richten. In dem Getöse des Kampfes, der uns umtobt, reicht die Stimme des Einzelnen nicht weiter als auf den Kreis der Gleichgesinnten, dem gleichen Ziele Zustrebenden, der Appell an die nationalen Kreise zur Sammlung ist aber heute dringlicher als jemals, denn es handelt sich um Sein oder Nichtsein des Deutschtums in den Alpenländern.

Verworren mutet das Bild, das unsere innerpolitische Lage bietet, nicht nur den Fernstehenden an, allein drei Fragen und Angelegenheiten heben sich von dem Wüste der flüchtigen Erscheinung des Tages sichtbar ab, und bilden mit Recht den Gegenstand weniger der Erörterung in der Tagespresse, als vielmehr den gesellschaftlicher Auseinandersetzung, weil sie geeignet sind, die weitere Entwicklung der Dinge in Oesterreich entscheidend zu beeinflussen: der Plan der Bildung einer Donaukonföderation, die erhöhte legitimistische Propaganda, beides umrahmt von heftigen Angriffen auf die auswärtige Politik der Regierung. — Die Bedeutung des Projektes einer Donaukonföderation darf an sich nicht unterschätzt aber auch nicht überschätzt werden, da sich hier gegensätzliche Interessen anderer Staaten kreuzen und einander bis zu einem gewissen Grade paralisieren; dasselbe gilt auch von der legitimistischen Propaganda, soweit Oesterreich selbst in Betracht kommt, allein im Zusammenhange mit gleichgerichteten weit ausichtsreicheren Bestrebungen in unserer nächsten Nächstbarschaft und mit Rücksicht auf die parallel laufenden Bemühungen um die Bildung einer Donaukonföderation, gewinnt diese Propaganda an Bedeutung und erfordert umso mehr Aufmerksamkeit, als sie durch die Art, in der sie arbeitet, Verwirrung im nationalen Lager hervorrufen und dadurch die nationale Front im Kampfe um die Besserung unserer wirtschaftlichen Verhältnisse und um die Sicherung unseres nationalen Lebens erschüttert. — Man hat in den letzten Wochen manches über Erfolge der legitimistischen Agitation unter den Tiroler Bauern gehört; daß dergleichen in der Diözese des Bischofs Waitz vorkommt, überrascht nicht, umso bemerkenswerter ist es, daß aus derselben Richtung auch die heftigsten Angriffe auf den außenpolitischen Kurs der Regierung kommen. Unter Berufung auf das Scheitern der reichsdeutschen und österreichischen Bemühungen um eine zoll- und handelspolitische Angleichung der mitteleuropäischen Staaten und unter deutlicher Bezugnahme auf die angeblich weit erfolgreichere auswärtige Politik in den Jahren 1922 bis 1929 wird die seitdem eingehaltene Außenpolitik als gänzlich unfruchtbar bezeichnet und verurteilt. Nun, wenn schon die Erinnerung an diese Zeit heraufbeschworen wird, dann stellt sich ganz von selbst die Frage nach den Früchten der in jenen Jahren befolgten auswärtigen Politik ein.

Mit Hilfe der Völkerbundanleihe, die durch zeitweisen Verzicht auf die finanzielle und wirtschaftliche Souveränität Oesterreichs gesichert wurde, konnte die Währung stabilisiert und das finanzielle Gleichgewicht im Bundeshaushalte her-

gestellt werden, allein nur vermittelt eines sich stetig steigenden Steuerdrucks, der den Oesterreicher bis zum Jahre 1929 zum höchstbesteuerten Menschen in Europa machte bei gleichzeitiger Steigerung der sozialen Belastung der Wirtschaft von 93 auf 420 Millionen Schilling. Die Wirtschaftskrise erfuhr dadurch eine ungeahnte Verschärfung, die Arbeitslosigkeit wurde gesteigert, die Rentabilität der industriellen Unternehmungen auf ein Minimum herabgedrückt oder ganz vernichtet, und es bedurfte dann nur noch der Willfährigkeit der Regierung gegenüber den Bestrebungen einiger Wiener Großbanken, die ganze Kreditorganisation auch in der Provinz und mit ihr den größten Teil der österreichischen Industrie an sich zu reißen, um jene Ueberdimensionierung des Wiener Bankgeschäftes zu bewirken, die schließlich in dem Zusammenbruche der Bodenkreditanstalt und in der Krise der Creditanstalt mit all ihren katastrophalen Auswirkungen endete. Die rein mechanische, nur auf fiskalischem Wege erzielte Herstellung des Gleichgewichtes im Bundeshaushalte war auf Kosten der Wirtschaft erfolgt, damit aber die natürliche gesunde Grundlage der Staatswirtschaft aufs bedenklichste erschüttert worden, denn trotz des ungeheuren Steuerdrucks waren die Staatskassen am Ende dieser Periode nicht aufgefüllt, wurde doch schon Ende 1927 von der damaligen Regierung die Aufnahme einer neuen Bundesanleihe als unerlässlich bezeichnet. Gelang es aber, die Bewilligung zur Aufnahme dieser Anleihe zu erreichen? Wenn wirklich die auswärtigen Beziehungen Oesterreichs zu jener Zeit so ausgezeichnet und die damalige auswärtige Politik so fruchtbar gewesen wären, wie heute behauptet wird, dann wäre es ein leichtes gewesen, diese Bewilligung zu erhalten und die Anleihe auch unterzubringen, da die Verhältnisse auf dem internationalen Geldmarkte damals weit günstiger lagen als später.

In Wirklichkeit war die damalige auswärtige Politik Oesterreichs durchaus passiv, bewegte sich also durchaus im Kielwasser der aktivsten politischen Macht Frankreichs. Allein was wurde damit erreicht? Als der Völkerbund sich seinerzeit außerstande erklärte, seine im Genfer Protokoll übernommene Verpflichtung, Oesterreich bei der Wiederaufrichtung seiner Wirtschaft zu helfen, ihm also nach dem Gutachten der Völkerbundexperten Layton und Rist handelspolitische Erleichterungen zu verschaffen, die den österreichischen Absatz gefördert hätten, war die Gelegenheit gegeben, nicht nur die Streichung aller Reparationsverpflichtungen Oesterreichs und die Aufhebung des Generalpfandrechtes zu verlangen, sondern auch völlige handelspolitische Freiheit für Oesterreich zu fordern, nachdem man es hinsichtlich des Wiederaufbaues seiner Wirtschaft auf die eigene Kraft verwiesen hatte; allein kein einziger ernster Schritt in dieser Richtung erfolgte, jedenfalls hatte die damalige Außenpolitik keinen Erfolg zu verzeichnen, nicht einmal die Bewilligung zur Aufnahme einer neuen Bundesanleihe konnte trotz mehr als einjährigen Bemühens erlangt werden, und erst dem Kabinett Schober war der Erfolg in dieser Richtung beschieden, nachdem es auch die Streichung der Reparationsverpflichtungen und die Aufhebung des Generalpfandrechtes erwirkt hatte. Welche auswärtige Politik war also fruchtbarer, die bis 1929 befolgte oder die seit dem Herbste 1929 eingeschlagene?

Gewiß ist es zu bedauern, daß die Bemühungen der deutschen Reichsregierung und der österreichischen Regierung um eine auf Erweiterung berechnete Zoll- und wirtschaftspolitische Angleichung zwischen dem Deutschen Reiche und Oesterreich keinen unmittelbaren Erfolg hatten, allein die Akten darüber sind keineswegs geschlossen. Zunächst bleibt es das Verdienst der österreichischen Außenpolitik seit dem Jahre 1929 an der Stelle nebelhafter Paneuropapläne den positiven Gedanken eines regionalen Wiederaufbaues der europäischen Wirtschaft angeregt und ihn im Verein mit der Deutschen Reichsregierung in eine konkrete Form gebracht zu haben. Damit war der einzig gangbare Weg aus dem europäischen Wirtschaftschaos der Nachkriegszeit gewiesen, und deshalb wird dieser Gedanke auch nie mehr von der Tagesordnung verschwinden. Man kann vielleicht sagen, daß die Methode, in der man den Plan zu verwirklichen suchte, nicht glücklich gewählt war; allein die mit Bezug auf die zwischen dem Deutschen Reiche und Oesterreich vereinbarten Richtlinien gegen die österreichische Außenpolitik erhobenen Anklagen richten sich gar nicht gegen die bei diesem Anlasse befolgte Methode, sondern gegen das in den Richtlinien angestrebte Ziel. Gerade von der Seite, die heute unter der Maske des Bedauerns über das Scheitern der im März eingeleiteten wirtschaftspolitischen Aktion die Aenderung der österreichischen Außenpolitik fordert, wurde nichts unterlassen, um diese Aktion im Auslande zu diskreditieren und zu sabotieren und dann die völlige Abkehr von dem durch die Richtlinien angestrebten Ziel zugunsten einer anderen Kombination zu fordern, in der Oesterreich nicht nur keine wirtschaftlichen und nationalpolitischen Vorteile, sondern nur Nachteile in beiden Beziehungen beschieden sein würden. Man frage doch die österreichischen Bergbauern, die man jetzt für den Plan einer Donaukonföderation einzufangen sucht, ob sie bei der Zollangleichung an das Deutsche Reich, die ihren Produkten den ganzen weiten reichsdeutschen Absatzmarkt eröffnen würden, besser fahren würden, oder in einer Donaukonföderation, die ihnen nicht nur den reichsdeutschen Markt verschließen, sondern sie auch der unmittelbaren Konkurrenz der östlichen Agrarstaaten gegenüberstellen würde. Eine wirtschaftspolitische Angleichung mit diesen Staaten ist für Oesterreich nur tragbar und vorteilhaft, wenn ihm dadurch nicht der Weg zum reichsdeutschen Markte versperrt wird. Die Richtlinien sollten diese Möglichkeit eröffnen, eine Politik aber, die Oesterreich auf den wirtschaftlichen Zusammenschluß mit den Nachfolgestaaten beschränken und festlegen würde, wäre ein unsühbares Verbrechen an unserem Volke; unsere Bauern sind ein viel zu kostbares Gut, als daß man sie um vermeintlicher Vorteile auf industriellem Gebiet oder um landfremder Interessen willen opfern dürfte, denn sie preisgeben, heißt auch die Grundlage der nationalen Existenz des alpenländischen Deutschtums untergraben und vernichten.

Es ist natürlich nicht leicht, unsere Bevölkerung für den nationalen Selbstmord zu begeistern, die Rattenfänger, die das Land durchziehen, spielen deshalb auch vor allem die Weise von der starken Hand, um die Leute zu locken. Es ist ja heute nichts populärer als dieses Wort. Eine Regierung der starken Hand und Erlösung aus der Not haben sich in der allgemeinen Vorstellung mit einander ver-

schmolzen; man begeistert sich für die starke Hand, ohne weiter nach dem Wie und Was zu fragen, und damit rechnet die Propaganda für die Donaukonföderation und allem, was drum und dran hängt. Die Hauptsache ist ja, daß dieses Regime der starken Hand installiert und mit den weitestgehenden Vollmachten ausgestattet wird, um dann zur erlösenden Tat, zur wirtschaftlichen und nationalen Abschnürung der Alpenländer von der Masse des deutschen Volkes zu schreiten. Natürlich muß das eine starke Hand sein, die das zu vollbringen hat, wenn auch nicht stark durch sich selbst, so doch stark durch erschlichene Vollmachten, denn, was zu tun sie beauftragt ist, muß gegen die Lebensbedingungen, gegen den Lebenswillen der Deutschen in den Alpenländern vollbracht werden. So weit, aber auch nur so weit soll und kann diese starke Hand reichen, denn ein Regime, das auf diese Weise vom Auslande über Oesterreich gesetzt wird, würde seine Existenz immer nur von Gnaden dieses Auslandes fristen, immer nur sein Beauftragter sein. — Daß die anrühlichsten publizistischen Abenteurer sich in den Dienst dieser Propaganda stellen, beeinträchtigt ihre Wirkung wenig, ist es doch gelungen, selbst in die Heimwehr in dieser Beziehung Verwirrung zu tragen. Schon sah man im Auslande vielfach in ihr nur mehr eine legitimistische Gardetruppe und ein hochangesehenes reichsdeutsches Blatt, die „Bayrische Staatszeitung“, glaubte noch vor kurzem, die weitere innerpolitische Entwicklung in Oesterreich unter diesem Gesichtspunkte betrachten zu müssen. Die Verhältnisse haben sich in dieser Hinsicht indessen bereits geklärt. Das nationale Empfinden in der Masse der Heimwehrleute reagierte mit einer entschiedenen Ablehnung des Donaukonföderationsplanes, und die Erklärung Rauters in Radkersburg, daß es für Oesterreich unter den gegebenen Verhältnissen nur eine Staatsform geben könne, die der Republik, läßt die die Heimwehr beherrschende Stimmung deutlich erkennen; daß sich einige ihrer Führer mit dem Bemerkten, die legitimistische Frage und die der Donaukonföderation seien „nicht aktuell“, um eine klare Stellungnahme herumzudrücken suchen, beweist eben nur, daß sie sich des Gegensatzes bewußt sind, in dem sie hier zur Masse der Heimwehrleute stehen.

Allein genügt es, inmitten der außerordentlichen innenpolitischen und außenpolitischen Schwierigkeiten und der sich damit verknüpfenden Intrigen, daß jede einzelne nationale Gruppe demselben Ziele zustrebe? Die Anforderungen, die die Zeit an Oesterreich und insbesondere seine nationalen Organisationen stellt, sind so ungeheuer, daß ihre Bewältigung eine straffe geistig-politische Disziplin aller nationalen Kreise, die Sammlung, Zusammenfassung und Ordnung aller nationalen Kräfte voraussetzt. Der Wege hiezu gibt es zwei: den Kampf bis zur Vernichtung zwischen den einzelnen nationalen Gruppen bis zum Siege der stärksten oder die Verständigung über die Mittel und Wege, die zum gleichen Ziele führen. Der erste dieser beiden Wege ist zweifellos der dekorativeren, allein auch der verlustreichere und riskantere, denn er erfordert einen ungeheuren Verbrauch an nationaler Kraft, führt übrigens niemals zum vollen Erfolge, da es der siegreichen Gruppe niemals gelingt, den ganzen Bestand der bekämpften Bruderpartei zu erfassen, der zurückbleibende Rest aber nunmehr

tief erbittert, zum Keime neuer Spaltungen im nationalen Lager wird, endlich aber erfahrungsgemäß die Gefahr außerordentlich groß ist, daß die verwandten nationalen Gruppen nur auf gegenseitige Vernichtung bedacht, leicht zu unbewußten Werkzeugen lachender Dritten werden. — Der zweite Weg, der dem grundlegenden Gedanken der Heimwehrbewegung entspricht, fordert mehr Selbstbeherrschung, spart aber Zeit und Kraft, denn er gibt die Möglichkeit, mit vereinter Kraft zur rechten Zeit am rechten Punkte einzusetzen. Es ist selbstverständlich, daß sich jede nationale Gruppe unter uns Deutschen selbst ihr Zukunftsideal zimmert, allein die Unterschiede sind nicht wesentlich, vor allem aber nicht in Fragen, wie denen der Donaukonföderation und der damit zusammenhängenden legitimistischen Propaganda. Hat es aber einen Sinn, sich in einer Zeit, in der uns solche Gefahren bedrohen und man bereits Feuer an das Haus legt, in dem wir wohnen, darüber zu streiten und sich darüber zu entzweien, wie groß die Zimmer in dem neuerrichtenden Hause bis auf einen Zentimeter sein sollen? Wird nicht mit jedem Tage die Gefahr größer, daß uns über diesem unserem Streite, das Grundstück, auf dem wir das neue Heim errichten wollen, unter der Hand weggenommen und verschachert wird, und wir heimatlos werden, wenn wir auch noch an der Donau, am Inn und an der Mur wohnen? Man spricht heute so viel von der finanziellen Ueberfremdung, die Gefahr der politischen und nationalen Ueberfremdung, die uns droht, ist weit größer.

Dr. H. Ekkhard.

Der Weg ins Freie!

Nach dem furchtbaren Erlebnis des Weltkrieges, hat der Wille der Siegerstaaten, beeinflusst von der Demagogie der slawischen Völker und dem Haß gegen alles Deutsche, im Herzen Europas unser Vaterland als „selbstständigen“ Staat geschaffen. Ein großes organisch gegliedertes Wirtschaftsgebiet wurde durch diesen Spruch der Feindmächte zerrissen und aus ihm eine Reihe von Kleinstaaten geschaffen. Der Nationalitätenhaß, insbesondere der Haß der Slawen gegen das Deutschtum hat zwischen den einzelnen Staaten schier unüberwindliche Trennungsmauern errichtet und hat insbesondere unserem Vaterlande aus dem Erbe der ehemaligen Monarchie ungeheure Lasten aufgebürdet. Das große Wirtschaftsgebiet wurde zerrissen. Es entstanden eine Reihe kleiner Wirtschaftsgebiete, die sich gegeneinander vollkommen absperren und dadurch die schwierige Lage der Wirtschaft ins Gigantische vergrößerten.

In Oesterreich, insbesondere in Wien, befanden sich die Zentralen der großen Industrieunternehmen, die ihre Fabrikationsstätten in allen Ländern und Provinzen des ehemaligen Reiches verteilt hatten, in Wien befanden sich die großen Handelsfirmen, die Zentralen der Banken, die ihre Kundschaft ebenfalls vorwiegend in den Ländern hatten. All diese wirtschaftlichen Gebilde standen durch den Zusammenbruch und den Zerfall der Monarchie vor der Tatsache, daß die Zusammenarbeit mit den Filialen, der Verkehr mit der Kundschaft, insbesondere in der ersten Zeit durch die neuen Staatsgrenzen äußerst erschwert, teilweise sogar unmöglich gemacht wurde. Dazu kam noch

die notwendige Umstellung der Kriegsindustrie auf die Friedenswirtschaft, die Belastung unseres Staates durch die Riesenzahl der aus den Nachbarstaaten ausgewiesenen deutschen Staatsangestellten, die notwendige Unterbringung und Rückleitung der heimkehrenden Krieger in die Wirtschaft und die sonstigen Folgen des verlorenen Krieges.

Aus einem, trotz aller Fehler wohlgeordneten Wirtschaftsgebiete blieb ein „Selbstständiger“ Staat von lächerlich geringem Umfang, belastet mit dem Monstrum der ehemaligen Reichshauptstadt Wien, einer aus allen Fugen geratenen Industrie und zumindest in den ersten Monaten, ohne staatliche Autorität, zurück.

In diesem neuen Staate wäre wohl das oberste Gebot jeglicher Regierung die besondere Bedachtnahme auf wirtschaftliche Fragen gewesen, um den Wiederaufbau der heimischen Wirtschaft zu erleichtern und zu ermöglichen. In den verschiedenen Wahlaufufen der Parteien waren in dieser Hinsicht wohl große Versprechungen gemacht worden, leider aber blieben es Versprechungen, leere Worte, Schall und Rauch. Statt in allem und jedem auf die wirtschaftlichen Bedürfnisse Rücksicht zu nehmen, wurde in dem neuen Staate Parteidemagogie, Klassenhaß und Volksverhetzung Trumpf, mochte auch darüber die Wirtschaft zu Grunde gehen. Das ungeheuerliche Anschwellen der sozialdemokratischen Partei — durch eine Psychose der Volksmassen begünstigt — auf der einen Seite und die fehlende Nackensteife der Vertreter der bürgerlichen Kreise auf der anderen Seite, machte aus unserem Vaterland eine Domäne des Berufspolitikerturns übelster Sorte. Selbst die einfachsten wirtschaftlichen Fragen wurden vom parteiegoistischen, parteidemagogischen Standpunkte aus behandelt.

Wenn Oesterreich in dem Chaos der Nachkriegsjahre nicht zusammenbrach, so verdankt es dies nur der unerschütterlichen Gewissenhaftigkeit und der Treue seiner Staatsangestellten, die nach Möglichkeit die unheilvollen Einwirkungen der Parteigünstlinge paralyisierten. Immerhin aber war der Schaden, den Oesterreich durch die fortschreitende Politisierung der Verwaltung erlitt, ein ungeheurer. Besonders die Verramschung der riesigen Heeresgüter, die durch die, plötzlich zur Macht gelangten Soldatenratswirtschaft begünstigt wurde, schädigte das Volksvermögen um Riesensummen. Die gewaltigen, durch die Hypertrophie der Staatsverwaltung, die notwendige Beschaffung von Lebensmitteln für die ausgehungerte Bevölkerung verursachten Staatsausgaben, führten zur Inflation, die noch durch die schmutzigsten Schiebereien und die vielfach jeden wirtschaftlichen Grundsätzen widersprechenden Maßnahmen, der, den tatsächlichen Verhältnissen in keiner Weise gewachsenen Parteipolitiker ins Ungemessene gesteigert wurden.

Als dann der Zusammenbruch der Staatsfinanzen drohte, entschloß man sich endlich zu energischen Maßnahmen, die aber wieder nicht nach wirtschaftlichen Grundsätzen, sondern nach parteipolitischen Erwägungen getroffen wurden. Insbesondere der ungeheuerliche Satz des sozialdemokratisch beeinflussten Finanzministers Dr. Schumpeter: Krone ist Krone: zerstörte den letzten Rest der Finanzkraft der Bevölkerung. Arbeiterschaft, Mittelstand und Industrie verloren durch diesen Grundsatz die letzten Reste ihrer Ersparnisse ihres

Betriebskapitals und wenn heute die österreichische Industrie, der Handel und das Gewerbe zur Gänze vom Leihkapital abhängig ist, so trägt dieser „Wirtschaftsgrundsatz“ eines unverständigen Finanzministers die Schuld an diesem unheilvollen Zustand, damit aber auch die Schuld an der ungeheueren Arbeitslosigkeit, an dem Zusammenbruch großer Industrien und Handelsgesellschaften.

Auch die fortgesetzte Zwangswirtschaft auf dem Gebiete des Mietenwesens, die ausschließlich aus parteitaktischen Gründen erhalten blieb, hat dem Volksvermögen ungeheueren Schaden zugefügt. Diese Frage, die rein wirtschaftlicher Natur ist, wurde von der Sozialdemokratie als billiger und willkommener Wahlschlager ins parteipolitische Getriebe gezogen und selbst heute ist es noch nicht gelungen, diese Frage von parteipolitischen Einflüssen zu befreien, auf das wirtschaftliche Gebiet überzuleiten und eine alle beteiligten Kreise befriedigende Lösung zu finden.

Eines der wichtigsten Beispiele der vollkommenen Politisierung der Staatsverwaltung ist die Herrschaftsteilung zwischen Sozialdemokraten und Christlichsozialen in Niederösterreich, die durch die famose Einteilung der Gemeinden in „Industrie“- und „Land“-Gemeinden offen aufscheint. Alle Gemeinden, welche sozialdemokratische Mehrheit besitzen, werden als „Industrie“-Gemeinden erklärt und unter die Aufsicht des sozialdemokratischen Referenten in der Landesregierung gestellt, während die Gemeinden mit christlichsozialer Mehrheit als „Land“-Gemeinden dem christlichsozialen Referenten unterstehen. Wiederholt ereignete sich das Schauspiel, daß eine „Land“-Gemeinde über Nacht durch eine Zufallsmajorität bei der Gemeinderatswahl zu einer „Industrie“-Gemeinde wurde, das vollkommen bäuerliche Orte, wie z. B. Mauerbach plötzlich in der Reihe der Industriegemeinden erschienen, ohne daß je in einem derartigen Orte eine Industrieunternehmung gewesen wäre. Diese Zweiteilung der Macht zwischen Christlichsozialen und Sozialdemokraten ist aber auch im ganzen politischen Leben und in der Verwaltung unseres Staates die Richtlinie. Nie können sich wirtschaftliche Grundsätze freie Bahn brechen, immer und immer wieder sprechen Parteipolitiker das letzte Wort.

Die unheilvollen Wirkungen dieser Zustände sehen wir in dem noch immer andauernden Zusammenbruch der Industrie, des Gewerbes und des Handels, in der immer weiter steigenden Arbeitslosigkeit, in der Verelendung der breiten Massen der arbeitenden Bevölkerung und insbesondere in der erschreckenden Abhängigkeit unserer Wirtschaft vom internationalen Finanz- und Leihkapital. Wenn heute Oesterreich in allen seinen Maßnahmen und Entschlüssen, insbesondere von Frankreich abhängig ist, so ist es allein die Schuld der Parteipolitiker und Parteidemagogen der beiden großen Parteien, die ohne Rücksicht auf die Belange des Volkes und der Wirtschaft, sich ein Jahrzehnt hindurch nur von ihren parteitaktischen und parteiegoistischen Wünschen leiten ließen.

Das plötzliche Aufflammen der Heimwehrbewegung in den letzten Jahren, das Wachsen der radikalen Parteien ist nur die Reaktion der Bevölkerung, die sich instinktiv gegen die immer weiter fortschreitende Politisierung und „Ver“-waltung des Staates und der Volkswirtschaft wehrt. Es hieße aber den Teufel mit dem Beelzebub austreiben, wenn man sich von diesen radikalen Par-

teien und Bewegungen eine Rettung aus dem Elend und der Not erhoffen würde. Wohl haben die Führer dieser Parteien die Schäden der bisherigen Wirtschaft im Staate erkannt, doch vergebens sucht man in den Reden und Programmen dieser „Radikalen“ Wege, die geeignet wären, eine Besserung zu erzielen. All die Versprechungen und Verheißungen derartiger radikaler Programme lassen die ernste Behandlung der wirtschaftlichen Fragen vermissen und zeigen deutlich, daß an Stelle des Alten nichts Besseres gestellt werden soll, daß auch bei der Machterlangung durch diese radikalen Kreise der Einfluß der Berufspolitiker in die Leitung des Staates im bisherigen und vielfach im verstärkten Maße bleiben soll. Davon, daß diese Einflußnehmenden vielleicht von anderer Farbe sind, haben weder Volk noch Wirtschaft etwas.

Aus allen diesen Beispielen, welche noch um viele vermehrt werden könnten, geht einwandfrei hervor, daß Parteipolitik und Parteiegoismus der großen Parteien Oesterreich an den Rand des Abgrundes gebracht haben. Eine Aenderung dieser Zustände, eine Besserung ist nur denkbar, wenn es gelingt, bei der Behandlung aller Fragen das Allgemeinwohl über Parteiinteressen, die Belange der Wirtschaft vor die Politik zu stellen. In dem Verfassungsreformwerk der Regierung Dr. Schober wurden bereits die Grundsteine hiefür durch Aufnahme des Gedankens einer ständischen Körperschaft — in welcher alle wirtschaftlichen Fragen unabhängig von Parteipolitik behandelt und beschlossen werden sollen — geschaffen. Der Anfang ist gemacht und es ist kennzeichnend für unsere Verhältnisse, daß die Regierung Dr. Schober mitten in ihrem Reformwerke den parteiegoistischen Umtrieben der Christlichsozialen erliegen mußte und so an der Fortsetzung des großen Reformwerkes gehindert wurde. Immerhin, die Grundsteine des Weges ins Freie sind gelegt und die nächste Aufgabe aller ehrlich Denkenden muß es sein, diesen Anfang zu einer mächtigen Straße in die Freiheit auszubauen. Hiezu ist es aber notwendig, den parteiegoistischen Bestrebungen der beiden großen politischen Parteien einen mächtigen Damm entgegenzustellen. Auch in dieser Hinsicht ist bereits ein Anfang gemacht, denn die traurigen Ereignisse vor der letzten Wahl haben die Nationaldenkenden in unserem Staate zu einer Sammelliste vereinigt, der es unter der Führung Dr. Schobers gelang, noch einmal das, von den Roten und Schwarzen so heiß ersehnte, Zweiparteiensystem zu verhindern.

Gewiß ist durch die Schaffung dieses Blocks der Mitte bereits ein Erfolg erzielt worden, gewiß ist es in manchen Fällen gelungen, Parteiegoismus und Parteitaktik zurückzudrängen und den Belangen der Allgemeinheit zu dienen, es darf aber nicht übersehen werden — ein Versteckenspiel wäre nur der guten Sache schädlich — daß der erzielte Erfolg nur ein Teilerfolg ist, weil, das sei offen herausgesagt, die Zusammensetzung dieses Mittelblocks aus den Vertretern verschiedener Parteien und Gruppen, die im Kampfe gegen die roten und schwarzen Parteigelüste so notwendige innere Geschlossenheit und das entschlossene Auftreten nach außen sehr erschwert. Tatsache ist aber auch, daß die politischen und wirtschaftlichen Ereignisse seit dem Bestande der Republik sehr große Teile der Bevölkerung, insbesondere solche, die gewohnt sind mit kritischen Augen die Ereignisse zu verfolgen —

also gerade die wertvollen Elemente in unserem Vaterlande — bitter enttäuscht haben.

Daß sich infolge dieser Enttäuschungen zahllose Menschen von jeglicher politischer Betätigung zurückgezogen haben und so, ohne es zu wollen, mitgeholfen haben, die Herrschaft der Bonzenparteien zu stützen, ist erklärlich. Eine der wichtigsten Aufgaben wäre es, diese Menschen wieder dem politischen Leben zurückzugewinnen. Es ist aber klar, daß die Mehrzahl dieser derart Enttäuschten von keiner der bestehenden politischen Parteien gewonnen werden kann, sondern lediglich von einer Organisation, die von den Ereignissen der letzten Jahre in keiner Weise belastet ist, an deren Spitze ausschließlich Männer stehen, die sich durch ihr Wirken im Dienste der Allgemeinheit das Vertrauen der Bevölkerung erworben haben. Eine derartige Organisation, auf nationalen Grundsätzen aufgebaut und vor allem für die Vertretung wirtschaftlicher Grundsätze sorgend, müßte unbekümmert um Gunst oder Ungunst der Massen ihre Entschlüsse ausschließlich aus wirtschaftlichen Erwägungen fassen, stets das Wohl der Allgemeinheit im Auge behaltend. Eine derartige Organisation wäre befähigt, nicht nur viele wertvolle Kräfte aus ihrer derzeitigen Verdrossenheit zur tätigen Mitarbeit zurückzugewinnen, sondern auch dem parteiegoistischen Tun der alten Parteien wirksam entgegenzutreten. Das augenblickliche Zeitprogramm dieser neuen Partei — welche alle ehrlich national und vaterländisch Denkenden umfassen müßte — könnte mit wenigen Worten geschrieben werden.

Befreiung der Behandlung wirtschaftlicher Fragen von parteipolitischen Einflüssen durch Entwicklung der ständischen Verfassung. Bekämpfung einseitiger Parteipolitik, Abbau des Klassenhasses und der Volksverhetzung, Bekämpfung jeglichen Terrors und des politischen Parasitentums, Förderung aller Angleichungs- und Anschlußbestrebungen an das Deutsche Reich, Förderung des Heimatgedankens auf nationaler Grundlage und Kampf für Gerechtigkeit, Ehrlichkeit und politische Anständigkeit.

In diesen wenigen Schlagworten sind die Hauptaufgaben dieser Partei genügend umschrieben. Gelingt es, diese Partei der nationalen Mitte und Wirtschaft zu schaffen, gelingt es, unter dem oberwähnten Zeitprogramm den Kampf gegen die schädlichen Einflüsse in unserem Vaterlande zu führen, dann kann der Weg ins Freie gefunden werden. Denn dann wird es möglich werden, den vereinten Bestrebungen der Christlichsozialen und Sozialdemokraten, das Zweiparteiensystem in unserem Staate zu festigen und auszubauen, wirksam entgegenzutreten, durch geschickte Taktik in den gesetzgebenden Körperschaften das Ueberwuchern der parteiegoistischen Umtriebe zu verhindern, das große Werk der Verfassungsreform, insbesondere den Ausbau des ständischen Gedankens und damit die Loslösung der wirtschaftlichen Fragen von Parteipolitik, fortzusetzen und so Oesterreich einer besseren Zukunft entgegenzuführen.

Gewiß ist dieser Weg hart und steinig, er muß aber beschritten werden, soll unser Vaterland nicht vollkommen durch Parteipolitik und Parteiegoismus zu Grunde gerichtet werden.

H. B.

Bilder der Gegenwart Unsere gute Sache.

Wir waren darauf gefaßt, daß das Erscheinen der „Gegenwart“ nicht überall freudig begrüßt werden konnte. Gibt es doch zu viele Leute, die sich mit der Gegenwart gar nicht abfinden können und ihr Heil darin erblicken, daß sie in den Bildern der Vergangenheit Oesterreichs Zukunft ersehen wollen.

So erhob sich denn ein Raunen und Rauschen im Blätterwald und Wiener Zeitungen, Provinzjournale, politische Parteiblätter aller Richtungen beschäftigten sich in eingehender Weise und nicht immer lebenswürdig mit den Zielen einer ihnen nicht genehmen „Gegenwart“, von der sie mit Recht befürchteten, daß sie in die Tagesgeschichte eingreifen würde.

An der Namensliste der Mitarbeiter war schwer etwas auszusetzen, da mußten eben Versandstelle und Druckerei herhalten und immer wieder tauchte die bange Frage auf: Wer steckt dahinter? Daß es eine überparteiliche Zeitschrift geben könne, die sich kein anderes Ziel vor Augen setzte als die Wahrheit ins Licht der Gegenwart zu rücken, war ihrem Horizont nicht faßbar. — Und doch hätten sie deutlich lesen können, was die „Gegenwart“ bezweckt. — Der Bundesminister a. D. Universitätsprofessor Dr. Josef Redlich hat unser Programm klar und scharfumrissen gekennzeichnet.

„Ein Zeichen dafür, daß trotz der Ungunst der Zeit Kräfte des Widerstandes sich regen, darf wohl in dem Erscheinen dieser Zeitschrift erblickt werden, die sich nicht scheut, ihren Namen dieser so traurigen und ungünstigen Gegenwart zu entleihen. Zweifellos ist dies die Absicht der Männer die sich in dieser Zeitschrift vereinigt haben um ihr Bestes dazu beizutragen, um den Weg zu finden, damit diese traurige österreichische Gegenwart in eine bessere österreichische Zukunft übergeleitet werde.“

Die härteste Preßfehde aber wurde durch unsere Mitteilung über die Mission, die Herr Arbeser bei seiner Vorsprache im Präsidium der Polizeidirektion zu haben vorgab, entfacht. Obwohl die „Gegenwart“ deutlich vorausschickte, daß sie zum Abdruck „autorisiert“ sei, glaubten Skeptiker zweifeln zu dürfen, die Zweifel verdichteten sich zum Vorwurf der Unwahrheit, ein Ehrenwort gab das andere, Herr Arbeser hatte keinen Auftrag, er hatte gar nichts gesagt, ganz besonders aber hatte er gewisse Redewendungen nicht gebraucht und zum Schluß war er an dem von der „Gegenwart“ festgestellten Datum überhaupt nicht in Wien gewesen!

Es war also sein Geist, oder die ganze Geschichte war von der „Gegenwart“ erfunden, um sie mit Pomp und Grandezza einzuführen. Die Klügeren unter den Zeitungsschreibern waren freilich vorsichtig. Sie meinten, man kenne sich nicht aus, die „Reichspost“ fragte, wer hatte recht? und die „Arbeiterzeitung“ meinte: Schober wird sich das doch nicht aus den Fingern gezutelt haben! Nur der „Panther“ sprang forsch und keck die „Gegenwart“ an und erklärte alles für Lüge. Warf dann unserer Zeitschrift gleich von allem Anbeginn den Zusammenhang mit Journalen vor, zu denen wir keine Beziehungen unterhalten, zu denen uns auch keinerlei Neigung hinzieht.

Wir waren natürlich darauf gefaßt, daß gewisse Heißsporne unsere Nachrichten zu verstellen, zu verdrehen oder abzuschwächen versuchen würden. Aber daß sie sich so totsicher in eine Blamage stürzen könnten, unsere autorisierte Mitteilung als Erfindung auszugeben, das konnten wir nicht voraussehen!

An anderer Stelle erfolgt die Abrechnung mit ihnen. Die heutige Nachricht der „Gegenwart“ bestätigt die Tatsache, die zwar gar keiner Bestätigung mehr bedurft hätte, die kühnsten Skeptiker aber von allen Zweifeln befreien wird. Also: Herr Arbeser war bei der Polizei, Herr Arbeser hat im Namen Starhembergs vorgeschrien und nur der Umstand, wie sich das dann die beiden Herren später miteinander ausmachten, wird ewig unklar bleiben. Für die „Gegenwart“ ist es uninteressant zu eruieren, wie weit Herr Arbeser ging, als er im Vollmachtenamen Starhembergs im Präsidium der Polizeidirektion vorsprach!

In elf Seiten seiner Druckschrift hat sich auch der Fackel-Kraus mit der „Gegenwart“ beschäftigt, und an dem Prozeß Schober-Starhemberg Kritik geübt. Von der „Gegenwart“ hat Herr Kraus nichts gelesen. Nur ein paar Schlussglossen hat er herausgehoben und zerpflückt. Die Beiträge des Universitätsprofessors Dr. Redlich, des Justizministers Dr. Schürff, des Universitätsprofessors Dr. Sperl, des früheren Nationalrates Dr. Drexel — zu gering waren sie seinem Grimm. Aber dafür hat er mit schier fast unfaßbarem Intellekt das gänzlich undurchsichtige Pseudonym Johann Sebastian Perger zu durchleuchten versucht. Ja, dem Mann konnte freilich nichts verborgen bleiben! Er hat unsere Zitate gerade gebügelt, hat Druckfehler ans Tageslicht gebracht und sein langjähriges Amt als Nachkorrektor auch der „Gegenwart“ zur Verfügung gestellt. Ein kleiner Irrtum ist Herrn Kraus bei der Erläuterung unseres Titelbildes widerfahren. Er erklärt, daß „so etwas wie ein treuer Eckhard den Stamm schützt und stützt“. In Wirklichkeit ist es aber Alberich, der neidische Zwerg, der die Wurzeln der deutschen Eiche zu untergraben sucht. So widerfuhr es, daß der Schwarz-Albe von einem Schwatz-Alben verkannt wurde.

Wiedereinmal erfaßt den Beistrich-Forscher heldisch Gelüst. Er steigt aus grünem Schilf die Leiter empor, bläht sich hoch auf und sein heiliger Zorn droht eine Welt in Trümmer zu schlagen. Jupiter tonans. Vor Jahrzehnten hat er seinen Feinden in den Wiener Zeitungen bis zur Selbstvernichtung seine Meinung gesagt, ist selbst vor Alfred Kerr in Berlin nicht zurückgeschreckt, einer, der sich in eine Löwenhaut genäht, im Spiegelbild besieht. Mutig tritt der Leu an die Stelle Starhembergs, dessen Bestrafung ihm unangemessen, dessen Vorwürfe ihm teilweise gerechtfertigt erscheinen. Er tritt für ihn auf den Plan, will einen Prozeß gegen Dr. Schober führen, mit einem Satz, die Heimwehr soll ihn nennen: Schützer von Brabant!

Aber damit ist es nichts. Auch aufgebläht reicht der Mann nur so hoch, daß er Stiefel bespucken kann. Für die „Gegenwart“ ist er Niederwild aus der Vergangenheit. Die Abrechnung mit ihm muß anderen vorbehalten bleiben. Wir erinnern an das Plakat, das in den Julitagen 1927 allgemeine Heiterkeit auslöste, als Herr Kraus klipp und klar verlangte, daß der Polizeipräsident Dr. Schober sein Amt niederlege. Am nächsten Tag erschien die

Affiche des Goldfüllfederkönig Winkler, der entgegengesetzter Meinung war. Er plakatierte nämlich: „Ich verlange, daß Sie Ihr Amt behalten!“

Die Herren mußten sich die Sache damals untereinander ausmachen und es fällt der „Gegenwart“ nicht im geringsten ein, den einen oder den anderen deshalb geringer zu schätzen. Unser Standpunkt ist: Seien wir froh, daß wir zwei solche Kerle haben!

Schwerer traf die „Gegenwart“ die hochnotpeinliche Untersuchung, die eine mittägliche Zeitung mit ihr anstellte. Gleich in der ersten Zeile war die Frage zu lesen: „Wer sind die Geldgeber?“

Ist es nicht ein bißchen unvorsichtig, in einer Zeit, da sich der Großteil der ehrenhaften Presse entrüstet gegen die „Geldnehmer“ wendet, die zu Leichenfledderern am Staate wurden, die Frage nach den „Geldgebern“ an hervorragende Stelle zu setzen?

Muß denn in einer Zeitung immer alles für Geld zu haben sein?

Immerhin, die Frage muß beantwortet werden, denn sonst könnte der Leser meinen, die „Gegenwart“ beziehe ihre Fonds aus Steuergeldern, oder sie werde von einer Partei dotiert, oder habe sich gar an zugrunde gegangenen Banken, die nun der Staat erhalten muß, gemästet. Es bleibt uns daher nichts anderes übrig, als das Redaktionsgeheimnis zu lüften. Die Autoren Johann Sebastian Perger, Universitätsprofessor Dr. Josef Redlich, Minister Dr. Schürff, Universitätsprofessor Dr. Sperl und der Vorstand des Bundesamtes für Statistik, Hofrat Dr. Drexel, haben für ihre Mitarbeit weder einen Heller verlangt, noch erhalten. Zum gleichen Tarif arbeiteten der Künstler, der die Titelseite schuf und die gesamte Schriftleitung. Bezahlt wurden nur Druck und Versand. Da auch kein fremder Staat die „Gegenwart“ beauftragt hat, ihr in Wien journalistische Helfersdienste zu leisten, sind uns keine Geldgeber irgendwelcher Art bekannt. Es scheint also doch noch Leute zu geben, die bei der Gründung einer Zeitung an nichts anderes denken, als an den idealen Zweck, der jeder Zeitschrift vorschweben sollte: Der Gegenwart uneigennützig Dienste zu leisten!

Es ist uns aber vollkommen begräulich, daß der, um die mittägliche Stunde erscheinenden neugierigen Fragerin diese Antwort vollkommen unbegreiflich erscheinen wird!

Die Schriftleitung der „Gegenwart“.

Eigentümer, Verleger und Herausgeber: Gustav Schuster, Wien, I., Liliengasse 1 — Für den Inhalt verantwortlich: Dr. Friedrich Wondré, Wien, XVIII., Messerschmiedgasse 28
Druck: Karl Nakladal, Wien, I., Universitätsstraße 7



V. B. B.

zu eigen, soweit sie nicht wirklich rein formaler Natur sind."

Sie schreiben: "Er will einen Prozess gegen Dr.Schober führen...." Es ist unwahr, dass Karl Kraus einen Prozess gegen Dr.Schober führen will; wahr ist im Gegenteil, dass Karl Kraus in seiner Rede und seinem Artikel deutlich zum Ausdruck gebracht hat, er wolle Dr. Schober veranlassen, einen Prozess gegen Karl Kraus zu führen.

Sie schreiben: "Wir erinnern an das Plakat, das in den Julitagen 1927 allgemeine Heiterkeit auslöste, als Herr Kraus klipp und klar verlangte, dass der Polizeipräsident Dr.Schober sein Amt niederlege." Es ist unwahr, dass das Plakat, in welchem Karl Kraus Dr.Schober aufforderte, abzutreten, in den Julitagen erschienen ist; wahr ist, dass dieses Plakat vom 17. bis 19.September 1927 affiziert war.



Rekommandiert mit Rückschein.

Betr.Kraus-Die Gegenwart
exp.3d.12.1931.

DR. OSKAR SAMEK
RECHTSANWALT
Wien, I. Schottenring 14
Postsparkassen-Konto: 189.055
Telephon Nr. U 28-2-62

Wien, am 30. Dezember 1931.

Dr. S/Fa.

Betrifft: Kraus-Die Gegenwart.

An den

verantwortlichen Redakteur der Zeitschrift
"Die Gegenwart" Herrn Dr. Friedrich Wondré

W i e n XVIII.,
Messerschmiedgasse 23.

Im Vollmachtsnamen des Herrn Karl K r a u s
verlange ich die Aufnahme der Berichtigung der in Ihrer Nummer
2 vom 28. Dezember 1931 mitgeteilten meinen Mandanten betreffen-
den unwahren Tatsachen gemäss § 23 des Pressgesetzes.

Unter dem Titel "Bilder der Gegenwart"
"Unsere gute Sache". schreiben Sie: "Vor Jahrzehnten hat er
(Karl Kraus) seinen Feinden in den Wiener Zeitungen bis zur
Selbstvernichtung seine Meinung gesagt, ist selbst vor Alfred
Kerr in Berlin nicht zurückgeschreckt,"

Es ist unwahr, dass Karl Kraus vor Jahrzehn-
ten seinen Feinden in den Wiener Zeitungen seine Meinung ge-
sagt und selbst vor Alfred Kerr in Berlin nicht zurückge-
schreckt ist. Wahr ist, dass Karl Kraus seit Jahrzehnten und
auch heute noch den Wiener Zeitungen als solchen seine Meinung
gesagt hat und sagt; wahr ist, dass die Angriffe gegen Alfred
Kerr vom Jahre 1911 angefangen bis heute erfolgt sind.

Sie schreiben: ".... tritt an die Stelle
Starhembergs, dessen Vorwürfe ihm teilweise gerechtfertigt
erscheinen." Diese Behauptung ist unwahr. Wahr ist, dass
Karl Kraus gesagt hat, er mache "sich die Anwürfe Starhembergs

zu eigen, soweit sie nicht wirklich rein formaler Natur sind."

Sie schreiben: "Er will einen Prozess gegen Dr.Schober führen...." Es ist unwahr, dass Karl Kraus einen Prozess gegen Dr.Schober führen will; wahr ist im Gegenteil, dass Karl Kraus in seiner Rede und seinem Artikel deutlich zum Ausdruck gebracht hat, er wolle Dr. Schober veranlassen, einen Prozess gegen Karl Kraus zu führen.

Sie schreiben: "Wir erinnern an das Plakat, das in den Julitagen 1927 allgemeine Heiterkeit auslöste, als Herr Kraus klipp und klar verlangte, dass der Polizeipräsident Dr.Schober sein Amt niederlege." Es ist unwahr, dass das Plakat, in welchem Karl Kraus Dr.Schober aufforderte, abzutreten, in den Julitagen erschienen ist; wahr ist, dass dieses Plakat vom 17. bis 19.September 1927 affiziert war.



Rekommandiert mit Rückschein.

147953

Nr. 1.

Wien, 28. Jänner 1932.

2. Jahrgang. Seite 14



Schriftleitung und Verwaltung: Wien, 1. Bez., Liliengasse 1, Fernsprecher R 25-308

Preis 20 Groschen.

Klaus-Gegenwart



Inhalts - Verzeichnis.

Vizekanzler Dr. **Schober**, Nur Wirtschafts-
politik kann helfen!

Johann Seb. **Pergler**, Entwaffnung.

Maria L. **Klausberger**, Bürgerliche Inventur.

Ing. Bruno **Enderes**, Gefahren für die
Bundesbahnen

Kammerrat Hermann **Kandl**, Europa und
der Weg der Vernunft.

Ing. Hofrat August **Neuhuber**, Die Frage
der Zollunion. (Gärung und Klärung.)

Fr. R. Vom Wiener Lied.

Bilder der Gegenwart. Unsere gute Sache.
— Was will Wotan? — Wer hat da
herumgetrampelt? — Sonderbare Ge-
schäfte.

Nur Wirtschaftspolitik kann helfen!

Von Vizekanzler Dr. Schober.

Die kommenden Wahlen in Deutschland (Reichspräsidentenwahl und Wahlen zum preussischen Landtag) und Frankreich (Kammerwahlen im April 1932) werfen ihre Schatten in der großen Politik und verhüllen die ohnehin düstere Situation Europas noch mehr als es für die so trübe Gegenwart erträglich ist.

Auch wir in Oesterreich haben politische Wahlen vor uns: Gemeindevahl in Wien, zugleich Landtagswahl, Landtagswahlen in Niederösterreich und Salzburg. Ich besorge sehr, daß auch diese Wahlen wieder wie ein Schleier wirken und den klaren Blick für die Notwendigkeiten der Stunde ebenso verdunkeln werden, wie sie den politischen Führern den Mut nehmen, entschlossen den vielleicht doch als notwendig erkannten Weg zu gehen. Nun wäre nichts verfehlter, als neuerlich Parteirücksichten zu folgen, statt zu erkennen, daß nur die wirtschaftliche Not den Weg weisen darf.

Gegenüber der Weltkrise, die selbst Nord- und Südamerika nicht verschont hat, gegenüber der Not Europas, insbesondere aber gegenüber der Fieberkrankheit, die den Wirtschaftskörper Oesterreichs durchrüttelt, müssen die Parteiinteressen schweigen, die Parteistimmen verstummen und nur die Vereinigung aller, die guten Willens sind, die wirtschaftlichen Gebote der Zeit zu befolgen, kann Abhilfe bringen. Was Parteidoktrinen bisher als unabänderlich geboten vorgeschrieben haben, muß der klaren Erkenntnis, daß man damit nicht Wirtschaft treiben kann, zum Opfer gebracht werden. Die Wirtschaft allein darf heutzutage über Zeit und Raum verfügen, die Wirtschaft allein und ihre Gesetze dürfen in Bund, Land und Gemeinde maßgebend sein.

Die politischen Parteien mögen ihre Programme wenigstens einige Zeit zurückstellen und in letzter Stunde vor dem sonst unvermeidlichen Zugrundegehen gemeinsam arbeiten für Volk und Vaterland. Es muß sein und wird gehen!

Entwaffnung.

Von Johann Seb. Pörgger.

Die am 12. Jänner 1932 im Ottakringer Arbeiterheime in Wien durchgeführte Hausdurchsuchung hatte ein Ergebnis, das allseitig die Gemüter neuerlich erregt hat. Die Rechtsstehenden entrüsteten sich darüber, daß die Sozialdemokraten über Gewehre und Maschinengewehre, über Gas und Sprengstoffe verfügen, die Sozialdemokraten wieder waren erbost, daß die böse Polizei ihnen diese gefährlichen Spielereien weggenommen hat.

Genau so wie nach dem 13. September 1931! Die Sozialdemokraten waren über den noch dazu zur Schau getragenen Waffenbesitz der Heimwehr empört, die Heimwehren wiesen wütend die Zumutung zurück, daß ihnen etwa die in ihrem Besitze befindlichen Waffen abgenommen würden.

Die in Betracht kommenden Interessentengruppen unserer Bevölkerung zeigen eine Mentalität, die nicht mehr normal genannt werden kann. Jeder nimmt für sich Rechte in Anspruch, die er dem Gegner verweigert. Die Behörde, die das Gesetz wahrt und ihre Pflicht erfüllt, hat mindestens bei dem Unrecht, der Objekt ihres Einschreitens ist, wobei sich noch immer der Gegner mindestens darüber beklagt, daß die Behörde zu zaghaft und zu schonend vorgeht.

Nun haben beide Vorkommnisse, der Putschversuch vom 13. September 1931 ebenso wie die Waffenbeschlagnahme vom 12. Jänner 1932, gezeigt, von welchen Gefahren unser Staat bedroht ist, wie jeden Moment ein Pulverfaß in die Luft fliegen kann und die Mühe und Plage von Wochen und Monaten in nichts zerfließen, namenloses Elend über unsere ganze Bevölkerung kommen kann, Staatskredit und Währung ständig dem Ruine preisgegeben sind.

Warum?

Weil dieser unsere ganze Wirtschaft mit tödlicher Vernichtung bedrohende Zustand der bewaffneten Organisationen rechts und links nicht endlich beseitigt wird.

Nach dem 13. September 1931 riefen die Sozialdemokraten laut nach der Entwaffnung der Heimwehr. Nach dem 12. Jänner 1932 verlangte die Gegenseite die Entwaffnung des Schutzbundes.

Wenn nach dem 13. September die Sozialdemokraten unter Hinweis auf ihre Friedfertigkeit eine Ungerechtigkeit darin erblicken wollten, daß ihre Organisation zugleich mit der Heimwehr, die doch den Putsch gemacht hat, entwaffnet und aufgelöst würde, so gibt die letzte Waffenbeschlagnahme im Ottakringer Arbeiterheime doch endlich Anlaß, den gesetzwidrigen Zustand auf beiden Seiten zu beseitigen und endlich dem Grundsatz Geltung zu verschaffen, der die Grundlage jedes Rechtsstaates und jeder Ordnung ist, daß Waffen nur die legalen Organisationen des Staates besitzen dürfen, jeder aber Rechtsbrecher ist, der ohne Erlaubnis des Staates Waffen trägt oder auch nur besitzt.

Nun wird neuerlich in den Blättern ein Entwaffnungsgesetz verlangt.

Wozu? Das Waffenpatent, das nun seit 1. Januar 1853 in Kraft steht (kais. Patent vom 24. Oktober 1852, RGBl. 223), regelt noch immer in ausreichender Weise die Befugnis zum Tragen von Waffen und enthält auch Bestimmungen über den Besitz von Waffen; die im Jahre 1930 durch den damaligen Bundeskanzler erfolgte Novellierung legt es vollkommen in die Hand des Bundeskanzlers, zeitlich und örtlich, persönlich oder allgemein auch die Befugnis selbst zum Besitze von Waffen Beschränkungen zu unterwerfen oder sie ganz aufzuheben.

Das Gesetz vom 17. Juni 1930, BGBl. 178, kundgemacht am 25. Juni 1930, verfügt:

§ 42.

1. Wenn es die öffentliche Sicherheit erfordert, können auf Anordnung des Bundeskanzlers die in

Anwendung dieses Patentes zugestandenem Befugnisse zum Besitz und Tragen von Waffen und Munitionsgegenständen nach Maßgabe der erkannten Notwendigkeit zeitweilig und unter Umständen auch nur für bestimmte Orte oder Personen Beschränkungen unterworfen oder ganz eingestellt werden.

2. Bei Gefahr im Verzug können außerhalb des örtlichen Wirkungsbereiches von Bundespolizeibehörden auch auf Anordnung des Landeshauptmannes die im Absatz 1 vorgesehenen Verfügungen getroffen werden.

3. Uebertretungen der erlassenen Anordnungen werden von den Gerichten nebst dem Verfall der Waffen oder Munitionsgegenstände mit einer Geldstrafe bis zu 2500 S oder Arrest von drei Tagen bis zu drei Monaten bestraft.

Das Kriegsgerätegesetz vom 17. Januar 1928, BGBl. Nr. 27, verbietet im § 2 die **Aufbewahrung** von Kriegsgerät (dazu gehören laut § 3 des Gesetzes u. a. Gewehre, Stutzen, Karabiner, und zwar aller Modelle, Handgranaten, Gewehr- und Wurfgranaten, Bajonette, Säbel, Stahlhelme, Schanzzeug, Stacheldraht etc.).

Im § 9 desselben Gesetzes werden für die Uebertretung dieser Vorschriften Strafen bis zu sechs Monaten Arrest und bis zu 10.000 S Geldstrafe angedroht.

Wozu brauchen wir noch neue Gesetze? Handeln müssen Regierung und Behörden, die bestehenden Gesetze beobachten und handhaben, nicht neue Gesetze fabrizieren.

Je rascher die Regierung und die Behörden handeln, je energischer sie ihre Pflicht tun, desto größer wird der Erfolg im In- und Auslande sein.

Bürgerliche Inventur.

Von Maria S. Klausberger.

Die bürgerliche Politik in Oesterreich hat im letzten Jahrzehnt die Ueberwindung des nachrevolutionären Kräfteverhältnisses angestrebt, weil Volk und Staat im revolutionären Dauerzustand nicht leben können. Der bürgerliche Ordnungswille als tragender politischer Gedanke, stößt dabei auf ein entscheidendes Element der geistig-politischen Lage: Auf jene Massen, die von der neuen Zeit vor allem mehr Geltung, mehr Macht und soziales Recht, höheres Einkommen verlangen, und jeder Stärkung der Staatsautorität und Stabilisierung der Wirtschaft und der Rechtsordnung widerstreben in der Furcht, einen Bruch der ihnen günstigen Entwicklungslinie zu ermöglichen. Die bürgerliche Politik und der bürgerliche Mensch, die ihre Grundlage im bürgerlichen Ordnungs- und Rechtsstaat und der Geltung allgemein anerkannter Lebenswerte hatte, bleibt in ihrem Kampf wirkungslos — die in ihrer Zusammensetzung anonymen, schlecht organisierten und schlecht funktionierenden bürgerlichen Parteien und ihre Presse erweisen sich zu schwach gegenüber dem Machtwillen und den Massenlaunen der gutorganisierten sozialdemokratischen Massen, die technisch-organisatorisch als Partei vollkommen unterbaut ist, von den Gewerkschaften bis zu den Kindergruppen und Jugendorganisationen. Diese Massenpartei hat sich auch die ihr gemäße Presse und Sprache geschaffen, ihr Pathos, ihre Technik und ihre eigene Psychologie.

Zu diesem Beispiel das Gegenbeispiel: keine

einzig der bürgerlichen Parteien mit ihren zusammen 93 Mandaten im Nationalrat und 58.39% der Stimmen der Wähler hat auch nur 10.000 eingeschriebene Mitglieder oder eine annähernd reichgegliederte Organisation. Ihr finanzieller Aufbau ist Zufallprodukt. Die nach außenhin oft so turbulente Massenpartei hält in ihren Kadern strenge Disziplin, ist durch sie finanziell gesichert und bleibt in ständiger Bewegung, auch außerhalb der Wahlzeiten. Das Bekenntnis zur Partei gehört zum politischen Ethos ihrer Anhänger. Der bürgerliche Mensch und Wähler dagegen betont selbstgefällig sein persönliches, abgeschlossenes Selbstsein, seine Distanz zur Parteipolitik, er verleugnet den Führer, alles, weil er immer noch glaubt, sein Dasein unabhängig vom Gesamttablauf der Dinge, der heute so unverkennbar dem politischen Mechanismus unterliegt, gestalten zu können.

Diese falsche Ausgangsstellung der bürgerlichen Menschen wird zum Schicksal der bürgerlichen Politik. Die Sozialdemokratie als Massenpartei hat das Verständnis ihres Anhanges dafür geweckt, daß die unabsehbaren Folgen der technischen Entwicklung mit ihren Wirkungen auf die Wirtschaft, auch neue politisch-soziale-rechtliche Ordnungen bringen müssen, daß alles Geschehen zwangsläufig die Frage auslösen muß: Was bringt es der Masse? Sie hat damit in den Rhythmus der Zeit sich geistig eingesenkt, konnte den Sozialismus zur Religion erheben, in den neuen Staat eine umfassende Massenfürsorge einbauen und ein sinnlich-gegenwärtiges Ganze ihrer Macht organisieren, das in der österreichischen Verfassung die von ihr stammende Formel gefunden hat: „Alle Macht geht vom Volke aus“. Der einstmalige „Prolet“ ist durch die Schule der Massenbürgerschaft gegangen, die faszinierende Idee der Gleichheit hat ihn gehoben und eine Summe von politischen Masseneigenschaften ergeben, die den Führern ermöglicht, ihre Anhängerschaft so zu führen, daß sie selbst zu führen meint und im Wahn lebt, frei zu sein. Diesen geweckten und beflügelten Kräften steht der einstmalige „Bürger“ mit Ressentiment gegenüber, er hat bisher nur erfaßt, daß seine geschichtliche Ordnung dahin ist, daß die Herrschaft der kleinen Zahl der Auserwählten ein Ende hat, er mißbilligt das neue Staatswerden und versagt sich dem Mitschwingen und Einfühlen in die neue innere Architektur, weil er nicht vergessen kann, daß Vorrechte verlorengegangen sind, um das Erdreich für ein neues Recht zu bereiten.

Hinter den erstarrten alten bürgerlichen Fronten wächst nun eine neue Jugend heran, die gar nicht mehr denken gelernt hat in den früheren bürgerlichen Kategorien. Sie muß vieles nicht erst überwinden, das der altösterreichische Bürger noch immer nicht von seinem geistigen Wesen abgestreift hat. Sie sieht die Erstarrung und stürmt darüber hinaus, sie verleugnet die Gegenwart und läßt sich von Gauklern in den Narrenturm eines in den luftleeren Raum der Zukunft gebauten Reiches führen. Es ist an der Zeit, den Anschluß zwischen unserer Gegenwart und dem Willen unserer Jugend auch im Bereich der bürgerlichen Lebensordnung und Weltanschauung herzustellen. Der bürgerliche Mensch, der verdrossen auf verlorene Werte, auf die Gefährdung seiner wirtschaftlichen Existenz, auf die Verschiebung der Machtverhältnisse blickt und sich isoliert, schließt sich aus von der Spannung und Wirklichkeit des

heutigen politischen Geschehens, von der Mitwisserschaft am politischen Leben, Wollen und Werden und verliert damit die sinnvolle Beziehung zu allem Geschehen. Er raunzt statt zu kämpfen, er verfällt, wenn er Politik machen will, in eine überwundene Ideologie, er will zurück zur alten Bürgerherrlichkeit und versinkt deshalb in die geistig-kulturelle Barbarei der bürgerlichen Klassenpartei. Damit gibt er politisch-taktisch eine außerordentlich bedeutsame Schlüsselstellung preis: er überläßt es dem sozialdemokratischen Gegner im Namen des „Volkes“ zu sprechen, als Kämpfer um allgemeines Recht, um zeitgemäßen Fortschritt aufzutreten, und wird in die Defensive gedrängt, wo er in den Fluß der Dinge einzutreten hätte, um darzutun, daß bürgerliche Politik nicht nur Vorrechte waren heißt, sondern erhalten und weiterführen was die beredteste Sprache bürgerlichen Seins, Geist und Kultur, an Werten geschaffen haben, und die Atmosphäre für geistig-kulturelles Schaffen weiterhin zu sichern.

Unseren bürgerlichen Menschen fehlt, wenn wir die Bilanz aus dem Gesagten ziehen, eines: das geistige Situationsbewußtsein der Zeit. Ein Beispiel aus unserer politischen Gegenwart: im November 1930, bedroht vom Faschismus und Bürgerkrieg, haben bürgerliche Männer und Frauen den damaligen Polizeipräsidenten Hans Schöber an die Spitze ihres Wahlblockes gestellt. Sie haben den Mann, den sie in Notzeiten als Retter des Staates gefeiert haben, veranlaßt, den Bruch mit seiner Lebenslinie zu vollziehen und in die Politik einzutreten. Von seiner Seite war der Pakt klar: er ist dem Rufe gefolgt, um seinem Lande auch in dieser neuen Funktion zu dienen, er wollte zwischen Faschismus und Sozialismus eine staatsbürgerliche nationale Mitte sichern, die nicht Interessentengruppe ist, sondern staatsbürgerliche Ideengemeinschaft im Dienste des allgemeinen Besten. Als Repräsentant dieser Idee, nicht als Parteimann, ist er in das Parlament eingezogen. Seine kleine Gruppe im heutigen Nationalrat unterliegt naturgemäß den Gesetzen der politischen Physik; sie könnte stärker sein, als sie ist, wenn ihr außerhalb des Parlaments eine starke bürgerliche Gemeinschaft Echo und Antrieb gäbe, um in der Luft sich rasch wandelnder Zustände mit den Zeitströmungen und Kräften in Verbindung zu bleiben und ihr Wortführer zu sein. Aber unsere Bürger haben gewählt und sich seither wieder in die Vereinzelnung geflüchtet, sie fürchten öffentlich einbekannte Gemeinschaft als Verpflichtung zum Herdenschritt. Bindung an die Fahne und Persönlichkeit des Führers kennt der bürgerlich-nationale Wähler als Verpflichtung nicht; er horcht entsetzt auf den vorlauten Tumult der ewigen Revolutionäre innerhalb der Staatswirklichkeit und klagt, daß wir keine Führer haben. Führer können aber nur wachsen und ihre Funktion erfüllen, wo seelisch-geistige Haltung für sie den Boden bereitet. Politik kann nur wirksam werden, wenn sie getragen wird von einem geschichtlichen Bewußtsein des Ganzen. Diese Bereitschaft zu formulieren, dieser Einsicht Ausdrucksformen zu schaffen in lebendigen Organisationen, in tätiger Treue zum Führer — das zu lernen und zu können ist die politische Aufgabe des bürgerlichen Menschen. Sein Noch-Nichtvorhandensein festzustellen und zum Notwendigen zu mahnen, ist der Sinn dieser „Inventur“.

Gefahren für die Bundesbahnen.

Von Jug. Bruno Enderes.

In dem reichen Strauß von Dornen ohne Rosen, den wir Oesterreicher in wehmütiger Erinnerung an 1931 bewahren dürfen, ist eines der bösesten Stücke die schlimme Lage der Bundesbahnen. Die bisherigen Versuche, dieses kranke Unternehmen zu heilen, haben gewisse Besserungen bewirkt, aber sie haben es nicht vermocht, einen endgültigen Erfolg herbeizuführen. Wenn es auch vorübergehend gelang, Jahresrechnungen und Bilanzen aufzustellen, die die Herstellung des Gleichgewichtes im Haushalte der Bundesbahnen erhoffen ließen, so war dies doch nur mit Hilfe von bedenklichen Mitteln möglich, wie z. B. der Zurückstellung lebenswichtiger Erneuerungs- und Erhaltungsarbeiten oder deren Verrechnung zu Lasten von Anleihegeldern. Tatsächlich haben die Bundesbahnen bisher in keinem einzigen Jahr ihre Gesamtausgaben durch ihre eigenen Einnahmen decken können. Oesterreich konnte allerdings bisher den Bundesbahnen über diese Verluste hinweghelfen, weil ihm noch immer staatswirtschaftlich und privatwirtschaftlich gewisse Reserven zur Verfügung standen. Da seit dem Jahre 1918 diese Reserven fortschreitend vermindert, ja wahrscheinlich ganz aufgezehrt worden sind, ist die Notlage der Bundesbahnen jetzt viel gefährlicher als 1918 oder 1923.

Bei dieser Erörterung will ich die beliebte Frage nach den „Schuldigen“ ganz aus dem Spiele lassen. Vor allem deswegen, weil sich in solchen Dingen begreiflicher und verzeihlicher Irrtum einerseits und Verschulden andererseits oft kaum einwandfrei trennen lassen; ferner, weil wir über jene Zeiten hinaus sein sollten, in denen Herrscher oder Republiken ihre unglücklichen Feldherren köpfen ließen; schließlich, weil wir in letzter Zeit allzu oft gesehen haben, daß Mächtige ihre „culpa in eligendo“ dadurch zu verschleiern suchten, daß sie „Akten der Staatsanwaltschaft übergaben“, trotzdem jeder Unbefangene genau voraussah, daß die Staatsanwaltschaft diese Akten mit verbindlichstem Dank für die unnütz veranlaßte Mühe und dem höflichen Bemerkens zurückstellen werde, daß sie keine Ursache finde usw. Immerhin war dabei soviel Zeit vergangen, daß die betreffenden Wahlen vorüber waren. Dieses „Zündeln“ ist gefährlich; denn es nimmt Leuten, die vielleicht Gutes leisten könnten, die Lust, sich in den Dienst eines Staates zu stellen, der ihnen im günstigsten Fall einen Orden verleiht, sie im ungünstigen Fall aber von Presse und Berufspolitikern durch die Gasse ziehen läßt, ja mit Hilfe mysteriöser amtlicher Nachrichten dazu selbst den Anstoß gibt.

Wenn ich von „Gefahren für die Bundesbahnen“ spreche, so soll das nicht etwa bedeuten, daß ich die Bundesbahnen als Selbstzweck betrachte. Es ist in den letzten Jahren alles Ernstes die Frage erörtert worden, ob das Interesse der Bahnen oder das des Bundes den Vorzug habe. Das zeugt von wirtschaftlich völlig verfehltem Denken; denn ein Interesse der Bundesbahnen, das dem Interesse des Bundes entgegenstände, kann es überhaupt nicht geben. Eine Gefahr für die Bundesbahnen ist zugleich eine Gefahr für den Bund, weil sie denjenigen Teil seines Vermögens bedroht, in dem weitaus das größte Kapital steckt, und das ein höchwichtiges Werkzeug der Wirtschaftspolitik des Bundes ist,

daher auch immer vollkommen brauchbar erhalten werden muß.

Aus den Verhandlungen des Nationalrates über den Bundesvoranschlag für 1932, über die Bemühungen der Regierung um Kredite usw., weiß man, daß die Aussichten auf den Geschäftserfolg der Bundesbahnen im Jahre 1932 äußerst trüb sind, daß den verschiedensten Kreisen schwere Opfer auferlegt werden müssen, um diesen Geschäftserfolg zu bessern und daß der Bund unter unwiderstehlichem Zwang äußeren Druckes die Gewähr dafür übernommen hat, daß die Bundesbahnen ohne Bundeszuschuß ihren Haushalt ins Gleichgewicht bringen.

In einem solchen Augenblick ist nichts verderblicher als Vogel-Strauß-Politik. Unterschätzung einer so ungeheuer schweren Aufgabe ist fast gleichbedeutend mit dem Scheitern ihrer Lösung. Wir müssen den Mut aufbringen, die Dinge unerbittlich genau zu untersuchen und uns das Ergebnis aufrichtig einzugestehen.

Noch nie seit 1923 war es für die Bundesbahnen so schwierig wie heute, auf jeden Bundeszuschuß zu verzichten. Seit einigen Jahren sinkt die Dichte des Verkehrs mit wachsender Geschwindigkeit. Im Jahre 1931 hat sich die Weltkrise auch in Ländern, deren Widerstandskraft viel größer ist als die unseres unnatürlich aufgebauten Staatswesens mit seinem viel zu engen Wirtschaftsgebiet, mit einer Schärfe fühlbar gemacht, die man vor einem Jahre nicht für möglich gehalten hätte, und sie hat sich sowohl dort wie in den wirtschaftlich schon lange kranken Ländern mit unheimlicher Schnelligkeit weiter verschärft. Die Annahme, daß wir auf dem seit Jahren allmonatlich vorausgesagten Tiefpunkt wirklich angekommen sind und in absehbarer Zeit den Beginn eines Aufstieges erhoffen können, ist vorläufig durch nichts erwiesen. Bei der Aufstellung der Voranschläge des Bundes und der Bundesbahnen hat man sich ersichtlich bemüht, den trüben Aussichten für 1932 gerecht zu werden. Aber jeder, der an solchen Arbeiten mitgewirkt hat, weiß, wie schwer es ist, außer Rand und Band geratenen Verhältnissen vorausschauend zahlenmäßig Rechnung zu tragen und welche Versuchung in der optimistischen Annahme liegt: „Gar so arg wird es ja doch nicht werden!“ Wir wissen aber jetzt schon nach einigen Wochen, daß es ja „gar so arg wird“.

Man hat zur Herstellung des Gleichgewichtes im Haushalte der Bundesbahnen auch eine unabsehbare Reihe von Einzelmaßnahmen zur Einschränkung der Ausgaben ins Auge gefaßt. Es war nicht möglich, diese Maßnahmen im ganzen Umfange durchzubringen; die Ersparnisse in der Personalwirtschaft werden um ein Dutzend Millionen hinter denjenigen zurückbleiben, die die Verwaltung der Bundesbahnen für notwendig gehalten hat. Somit ist in den Voranschlag der Bundesbahnen schon ein Loch gerissen worden. Dieses soll durch weitere Ersparungen bei den Sachausgaben verstopft werden. Wären das unnötige Ausgaben, so hätte die Verwaltung ihren Wegfall sicherlich schon in ihren Entwurf eingesetzt. Wir haben gehört, daß man nun an die Rückstellung von Erneuerungs- und Erhaltungsarbeiten denkt. Eine solche Zurückstellung ist aber überhaupt keine Ersparung; sie belastet die Zukunft wie eine Anleihe, wobei man nicht einmal etwas von deren Verzinsung erspart, weil die Aufschiebung nötiger

Erhaltungs- und Erneuerungsarbeiten erstens diese selbst verteuert und zweitens Betriebserschwernisse nach sich zieht, die sich zahlenmäßiger Vorherberechnung entziehen, aber sicherlich rasch ansteigend umso kostspieliger werden, je länger der Aufschub dauert. Und auf der Einnahmeseite? Wird man durch Tariferhöhungen bei der heutigen Lage der Wirtschaft die Einnahmen erheblich steigern können?

Zur völligen Sanierung der Bundesbahnen ist es erforderlich, daß ihre sämtlichen Ausgaben durch ihre eigenen Einnahmen ohne Zuschüsse aus Steuergeldern gedeckt werden. Es ist ungewiß, ob dieses Ziel 1923 erreichbar war; denn die schlechte Lage der Bundesbahnen ist zum Teil auf Ursachen zurückzuführen, die unabhängig von der wirtschaftlichen Weltkrise und von der mit ihr zusammenhängenden österreichischen Sonderkrise in hohem Maß auch dann wirksam geworden wären, wenn es keinen Weltkrieg gegeben hätte. Derselbe technische Fortschritt, der seinerzeit die Eisenbahnen geschaffen und ihnen den Sieg im Wettbewerb mit den älteren Verkehrsmitteln gebracht hat, machte seit etwa 1900 die in ihrem Wesen begründeten Schwächen der Eisenbahn fühlbar; die Bindung der Fahrzeuge an das Gleis, die Notwendigkeit, mit jeder Verkehrshandlung große Massen an Gütern und viele Reisende auf einmal zu befördern und sie nur an bestimmten Stationen aufzunehmen und abzusetzen, also starke räumliche und zeitliche Einschränkung der Beförderungsmöglichkeiten. Der technische Fortschritt machte dies alles deutlich sichtbar, als er in Kraftwagen und Luftfahrzeugen neue Verkehrsmittel schuf, die in gewissen Beziehungen der Eisenbahn überlegen sind. Die Eisenbahnen, die fast ein Jahrhundert lang im Wettkampf der Verkehrsmittel untereinander als Angreifer und Eroberer aufgetreten waren, wurden ziemlich plötzlich in die Stellung des Verteidigers gedrängt. Selbst wenn die Steigerung der Gütererzeugung dasselbe Schrittmäß wie vor dem Kriege bis heute eingehalten hätte, wären die Eisenbahnen — auch ohne Weltkrieg — nicht mehr in der Lage gewesen, diese Steigerung voll mitzugenießen, da ein fortwährend zunehmender Teil nicht nur des neu zuwachsenden, sondern auch ihres angestammten Verkehrs auf die neuen Verkehrsmittel übergehen mußte.

Seit einem Jahrhundert hatte sich ferner der Geschäftsbetrieb der Eisenbahnen der Tatsache angepaßt, daß ihre Leistungen regelmäßig im Durchschnitt jährlich um etwa 4 bis 5% anstiegen und war unelastisch geworden. Seit dem Beginn dieses neuen Wettbewerbes leiden die Eisenbahnen stark darunter, daß ihnen ihre frühere Monopolstellung neben vielen Begünstigungen auch schwere Lasten aufgebürdet hatte, wie Beförderungspflicht, Tarif- und Tarifveröffentlichungszwang, Haftpflichtverschärfungen usw.; Lasten, die ihre Wettbewerber — Schifffahrt, Kraftwagen, Luftfahrt — teils gar nicht, teils in geringerem Maße zu tragen haben. Auch wenn das Unmögliche geschähe und sich ein Wirtschaftsaufschwung von ungeahnter Kraft einstellte, könnten die Eisenbahnen daran nur in beschränktem Ausmaß teilnehmen. Ja, gerade, wenn dieser Aufschwung sehr kräftig wäre, müßte sich besonders kraft zeigen, daß der Geschäftsbetrieb der Eisenbahnen im Vergleich zu dem der Industrie viel zu wenig elastisch ist, da er sich noch immer in den Formen bewegt, die sich seit einem Jahrhundert

gemäß der stetigen Verkehrssteigerung von jährlich 4 bis 5% herausgebildet haben.

Eine völlige Sanierung der Bundesbahnen ist selbst in einer Zeit starken wirtschaftlichen Aufschwunges nur möglich, wenn man gewisse alt-eingelebte Anschauungen und Formen ändert und den heutigen Voraussetzungen anpaßt.

Wir sprechen von „Volkswirtschaft“ und schreiben darüber Schiffslasten gelehrter Bücher. Aber wir unterlassen es in der Praxis, die einfachsten Schlussfolgerungen aus klar zu Tage liegenden Voraussetzungen zu ziehen. Wir vernachlässigen z. B. die Tatsache, daß die planmäßige Pflege der Wirtschaft auch die planmäßige Pflege des Verkehrs in sich schließen muß. In vielen Ländern — auch in Oesterreich — fördert die amtliche Verkehrspolitik Entstehung und Bestand verschiedener Arten von Verkehrsmitteln, ohne sich im geringsten darum zu kümmern, daß diese Verkehrsmittel sich dann untereinander bekämpfen und durch diesen Kampf die Wirkung der staatlichen Förderung teilweise oder ganz wieder aufheben.

Eine vernünftige und wirksame Verkehrspolitik muß bei jeder Förderung eines Verkehrsmittels alle Rückwirkungen in Betracht ziehen, die diese Maßnahmen auf alle anderen Verkehrsmittel ausüben können. Sonst wird einfach Geld hinausgeworfen. Ich habe schon vor Jahren auf die Notwendigkeit hingewiesen,^{*)} die staatliche, dem Verkehrswesen dienende Investitionstätigkeit in ein System zu bringen, das die vollzogenen und die mit Sicherheit vorhersehbaren Änderungen der Verkehrsbedürfnisse berücksichtigt. Solche Rufe verhallen natürlich ungehört im Toben des Partei-egoismus.

Für eine baldige völlige Sanierung der Bundesbahnen fehlen die meisten Voraussetzungen — vor allem auch ausreichende Erkenntnis und guter Wille mancher verantwortlichen oder verantwortlich sein sollenden Stellen. Sonst hätte es nicht zu dem possenhaften Zwischenspiel in der Tragödie der Bundesbahnen kommen können, das wir im Winter 1930/31 erleben mußten, obwohl sein erbärmlicher Verlauf mit Sicherheit vorherzusehen war.

Schon 1923 war die Aufgabe sehr schwer. Sie ist von der Verwaltung, die 1923 bis 1929 arbeitete, nicht restlos gelöst worden. Wenn dieser Verwaltung nachträglich maßlose Vorwürfe gemacht wurden, so vergißt man zweierlei: Erstens hat diese Verwaltung sich immerhin wirkliche Verdienste erworben. Wenn sie auch vieles schon von der früheren Verwaltung vorbereitet fand, was sich erst während ihrer Amtsführung auswirkte, also mindestens zum Teil noch der alten ministeriellen Geschäftsführung gutzuschreiben ist; wenn den Bundesbahnen auch manche Früchte fast ohne ihr Zutun in den Schoß gefallen sind, weil die Entwicklung des Weltmarktes und der Kreditverhältnisse ihr im Vergleich mit den alten Verwaltungen unendliche Erleichterungen gebracht hat, wie sinkende Kohlenpreise usw., so bleibt doch immerhin genug an technischen Neuerungen und sonstigen zweckmäßigen Maßnahmen, was ihr rein zugerechnet werden kann. Zweitens aber ist sie zu manchen ihrer Fehler durch das Verhalten Außenstehender, besonders der Regierungen und der politischen Parteien förmlich gezwungen worden und

sollte daher auch nicht dafür getadelt werden. Beides darf nicht gelegnet oder verschieert werden.

Aber trotzdem steht fest, daß von einer wirklichen Sanierung der Bundesbahnen in dieser ersten Periode der Selbständigkeit der Bundesbahnen keine Rede sein kann. Ja, die Sache ist sogar noch schlimmer, als sie einem naiven Leser der Bilanzen und Geschäftsberichte der Bundesbahnen für 1924 bis 1929 erscheinen könnte. Der kranke Körper der Bundesbahnen ist weit von seiner Heilung entfernt und diese ist heute schwieriger als sie bei voller Ausnützung der günstigeren Verhältnisse 1923 bis 1929 gewesen wäre. Ausgerechnet in dieser Zeit erhöhter Schwierigkeit sieht sich die heutige Verwaltung der Bundesbahnen vor die Tatsache gestellt, daß der Bund ihr künftig keinerlei Zuschüsse mehr geben darf. Ich habe vor mehr als einem Jahre^{*)} vorausgesagt, daß die Bundesbahnen im Jahre 1931 in eine verzweifelte Lage kommen werden. Damals konnte eine bemitleidenswert laienhafte Leitung, die den Bundesbahnen von der Parteipolitik aufgedrängt worden war, zwei schwere Fehler begehen. In einem Augenblick, in dem es galt, jede, auch die unbedeutendste Einnahmsquelle auszuschöpfen und jede irgendwie vermeidbare Ausgabe zu unterlassen, verschenkte man Einnahmen, die schon gesichert gewesen waren, und suchte sich durch Bewilligungen an das Personal beliebt zu machen, obwohl die Gehalts- und Lohnkürzungen schon vorauszusehen waren. Ich habe ferner damals vorausgesagt, daß die im Bundesfinanzgesetz für 1931 enthaltenen optimistischen Annahmen betreffend die Bundesbahnen nicht eintreffen werden; sie sind nicht eingetroffen. Es ist für den Warner eine armselige Genugtuung, seine Befürchtungen erfüllt zu sehen; aber diese Bestätigung legt ihm die Verpflichtung auf, nun erst recht zu warnen. Es gehört nicht viel Fachkenntnis, sondern höchstens ein wenig Mut dazu, vorauszusagen, daß auch die anscheinend pessimistischen Annahmen hinsichtlich der Einnahmen und Ausgaben der Bundesbahnen für 1932 als zu optimistisch sich erweisen und nicht eintreffen werden. Vielleicht macht man mir den Vorwurf des Defaitismus; vielleicht gibt es irgendeinen wohlthätigen Paragraph, auf Grund dessen man mich vor den Kadi ladet. Der Prozeß wird noch nicht zu Ende sein, und schon wird sich die Richtigkeit meiner Befürchtung erwiesen haben.

Daraus entsteht eine große Gefahr. Wenn die Männer, denen derzeit das Schicksal der Bundesbahnen in oberster Instanz anvertraut ist, ihre Aufgabe, soweit als unter den gegebenen Schwierigkeiten überhaupt möglich ist, lösen sollen, so brauchen sie vor allem Ruhe. Wenn unsere politischen Parteien und unsere „öffentliche Meinung“ nach den bei uns beliebten Methoden auch weiterhin vorgehen, wenn jede, aber auch jede Maßnahme der Verwaltung zur Hebung des Geschäftserfolges der Bundesbahnen in den davon unangenehm berührten Kreisen die sattsam bekannte „begreifliche Erregung“ und „berechtigte Erbitterung“ auslöst und wenn diejenigen, die aus diesen Gemüts-erregungen des Personals, des verfrachtenden und reisenden Publikums und der politischen Parteien persönlichen Vorteil ziehen, auch weiterhin den größten Teil der Zeit und der Nervenkraft der leitenden Männer in Anspruch nehmen dürfen, dann ist keine Hoffnung auf nennenswerte Erfolge.

*) „Neue Freie Presse“ vom 25. Februar 1928.

*) „Neue Freie Presse“ vom 25. Dezember 1930.

Wiederum werden unserer schauerlichen geistigen Energiemißwirtschaft ein paar hochwertige Arbeitskräfte zum Opfer fallen, ohne daß ihre moralische und physische Zermürbung durch einen damit erkaufte Vorteil der Allgemeinheit gerechtfertigt würde. Es fragt sich, ob man dann überhaupt noch ernst zu nehmende Männer finden wird, die sich zu Prügelknaben für eine teils kenntnislose, teils irregeleitete, teils übelwollende Öffentlichkeit hergeben.

Um das zu vermeiden ist es nötig daß Regierung und gesetzgebende Körperschaften endlich alles tun, was in ihrer Macht steht, um eine ruhige Arbeit bei den Bundesbahnen zu sichern. Ich kann getrost den Satz wiederholen, den ich vor einem Jahre niedergeschrieben habe: „..... das Wichtigste: Verschont die Bundesbahnen mit Freunderl- und Parteiwirtschaft und gebt den Verantwortlichen die Möglichkeit, sie so zu leiten, wie es das Staatswohl erfordert: mit größter kaufmännischer Sorgfalt, aber mit steter Rücksicht auf die Bedürfnisse des Staates und der Wirtschaft!“*) Auch dieser Ruf ist ungehört verhallt und wird wieder ungehört verhallen.

Es gibt Nutznießer einer solchen Entwicklung, die aus verschiedenen Gründen ein Scheitern der sogenannten Kommerzialisierung wünschen.

Das sind zunächst diejenigen, die die heutige Ordnung des Verhältnisses des Bundes zu seinen Bahnen für grundsätzlich verfehlt halten. Es würde zu weit führen, in diesem Aufsätze den ausführlichen Nachweis zu versuchen, daß diese Anschauung irrig ist, daß nicht die fehlerhafterweise „Kommerzialisierung“ genannte Neuordnung von 1923 unzweckmäßig war, sondern daß nur in der Durchführung eines richtigen Grundgedankens Irrtümer oder Fehler unterlaufen sind. Wir sehen, daß sich gewisse Kreise — zum Teil aus Parteigoismus — bemühen, die Bundesbahnen wieder in dieselben Formen zurückzuführen, die bis 1923 gegolten haben. 1923 sollte die Beeinflussung des Betriebes durch die Parteipolitik und die einzelnen Politiker unmöglich gemacht werden. Dreht man jetzt das Rad der Geschichte um neun Jahre zurück, und stellt die alte Verwaltungsform wieder her, so werden das Personal, die Öffentlichkeit, vor allem aber die Geschäftspolitiker das als ein Zeichen betrachten, daß diese früher mißbräuchlich geübte Einflußnahme nun geradezu sanktioniert sei. Wehe den armen Beamten, die dann verdammt sein werden, diesen Betrieb zu „leiten“, wehe aber auch den Steuerträgern und Verkehrsinteressenten! Erinnert euch nur des grotesken Zwischenspiels im Winter 1930/31! Die „Studienbüros“ würden sich dann kaninchenhaft vermehren, von Wirtschaftlichkeit im Bahnbetriebe wäre dann überhaupt keine Rede mehr Geschieht das, dann tritt unausweichlich ein Zustand ein, der den ganzen Staatsbetrieb sehr bald unmöglich machen wird.

Und das wäre Wasser auf die Mühle der anderen Gruppe, die eine Aenderung herbeiwünscht. Das sind die Vertreter der bis in den Oktober 1918 zurückreichenden Bestrebungen, die österreichischen Staatsbahnen oder wenigstens die wichtigeren Linien mit denen anderer Nachfolgestaaten zusammenzuschweißen und einen angeblich internationalen Betrieb einzurichten. Unmittelbar nach dem Zusammenbruch konnte man solchen Absichten noch in weitem Maße guten Glauben zubilligen. Damals meinten viele Leute alles Ernstes, die Nachfolgestaaten

*) „Neue Freie Presse vom 25. Dezember 1930“

würden sich teilweise um die heißersehten Früchte der Auflösung der Monarchie bringen lassen, indem sie an Stelle der alten wirtschaftlichen und politischen Einheit nun eine nur wirtschaftliche Gemeinsamkeit im Donaubecken zu setzen bereit wären. Die Entwicklung der letzten zwölf Jahre muß solche Idealisten eines Besseren belehrt haben. Die Geschichte des Briand'schen Europa-Planes und der österreichisch-deutschen Zollunion beweist jedem, der nicht mit Blindheit geschlagen ist oder im Trüben fischen will, daß eine solche Eisenbahngemeinschaft für Oesterreich den Beginn völliger wirtschaftlicher und politischer Knechtung bedeuten würde. Trotzdem werden die Kreise, die es nicht erwarten können, „die Sklavenkette der Donauföderation als politischen Schmuck zu tragen“, es nicht aufgeben, auf das Ziel der Internationalisierung“ der Bundesbahnen hinzuwirken, das man ja vorläufig auch anstandshalber als „Entstaatlichung“ affizieren kann. In einer Zeit, in der auch solche Länder, die bisher den festländischen Gedanken des Staatsbahnsystems ganz fern gestanden sind, wie England und die Vereinigten Staaten steigenden Einfluß des Staates auf ihre Privatbahnen einführen, so daß sie sich von der anderen Seite her dem Standpunkt nähern, den Oesterreich und das Deutsche Reich und andere Staaten durch die Kommerzialisierung erreicht haben, sollte es nicht nötig sein, zu sagen, daß die Ueberantwortung der Bundesbahnen an eine private Erwerbsgesellschaft ein Verbrechen wäre, besonders, da es sich bei unseren wirtschaftlichen Verhältnissen niemals um eine österreichische, sondern höchstens um eine österreichisch maskierte Gesellschaft handeln könnte, die mit ausländischem Geld und für ausländische Interessen arbeiten will.

Man könnte nun sagen, daß es doch keinem vernünftigen Menschen — und das sind Geldgeber meistens — einfallen wird, ein Unternehmen wie die Bundesbahnen, die 1931 vielleicht um hundert Millionen Schilling mehr ausgeben mußten als sie einnehmen konnten, zu pachten und dafür vielleicht noch dem Bund eine Pachtsumme zu zahlen. Man könnte auch noch hinzufügen, daß eine Regierung, die die Bundesbahnen aus der Hand gäbe, von allen guten Geistern verlassen sein müßte; sie würde damit gar keinen Vorteil erzielen; denn eine Erwerbsgesellschaft könnte dem Geschäftsverlust bei den Bundesbahnen auch nicht mit anderen Mitteln abhelfen, als eine staatliche Verwaltung, nämlich einerseits mit Verringerung der Ausgaben, besonders durch Abbau aller wirklich oder angeblich überflüssigen Bediensteten, durch Drosselung der Löhne und Gehalte und Vermeidung unnötiger Sachausgaben, und andererseits mit Tarifierhöhungen. Alles das könne auch eine staatliche Verwaltung tun; nur biete diese eine gewisse Sicherheit, daß die Sache nicht unter Verletzung lebenswichtiger österreichischer Wirtschafts-Interessen vor sich gehe, eine Sicherheit, die gegenüber einer ausländischen Erwerbsgesellschaft ganz und gar fehle. Und doch! Dieselben Kreise, die innerhalb und außerhalb Oesterreichs an der Verhinderung der Zollunion arbeiteten, werden die „Verpachtung“ der Bundesbahnen an Ausländer mit Begeisterung begrüßen — wäre das doch eine höchst wirksame Vorbereitungshandlung für die Donauföderation, also für die wirtschaftliche und politische Auslieferung Oesterreichs an französische Vasallenstaaten.

Und muß man sich da nicht fragen, ob es nicht Interessenten geben könnte, die sich diese Auslieferung etwas kosten ließen? Besonders, wenn die dabei direkt aufgewendeten Gelder indirekt durch die Beherrschung der österreichischen Wirtschaftspolitik wieder hereingebracht werden können?

Für eine österreichische Regierung fiele eine große Sorge aus der Tagespolitik heraus, wenn sie Abbau, Gehaltskürzungen und ähnliche wenig beliebte Maßregeln nicht selbst oder durch ihre eigenen Beauftragten durchführen müßte. Ja, sie könnte den begeisterten Donauföderationalisten vielleicht sogar mundgerecht machen, daß es nur recht und billig sei, den edelmütigen Ausländern, die einem den Alpdruck eines unvermeidlichen Bundeszuschusses für die Bundesbahnen abnehmen, eine kleine Ertragsgarantie für den ganz unwahrscheinlichen Fall zuzusichern, daß auch diese bedeutend klügeren Ausländer aus irgendeinem unvorhergesehenen Grund die Sanierung nicht zustande brächten und nicht auf ihre Kosten kämen.

Europa und der Weg der Vernunft.

Von Hammerrath Hermann Kandi.

„Es wird darauf ankommen, daß die europäische Zusammenarbeit auch **tatsächlich** stattfindet und zu **positiven** Ergebnissen führe.“

Dr. Schober in der Sitzung der Studienkommission für die europäische Union in Genf am 3. September 1931.

Von einer „europäischen Zusammenarbeit kann heute weniger denn je die Rede sein. Noch nie war das politische und Wirtschaftsleben der 27 europäischen Staaten so zerfahren wie jetzt. Die meisten Handelsverträge sind praktisch aufgehoben. Die Meistbegünstigung, längst zur handelspolitischen Lüge geworden, stand und steht einer vernünftigen Regelung des europäischen Wirtschaftsverkehrs weiterhin im Wege; die Folge davon ist, daß dieser Verkehr mehr und mehr verkümmert. An Stelle der Meistbegünstigung ist handelspolitisch die jeweils größtmögliche Mißgunst getreten.

Der zunehmende Zerfall der europäischen Wirtschaften und damit der zunehmende Verfall der weltwirtschaftlichen Geltung Europas nimmt lawinenhaft zu. Dieser Verfall findet seinen Ausdruck in den stets steigenden Währungsunsicherheiten und ihren Folgen, den wirtschaftszerstörenden Devisenbewirtschaftungen, in den Einfuhrverboten, in dem Versuche, im Clearingverkehr Geld durch Gutschrift zu ersetzen und besonders im Übergange Englands zum Schutzzoll.

Es kann kein Zweifel darüber sein, daß Deutschland und Oesterreich, vom moralischen Standpunkte aus, im Haag Sieger geblieben sind. Alle die oben aufgezeigten Tatsachen beweisen aber, daß die zwei deutschen Mächte mit ihrem Zollunionsvorschlag auch den einzigen gangbaren Weg wiesen, der der fortschreitenden Wirtschaftszerstörung hätte vorbeugen können. Der Vorschlag gruppenweiser (regionaler) Wirtschaftszusammenschlüsse, mit der offenen Tür für jeden Teilnahmewilligen, war dem-

nach nicht nur moralisch einwandfrei, sondern wäre zur befreienden Tat geworden, wenn sich ihm nicht Kleinlichkeit, Mißgunst und Gewalt entgegengestellt hätten.

Wenn es noch eines Beweises bedurft hätte, daß die zwei deutschen Mittelmächte mit ihrem Unionsplan den richtigen Weg wiesen, so liegt er wohl darin, daß seit dem Haager Urteil kaum ein Tag verging, an dem nicht Fäden gesponnen wurden, um die Schober-Curtius-Formel der Regionalverträge der Verwirklichung näher zu bringen; allerdings in anderen, weitaus unvernünftigeren Gruppierungen.

Wirtschaftsverbindungen zwischen Deutschland und Frankreich, Deutschland und Italien, Deutschland, Frankreich und Italien, eine italienisch-deutsch-österreichisch-ungarische Verbindung, eine kleine, mittlere oder große Donauföderation usw. — alle diese Wirtschaftsunionen stehen auf der Tagesordnung der öffentlichen Meinungen, nur die vernünftigste, die deutsch-österreichische, haben Frankreich und das Haager Urteil vorläufig verboten. Es kann und soll hier im Rahmen eines Zeitungsaufsatzes nicht untersucht werden, welche Wirtschaftsverbindungen in Europa vernünftig und möglich wären; es ist auch nicht unsere Aufgabe, jetzt, nachdem wir vergewaltigt wurden, neue Wege zu weisen. Aber festgestellt kann und muß werden, daß die vernünftigen Pläne der deutschen Mittelmächte heute Gemeingut aller wirtschaftlich Denkenden geworden sind; festgestellt kann werden, daß sich alle die oben erwähnten Vorschläge auf der Ebene der seinerzeitigen österreichisch-deutschen Regionalvorschläge bewegen; festgestellt kann werden, daß die Staatskanzleien und Wirtschaftsvertretungen (wie z. B. die Internationale Handelskammer) sich fast restlos zu der Lösungsformel bekennen, die man im Haag aus politischen Gründen zu erschlagen versuchte. Die Schober-Curtius-Formel lebt, trotz Haag, sie lebt mehr denn je. Sobald die harte Schule, die anscheinend noch zur Klärung und zur Erziehung zur Vernunft nötig ist, Staatskanzleien und Völker belehrt haben wird, daß die notwendige Schaffung großer Wirtschaftsgebiete nur möglich ist, wenn man auf künstliche, nur machtpolitischen Wünschen dienende Gebilde verzichtet, um dem natürlichen Zusammenstreben zusammengehöriger Gebilde Raum zu geben, sobald diese Erkenntnis gereift sein wird, erst dann wird die Hoffnung auf eine Besserung der europäischen Verhältnisse berechtigt sein. Man kann nicht dauernd gegen den Strom schwimmen, man wird noch viel weniger Völker durch wider-natürliche Bindungen zwingen können, dauernd gegen den Strom des eigenen Blutes zu schwimmen.

Oesterreich wird gut tun, selbst auf die Gefahr der Kündigung der sowieso inhaltslos gewordenen Handelsverträge hin, zum reinen Kontingentsystem überzugehen. Die Devisenbewirtschaftung wird versagen muß, aus hundert Gründen auf die Dauer versagen. Unsere Verpflichtungen unseren Auslands-großgläubigern gegenüber in allen Ehren, wir werden gewiß bestrebt sein, sie nach Möglichkeit zu erfüllen; aber es ist den Großmächten von St. Germain bis heute ununterbrochen gesagt worden, und wohl auch schon lückenlos bewiesen, daß Oesterreich, so wie es die Mächte von St. Germain schufen, nicht lebensfähig ist und steten Zuschusses bedarf. Wir tragen das menschen-

mögliche an Lasten, Sorgen und Mühsal; unsere Industriestädte, siehe Steyr, verkommen im Elende; der größte Teil unserer Bevölkerung lebt in Verhältnissen, die nicht unsere, sondern eine europäische Schande sind. Verträge und gewaltsam auferlegte Verpflichtungen, die letzten Endes einem Volke nur die Wahl lassen zu versklaven oder zu verhungern, heben sich von selbst auf. Es ist die zwölfte Stunde, um der Vernunft freie Bahn zu schaffen. Aus Frankreich scholl einst der Ruf in die Welt: „Kehret zurück zur Natur und werdet Menschen!“ — Im übertragenen Sinne muß heute ganz Europa Frankreich zurufen, es möge sich nicht der natürlichen Entwicklung in Europa in den Weg stellen, denn sonst ist ein Ende mit Schrecken unvermeidlich. Auch für Frankreich...

Die Frage der Zollunion. (Gärung und Klärung.)

Von Jng. Hofrat August Deubner.

Der Weltkrieg hatte die Landkarte Europas völlig umgewandelt, aber erst im Jahre 1931 enthüllte sich das durch den fortgesetzten Wirtschaftskrieg, die langjährigen Reparationsleistungen und die einseitige Aufrüstung wirtschaftlich und politisch veränderte Antlitz Europas.

Der Außenminister des kleinen Oesterreich, Dr. Schober war es, der gemeinsam mit seinem reichsdeutschen Kollegen Dr. Curtius zuerst den Schleier dieses neueuropäischen Antlitzes lüftete und durch die Aufrollung der Zollunionfrage die grundlegende Aenderung der wirtschaftlichen und politischen Weltlage, die sich in der Nachkriegszeit allmählich und anfangs kaum merklich vollzogen hatte, mit einem Schlag in das Licht der Öffentlichkeit rückte.

Das Heranwachsen der politischen Hegemonie Frankreichs war allerdings schon seit mehreren Jahren wahrnehmbar und hatte die auswärtige Politik der europäischen Staaten immer mehr beeinflusst. Der italienische Ministerpräsident Mussolini war einer der ersten europäischen Staatsmänner, der die Störung des europäischen Gleichgewichtes erkannte und ihr durch Aenderung seiner politischen Taktik Rechnung trug. Während die deutschen Nationalisten noch immer gegen die sogenannte Erfüllungspolitik losdonnerten und General Ludendorff seinen erschütternden Warnungsruf „Weltkrieg droht“ erschallen ließ, hatte sich Mussolini, das kriegerische Vorbild der deutschen Nationalisten, schon längst zum Völkerfrieden bekannt.

Wenn durch die Aufstellung des Zollunionsplanes nichts anderes erreicht worden wäre als die Aufhellung der tatsächlichen Machtverhältnisse in Europa und der wahren Mentalität Frankreichs und seiner Verbündeten, so hätte dieser Plan schon hiedurch allein eine wichtige Aufgabe erfüllt, denn bis zur Aufrollung der Frage des deutsch-österreichischen Zollbündnisses, gab man sich hinsichtlich der auswärtigen Politik, namentlich in marxistischen und nationalistischen Kreisen in Deutschland und Oesterreich verhängnisvollen Täuschungen hin. Die

einen überschätzten die internationale Solidarität und den Verständigungswillen, die anderen unterschätzten die realen Grundlagen des nationalen Machtwillens der Franzosen.

Das alte Oesterreich-Ungarn war nach einem Ausspruch Dr. Schobers gewissermaßen ein Pan-europa im Kleinen, ein einheitliches internationales Staatengebilde von ausgesuchter wirtschaftlicher Zweckmäßigkeit, ein geradezu ideales Wirtschaftsgebiet, wie es nur entstehen konnte, indem die historische Entwicklung mit dem organischen Wachstum der österreichisch-ungarischen Monarchie gleichen Schritt hielt.

Nach dem Weltkrieg aber beherrschte der autarkische Gedanke der Selbstbestimmung und Selbstversorgung die Nachfolgestaaten der Monarchie in solchem Maße, daß sie gleichzeitig mit den politischen auch die wirtschaftlichen Bande der Vorkriegszeit gänzlich zerrissen und sich durch hohe Zollmauern geschützte eigene Industrien, weniger aus wirtschaftlichen wie aus machtpolitischen Gründen, aufbauten.

Durch die Friedensverträge wurden die europäischen Zollgrenzen durch weitere 6000 km verlängert, sodaß die 36 europäischen Staaten nunmehr durch ungefähr 20.000 km Zollgrenzen wirtschaftlich voneinander abgeriegelt waren, während z. B. auf dem Gebiete der Vereinigten Staaten, das um zirka drei Millionen Quadratkilometer größer ist als Europa, zwischen 48 Staaten überhaupt keine Zollgrenzen bestehen. Die zollpolitische Abschneidung seitens der Nachfolgestaaten mußte insbesondere für die österreichische Republik verhängnisvoll werden, da die österreichischen Alpenländer, die den größten Teil der Republik umfassen, schon in der Monarchie nicht von ihrer eigenen Produktion leben konnten, sondern von den übrigen Ländern Oesterreich-Ungarns beliefert werden mußten, wofür diese Länder von der deutschen Bevölkerung Oesterreichs finanziert und organisiert sowie kaufmännisch, technisch und militärisch kultiviert wurden.

Einen teilweisen Ersatz für das abhanden gekommene große Wirtschaftsgebiet konnte der österreichischen Republik unter den gegebenen Verhältnissen nur Deutschland bieten und tatsächlich machte sich seit dem Zusammenbruche der Einfluß Deutschlands auf die österreichische Wirtschaft immer mehr geltend.

Daß Dr. Schober schon bei seinem Aufenthalt in Genf im Jänner 1931 vorsichtig sondiert hatte und sich auf Grund seiner Unterredungen ermutigt fühlen konnte, diesen Plan weiter zu verfolgen, beweisen unter anderen einige Äußerungen Dr. Schobers gegenüber den Pressevertretern auf der Rückreise von Genf: „... Oesterreich hält am Gedanken des europäischen Ausbaues bei regionaler Gliederung mit Berücksichtigung der nationalen und staatlichen Individualitäten fest. Getreu diesem hohen Ziele bot mir die Tagung des Europaausschusses des Völkerbundes selbst ein weites Feld willkommener Tätigkeit. Ich hatte in diesen Tagen mit nahezu allen europäischen Außenministern freundschaftliche Aussprachen, welche die Probleme aktueller Politik betrafen. Zweimal hatte ich die erwünschte Gelegenheit, mich mit Herrn Briand auszusprechen, bezw. den hervorragenden französischen Staatsmann zu besuchen. Wir unterhielten uns über die großen Fragen der europäischen

Neugliederung, die uns allen am Herzen liegen. Dabei anerkannte der französische Außenminister durchaus, daß uns Oesterreichern ganz besondere Herzenssache die Ausgestaltung der Beziehungen zum Deutschen Reiche sei. Ich trug ihm abermals — wie schon im Haag — die österreichische Auffassung des europäischen Problems vor, wofür ich bei Herrn Briand volles Verständnis fand.“

Hätte sich Dr. Schober nicht auf so vieles andere, sondern nur auf diese Unterredung mit Herrn Briand allein berufen können, so wäre hiedurch schon der später gegen den österreichischen Außenminister von politischen Gegnern erhobene Vorwurf der ungenügenden diplomatischen Vorbereitung entkräftet, ganz abgesehen davon, daß auch die denkbar beste diplomatische Vorbereitung des Zollunionplanes an dem Ausgang nichts geändert hätte, wie sich im weiteren Verlaufe der Zollunionkampagne leider herausstellte.

Nachdem die Bemühungen der anfangs März 1931 abgehaltenen Weltwirtschaftskonferenz, durch internationale Verhandlungen der europäischen Zollkrise beizukommen, gescheitert waren und die Hoffnung auf eine fruchtbringende volkswirtschaftliche Tätigkeit des Völkerbundes wenigstens auf absehbare Zeit aufgegeben werden mußte, ging Außenminister Dr. Schober, den dieser Mißerfolg der Konferenz nicht unvorbereitet traf, im Verein mit dem deutschen Reichsaußenminister Dr. Curtius daran, den regionalen Wiederaufbau der Wirtschaft im Sinne seiner bei der Paneuropakonferenz beifällig aufgenommenen Idee in die Tat umzusetzen. Mit diesem Werke hoffte Dr. Schober, der als Bundeskanzler im Jahre 1930 Oesterreich vom Generalpfandreht und von den Reparationen befreit und zu einem freien Vertragspartner gemacht hatte, nunmehr Oesterreich auch aus der wirtschaftlichen Umklammerung zu befreien.

Getreu seinem Grundsatz, „Keine Bindung mit Ausschluß Deutschlands“, lag ihm nichts näher, als den regionalen Zusammenschluß vor allem mit dem Deutschen Reich zu beginnen, mit dem Oesterreich auch wirtschaftlich durch die meisten Bande verknüpft ist.

Mit Rücksicht auf die Vorbereitung des Planes in Genf und die bisher von Briand eingenommene Haltung, durfte Dr. Schober mit einem durchaus nicht unüberwindlichen Widerstand des Auslandes rechnen und konnte füglich voraussetzen, daß in diesem Falle wenigstens einmal alle Deutschen einig sein würden, um das Bismarckwort zu erfüllen: „Den Deutschen kann nur durch Deutsche geholfen werden!“ — eine Hoffnung, die sich leider als trügerisch erwies, da Dr. Schober von allem Anfang an auch durch feindselige Kundgebungen von deutscher Seite — und was das beschämendste war, auch von nationalistischen Kreisen — bei seinem Vorhaben empfindlich gestört wurde.

In der amtlichen Verlautbarung der österreichischen Bundesregierung vom 31. März 1931 wurde über das Zollunionprojekt folgendes eröffnet: „Bei den Besprechungen, die gelegentlich des Besuches des deutschen Reichsaußenministers Dr. Curtius in Wien stattgefunden haben, waren die österreichische und die deutsche Regierung darin einig, daß die europäische Zusammenarbeit vor allem auf wirtschaftlichem Gebiete verwirklicht werden mußte, wie

dies schon in den Antworten auf das Memorandum des Ministers Briand zum Ausdruck gebracht worden war. Oesterreich wie Deutschland bemühen sich bei den Verhandlungen, die gegenwärtig einerseits mit den östlichen Agrarstaaten, andererseits mit Großbritannien stattfinden, im Sinne der Empfehlungen der Genfer Handelspolitischen Konferenzen zu Ergebnissen zu gelangen, durch die der Handelsverkehr zwischen den Vertragsstaaten erleichtert werden soll. Beide Regierungen sind sich aber darüber im klaren, daß die bisher üblichen Methoden der Handelspolitik nicht zu entsprechenden Ergebnissen führen, wenn es sich um die Erreichung eines neuen Zieles, nämlich um die engere Verbindung der europäischen Staaten handelt.

Während der Septembertagung in Genf hat Vizekanzler Dr. Schober angeregt, daß die bessere Organisation der gesamten europäischen Wirtschaft mit regionalen Verständigungen beginnen müsse. Auf Grund der „jüngst gepflogenen Besprechungen haben nun die österreichische und die deutsche Regierung vereinbart, in dieser Richtung einen praktischen Anfang zu machen, wie ihn Vizekanzler Dr. Schober in Genf als notwendig bezeichnet hat. Sie haben daher beschlossen, Verhandlungen zur Angleichung der zoll- und handelspolitischen Verhältnisse ihrer Länder zu beginnen und erklären sich bereit, auch mit jedem anderen europäischen Staat, der dazu gewillt ist, in Verhandlungen über eine gleichartige Regelung einzutreten. Hierbei wird vom wirtschaftlichen Gesichtspunkt aus darauf Wert gelegt, daß die betreffenden Länder im ganzen in den wichtigsten landwirtschaftlichen Produkten ein Einfuhrgebiet bleiben. Die Grundlage der Verhandlungen ist die Wahrung der vollen Souveränität und Unabhängigkeit der beteiligten Staaten. In den Richtlinien, die als Grundlage für die Verhandlungen in Aussicht genommen sind, wird diese Voraussetzung durchaus gewahrt. Die Richtlinien sind im wesentlichen die folgenden: Die beiden Staaten sollen einen Zolltarif vereinbaren, der nur auf Grund gegenseitigen Uebereinkommens geändert werden kann. Der Warenverkehr zwischen den beiden Staaten soll grundsätzlich frei sein, doch werden sich die beiden Regierungen darüber verständigen, für welche Waren sich Zwischenzölle als erforderlich erweisen. Der Zwischenverkehr hinsichtlich der Warenumsatzsteuer und solcher Waren, für die Monopole oder Verbrauchsabgaben bestehen, wird besonders geregelt werden. Die Zollverwaltungen bleiben unabhängig. Die Zolleinnahmen werden nach einem Verteilungsschlüssel berechnet. Jede der beiden Regierungen soll das Recht behalten, für sich mit dritten Staaten Handelsverträge abzuschließen, doch muß hierbei natürlich darauf Rücksicht genommen werden, daß diese Verträge nicht in Widerspruch mit dem abzuschließenden Vertrag geraten.

Auch soll bei den Verhandlungen möglichst kooperiert werden. Beide Regierungen wollen mit jedem anderen Staate, der dazu bereit ist, in Verhandlungen über eine gleichartige Regelung eintreten. Sie sind davon durchdrungen, daß die Angleichung der europäischen Wirtschaft den Frieden und das wirtschaftliche Gedeihen der europäischen Staaten sichern würde.“

(Fortsetzung folgt.)

Vom Wiener Lied.

In den Wiener Vergnügungslokalen wird heute vielleicht mehr musiziert als einst, aber es ist auch darnach; das Wiener Lied ist echte Kunst und die verträgt sich schlecht mit dem, was uns als Zivilisation gerühmt wird, diese alle Gefühlswerte erdrückende und zerstörende „Organisation“ des Geschmacks.

Bismarck sprach einmal von Berlin als einem Haufen von Steinen und Zeitungspapier. Auch für andere große Städte hat das Wort Geltung, besonders für jene, die keine alte Kultur besitzen, also kein *buon retiro*, in das sich die Menschen aus dem verwirrenden Lärm des Tages und seiner Nichtigkeiten flüchten können. Die Zeitung hat seit einem Jahrhundert unser Leben überflutet; es liegt in ihrer Natur, den ganzen Prozeß der Bildung öffentlicher Meinungen an sich zu reißen. Auch das Volkslied in der aktuellen Form des Zeitliedes sah sich plötzlich einer übermächtigen Konkurrentin gegenüber, war es doch seit alters der Träger und Verbreiter von Stimmungen, die weite Kreise beherrschten. — Als der Spielmann, der Nachfahr des altgermanischen Barden und des altrömischen Possenreißers noch die Lande durchzog, gab es noch keine Zeitung. Ihre Funktion versah vielfach noch der Spielmann (W. Scherer nannte ihn deshalb den wandernden Journalisten), und das Bild, das Professor Pieper in seiner Monographie über die Spielmannsdichtung von ihm zeichnet, weist bereits fast alle charakteristischen Züge des heutigen Journalisten auf; aber auch die Minnesänger, die sich mit der fortschreitenden kulturellen Entwicklung von ihm loslösten, sangen bekanntlich nicht nur von Minne, sondern waren auch Tendenzdichter, wie der bedeutendste unter ihnen, Walther von der Vogelweide. Die Erfindung des Buchdrucks führte über das tendenziöse Flugblatt und den lediglich der Berichterstattung dienenden Einblattdruck allmählich zu periodisch erscheinenden Druckwerken und schließlich zur Zeitung; das Tendenzlied aber verschwand deshalb nicht, bediente man sich doch auch in den propagandistischen Druckwerken zunächst vielfach noch des Reimes, denn einerseits war die gebundene Redeweise bei allen Kulturvölkern die ursprüngliche und darum traditionelle Form, in der man sich an die Öffentlichkeit wandte, andererseits aber fällt das in gebundener Form Vortragene leichter ins Ohr und wird vom Hörer leichter behalten, besonders wenn es den Gegenstand in witziger und kurzer Form behandelt; beim Lied aber wird diese Wirkung noch durch die entsprechende Klangfärbung, die Melodie, verstärkt. Die Zeitung hat zwar, wenn man von der Uebermittlung durch Radio und Grammophon absieht, einen größeren Aktionsradius als das Lied, allein das in der Zeitung Gelesene wird in der Regel schon über den Ereignissen des nächsten Tages vergessen, während das Tendenzlied, wenn es vorhandenen Stimmungen und Strömungen entgegenkommt, aus den angeführten Gründen eine weit tiefere und dauerndere Wirkung hat. — Ueber die Einrichtung des Muttertages sind hunderte von Zeitungsartikeln geschrieben worden, ihre Wirkung aber reichte kaum weiter als auf eine Steigerung des Absatzes von Schokolade und Pralines am Muttertage, wie anders die Stimmung, die das kleine Lied „Mei Mutterl is a Wienerin“ auslöst.

Als die Jakobiner an die völlige Vernichtung

der Gironde gingen, und zu diesem Zwecke eine weit-ausgreifende Propaganda einleiteten, beschränkten sie sich nicht auf die Beeinflussung von Zeitungen, nicht auf die Historiografen der Revolution, sondern gaben auch fortlaufend Chansons in Bestellung, ein Beweis dafür, welchen Wert sie auf diese Art Propaganda legten, wie hoch sie ihre Wirkung einschätzten. Neben Witzblättern und ihrem gereimten und ungereimten Inhalte blühte trotz der Zeitungen auch das Tendenzlied weiter, wo die natürlichen Bedingungen hierfür vorhanden waren, allerdings nicht überall in der sympathischen und auch musikalisch wertvollen Form wie in Oesterreich. — Hier an der mittleren Donau hatte sich auf sagenumwobenem Boden, inmitten einer unvergleichlich schönen Landschaft, schon durchwärmte von der Sonne des Südens, eine eigenartige Kultur entwickelt. In unmittelbarer Berührung mit Italien und dem Südosten war dem Alpendeutschum viel fremdes Kulturgut zugeströmt, das es jedoch bei Aufrechterhaltung seiner Eigenart in sich verarbeitete, nicht zuletzt auch fremdes Liedergut, bei ausgesprochen starkem eigenen musikalischen Empfinden. Die Sterne, die seit der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts am musikalischen Himmel Oesterreichs in unvergänglicher Schönheit leuchten, sind nicht aus dem Nichts, sondern aus der Tiefe der Seele unseres Volksstammes aufgestiegen, der bereits einen reichen bis dahin von den „Harfenisten“ verwalteten Liederschatz besaß. Kaum eine Note ist uns von ihm unmittelbar überkommen, allein er lebte und lebt weiter in dem späteren Wiener Lied. Wie in allem Menschlichen, lösen auch hier Auf- und Abstieg einander ab, wobei jedoch die musikalische und die textliche Linie nicht immer gleich verlaufen. — Während Schubert die Perlen seiner Lieder zu einem der kostbarsten Geschmeide unseres Volkstums aneinanderreichte und, befruchtet von der Volkskunst, sie wiederum befruchtete, läßt sich eine fortschreitende geistige Verarmung der Volksliedtexte wahrnehmen. Die Ursache lag in den damaligen politischen Verhältnissen. Die Napoleonischen Kriege hatten die Bevölkerung ermüdet und materialisiert, zumal da Oesterreich vom übrigen Deutschland geistig hermetisch abgeschlossen wurde, um ein Uebergreifen nationaler, oder, wie man damals sagte, revolutionärer Ideen auf die Alpenländer zu verhindern; dem musikalischen Ausdruck ließen sich keine Zensurfesseln anlegen, wohl aber dem in Wort und Schrift. In dieser stickigen Luft entwickelte sich nicht ohne Nachhilfe von oben jene Backhendel- und Stefansturmlyrik, die mit ihrer falschen Sentimentalität Wien als das Paradies auf Erden („s gibt nur a Kaiserstadt, 's gibt nur a Wien“) hinzustellen liebte; wie überall, wo das Geistige durch das Materielle verdrängt wird, stellte sich auch hier sehr bald eine Verödung und Vergröberung der Texte bis zur widerlichsten Laszivität ein. — In J. B. Moser erstand dem Wiener Volksliede ein Reformator; er führte nicht nur das Strophenlied ein, also das, was wir heute als Couplet bezeichnen, sondern wirkte auch vertiefend auf den Text, allerdings im Rahmen der Zensur. In dieser Beziehung brachten erst die Sechzigerjahre des vorigen Jahrhunderts größere Bewegungsfreiheit und von nun an lassen sich an der Hand der Coupletliteratur die Wien jeweils beherrschenden Stimmungen und Strömungen sowie die Bemühungen, sie zu verstärken oder zurückzudrängen, bezw. abzulenken, ziemlich deutlich verfolgen.

Charakterisiert ist das Wiener Couplet der damaligen Zeit, soweit es sich mit Zeiterenignissen befaßt, durch eine ausgesprochen pessimistische Note. Man sang zwar noch die Lieder von Radetzky, allein die neuen Texte dieser Art erhielten nach 1866 eine immer kritischere Färbung; man zählte alles auf, was angeschafft wird, Hinterlader und Uchatiuskanonen, schließt aber mit der Bemerkung: „Alles kriagt das Militär — nur an Feldherrn wie Radetzky, so was kriagns so bald nôt mehr“. Die Jahre 1870/71 und die folgenden schweren Verwicklungen im Südosten geben dem Couplet reichen Stoff zu weltpolitischen Betrachtungen ebenfalls pessimistischer Art.

„Jetzt wird amal Kriag geführt, es is schon a so die Walachen verschanzen an jeden Schab Stroh, die Türken, die nehmen si' Serbien glei', die Russen und Engländer teilen dô Türkei, die Franzosen kriagn Linz — dôs is amal gwiß, Hernals kommt an Spanien, und wir kriagn Paris.“
(paar Riß)

Man fühlte sich durch die weltgeschichtlichen Ereignisse, die sich an allen Grenzen Oesterreichs abspielten, bedrückt, witterte Gefahren und im Zusammenhange damit rückten auch die innerpolitischen Geschehnisse immer mehr in den Vordergrund. Der Uebergang vom Zentralismus zum Dualismus, die sich auch diesseits der Leitha rasch entwickelnden nationalpolitischen Sonderbestrebungen bei gleichzeitiger Verschärfung der nationalen Gegensätze, alles das erklärt an sich schon die im allgemeinen ablehnende Tendenz, die das Couplet ihnen gegenüber bekundet, sie entsprang dem dunklen Empfinden, daß man Gefahren entgegengehe, ohne daß man sich bereits klar darüber geworden wäre, wie man sich dazu stellen solle. Die Volkseele reagierte deshalb zunächst negativ und flüchtete sich in die Vergangenheit, eine keineswegs wienerische Eigentümlichkeit, wie man vielfach anzunehmen liebt, denn auch in der griechischen Antike floß die Komödie, die sich an die großen Massen wandte, über vom Lobe der alten, guten Zeit, weil eben das Beharrungsvermögen der Masse außerordentlich groß ist. Diese zunächst negative Einstellung der Volksstimmung gegenüber dem geschichtlichen Ablauf kam andererseits aber auch den Versuchen entgegen, die allmählig wenn auch vorläufig noch unbewußt einsetzende nationale Orientierung zu dämpfen und zu hemmen. Mit mehr oder minder Geschick griff man auf den Ton der Backhendelzeit zurück mit einem stark kosmopolitischen Zusatze; das „Sumperertum“ wurde propagiert und Bilder der Glückseligkeit von einst vorgezaubert:

„Die Christen, die Türken, der Jud' und der Heid' hab'n gelebt mit anander in Wien allezeit in Frieden und Eintracht, ka Ausnahm' hats gebn, denn jeder hat's Recht doch zum Leben. Auf amal, ja sein denn die Mensch'n verlorn, is alles ganz anderster wordn, der eine will den nicht, der den nicht herin, verschwunden is Friede und Eintracht in Wien.“

Das Couplet erhielt dadurch etwas Unnatürliches, Gezwungenes, von der Wirklichkeit Abgewandtes, bewegte sich nicht in der Richtung, in der die Volksstimmung auf die Zeiterenignisse nunmehr positiv zu regieren begann. Die von außen in das Couplet hineingetragene kosmopolitische Note schlug auch nicht durch, die Texte wurden rasch

gegenständlicher in Bezug auf die innerpolitischen Ereignisse. In den „Sonn- und Mondgestanzeln“ wird der Gegensatz zwischen Liberalismus und Ultramontanismus behandelt, in den „Spinaterern“ wird rot und schwarz viel schärfer kritisiert und in dem Liede „Servus, meine Herrn!“ betritt der politische Schuster die Bühne.

„Jeder Schuster sucht sein Glück, heute in der Politik,
hält im Wirtshaus eine Red',
er schreit: ‚Bitte, meine Herrn, es muß anders wer'n in Wean',
aber Stiefel doppeln tut er nôt.“

Allmählich orientiert sich die Volksstimmung immer klarer in der durch die Gesamtlage bestimmten Richtung. Der Zerfall des Deutschen Reiches, dessen Kaiserkrone einst die Habsburger trugen, um sie mit der österreichischen zu vertauschen, das Auseinanderbrechen dieses österreichischen Kaiserstaates in zwei Hälften und die Ereignisse von 1866 und 1871 hatten die geschichtliche nationale Basis des Deutschtums in den Alpenländern und besonders Wien sehr erheblich eingeengt. Losgelöst von der nunmehr politisch organisierten deutschen Volksgemeinschaft, sah sich das österreichische Deutschtum einer Uebermacht nichtdeutscher, zum Teile expansiver Volksstämme gegenüber und auf diesem dunklen Hintergrunde zeichnet sich die Gefahr einer nationalen Ueberfremdung, vor allem Wiens, immer deutlicher ab. — Die Mrianka und der böhmische Schusterwenzel waren längst beliebte Figuren im Wiener Couplet, nunmehr spitzt sich aber die Darstellung in dieser Beziehung immer politischer zu:

„Ueber alles recht brummen, beim Tabor rein kummen,
überall sich festsetzen und immer brav hetzen,
über alles aufbracht sein und Stribo fest schrei'n,
die Deutschen unterjochen, mit Powidl fest kochen,
wer kann denn das sein?“

Das schlug durch, es lag im Zug der Zeit, wobei man allerdings den Eindruck hat, daß diese Note noch absichtlich verschärft wurde, um dem Wiener über dem „Böhm“ auch andere Ueberfremdungserscheinungen übersehen zu lassen. Der Erfolg in dieser Richtung blieb jedoch aus. Der „Böhm“ bewahrte seine prominente Stellung im Wiener Couplet vom Nechledil bis zum Brezina, den sich Erzherzog Franz Ferdinand regelmäßig von den „Grinzingern“ in Venedig in Wien vorführen ließ und bis zum alles zusammenraffenden tschechischen Greisler in dem heute noch viel gesungenen Couplet „Kaufts Knofel, kaufts Zwiebel“, allein sie Stimmung ließ sich nicht auf diesen einen Punkt fixieren, selbst die Stefansturmyrik wird nationalisiert, man sang nicht mehr von der Kaiserstadt, sondern vom Stefansturm, „dem Wächter unseres deutschen Wien“, bald erscheint auch der Pleite, nach dem Teitelbaum im Gesichtsfelde des Couplets und im Gegensatze zu den kosmopolitischen Intermezzo der Siebzigerjahre sang man nun:

„Wunderbar ist's in Vöslau, prachtvoll sind die dort'gen Bäder,
im Bassin schwimmt Mann und Frau, lustig 'rum, das weiß ein jeder.
Ungarn, Russen, Türken, Pol'n, tun die Bäder dort genießen,
wenn sie einen Christen seh'n, sag'ns ich lass' ihn grüßen.“

Seitdem das Volksempfinden sich im großen und ganzen politisch wieder orientiert hatte, schwand das Unbehagen und der Pessimismus aus dem Couplet und vertieften sich bei starkem künstlerischen musikalischen Aufstieg, auch die Texte bei Behandlung allgemein menschlicher Probleme. — Der Krieg brachte auch hier einen jähen Absturz. Seine seelischen und materiellen Auswirkungen, die tiefgreifende Veränderung im öffentlichen Leben, das Grauen vor dem Dunkel, das für den einzelnen und für die Gesamtheit über der Zukunft lag, die materialistisch-rationale Einstellung, die unmittelbar nach dem Kriege Platz griff, all das stellte die Volksseele vor undurchdringliche Rätsel, auf die sich auch das Volkslied zunächst keinen „Vers zu machen“ vermochte. — Man vergrub sich wieder in die Vergangenheit, wie bei allen derartigen Katastrophen, die ältesten Wiener Lieder wurden wieder hervorgesucht, und auch als man sich allmählich zurechtzufinden begann, hörte man keine neuen Texte, die auf die Zeitereignisse Bezug nahmen. Wußte das Leid unmittelbar nach dem Kriege nichts zu sagen, so sah es sich jetzt daran gehindert. Die Freiheit, die der Umsturz gebracht hatte, war sehr bedingt auch für das Couplet, denn die Gaststätten, in denen gesungen wurden, standen unter dem Drucke des „freien Ermessens“, das die Gemeindeverwaltung bei der Bemessung von allerlei Abgaben walten ließ.

„Ganz famos ist auch der Breitner, man beneidet uns um ihn,

singt ein Lied man, spielt a Klampfn, steuerpflichtig ist's in Wien;

läßt mit Lustgas man sich ziehen Zähne, ist er schon bereit,

denn das ist, wie Tanz und Musik, frevelhafte Lustbarkeit.

Und sieht's der Steffel, schaut er auf uns nieder und denkt sich halt in seinem Sinn:

Das ist mein Wien, die Stadt der Lieder, d'rum gibt's auch so was nur in Wien.“

Derlei blieb natürlich vorläufig ungesungen, da die Gaststätte, in der man sich dergleichen erlaubt hätte, unter dem freien Ermessen bald zusammengebrochen wäre. — Immerhin sind diese Hemmungen vorübergehend und seit zwei Jahren begegnet man auch wieder, wenn auch noch schüchtern politischen Anspielungen im Couplet. Weit größer ist die Gefahr, die dem Wiener Liede von der Jazzmusik in Verbindung mit Radio und Grammophon droht. Die Jazzmusik ist international, denn der Text ist im besten Falle nebensächlich, seine Anziehungskraft beruht in seinem ausgeprägten Rhythmus, dem sich der innerlich haltlos gewordene Durchschnittsmensch der Gegenwart ebenso gerne gefangen gibt, wie er sich müht, in eine Uniform zu flüchten, um sich vor anderen und — vor sich selbst zu schützen. Der Jazz entspricht durchaus unserer aus den Fugen geratenen Zeit und ebenso ihrem aus den Fugen geratenen Menschen, denn in seinem harten Rhythmus findet er, was der Zeit und ihm selbst fehlt. Daß unsere Liederkomponisten sich auch der Jazzkomposition zugewandt haben, ist vom materiellen Standpunkte aus betrachtet, ganz begreiflich, denn die durch Grammophon und Radio international marktgängige Jazzmusik trägt andere Tantiemen als ein Wiener Lied, das eine weit geringere

Verbreitungsmöglichkeit besitzt. Jeder Fremde lauscht ihm gerne in Wien, aber er ist erdgebunden, kann nur in Wien voll genossen werden, verträgt nicht einmal die Uebertragung in einen anderen deutschen Dialekt, geschweige denn in eine andere Sprache, weil in ihm Wort und Weise organisch eng verbunden ist. Auch in Wien vergnügt man sich bei der Jazzmusik, bei deren Rhythmus man sich von der inneren Zerbrochenheit alles individuellen und gesellschaftlichen Lebens erholt, die Freude am Wiener Liede ist deshalb aber ebenso wenig geschwunden, wie Wien etwa musikalisch erschöpft wäre, allein es fehlen neue aktuelle Texte, verschwinden aber diese dauernd, dann wird auch der musikalische Reichtum Wiens bald schwinden, mit ihm aber ein unersetzlicher Gefühlswert unseres Volkstums. Aus der Kritik, die hie und da an der Wiener „Gefühluselei“, die angeblich vor allem beim Heurigen in Erscheinung tritt, spricht zu meist der Neid der Besitzlosen, all derer, deren Gefühlsleben längst eingetrocknet ist zu einem öden Rationalismus, der vermeint, das Rätsel des Lebens durch ein Rechenkunststück auflösen zu können, und dessen Triumphzug durch die intellektuelle Welt in dem Elende der Gegenwart endete. Was würden wir eintauschen, wenn wir unser Wiener Lied verkümmern ließen zugunsten der Musik, die heute aus allen Bars, aus allen Grammophonen und aus den Radiovorträgen klingt? Heute singen wir noch:

„Dein Auge blickt so weich und milde,
so scheiden wir nicht unversöhnt,
in deinem Auge seh' ich endlich
die Perle, die man Träne nennt.“

In Hinkunft würden wir den wunderbaren Jazzgesang mitjohlen:

„Du trägst eine Träne im Knopfloch,
was ist dir, mein liebes Kind;
man trägt keine Träne im Knopfloch,
weil sie unmodern geworden sind.“

Schon das Sprachgefühl bäumt sich gegen diesen Unsinn auf, dessen Popularisierung nur durch zeitentsprechende Texte für das Wiener Lied entgegengearbeitet werden kann. Von einer Politisierung des Volksliedes, auch in der Form des Couplets im Sinne parteipolitischer Bestrebungen, kann dabei keine Rede sein. Parteipolitik und Volkslied sind unvereinbar, weil ein Lied nur dann zum Volkslied wird, wenn es auch textlich einer allgemeinen Stimmung gerecht wird, eben deshalb ist es auch im besten Sinne national. Ein Volkslied, ein Couplet, das für eine bestimmte politische Partei Stimmung machen wollte, wäre ein Widerspruch in sich; in seinem Wesen liegt es, gegen alles Stellung zu nehmen, was das Volksempfinden verletzt, also auch gegen alle Auswüchse des Parteiens und -treibens und in demselben Maße als das Wiener Lied diese Note wieder in sein Repertoire einfügt, wird es auch gegenüber der Jazzmusik konkurrenzfähiger werden und die Krise überwinden, in der es sich unleugbar befindet. Fr. R.

Bilder der Gegenwart. Unsere gute Sache.

Wir erhielten das nachfolgende Schreiben:

„Im Vollmachtsnamen des Herrn Karl Kraus verlange ich die Aufnahme der Berichtigung der

in Ihrer Nummer 2 vom 28. Dezember 1931 mitgeteilt, meinen Mandanten betreffenden unwahren Tatsachen gemäß § 23 des Preßgesetzes.

Unter dem Titel **„Bilder der Gegenwart“**, **„Unsere gute Sache“**, schreiben Sie: „Vor Jahrzehnten hat er (Karl Kraus) seinen Feinden in den Wiener Zeitungen bis zur Selbstvernichtung seine Meinung gesagt, ist selbst vor Alfred Kerr in Berlin nicht zurückgeschreckt“

Es ist unwahr, daß Karl Kraus vor Jahrzehnten seinen Feinden in den Wiener Zeitungen seine Meinung gesagt und selbst vor Alfred Kerr in Berlin nicht zurückgeschreckt ist. Wahr ist, daß Karl Kraus seit Jahrzehnten und auch heute noch den Wiener Zeitungen als solchen seine Meinung gesagt hat und sagt; wahr ist, daß die Angriffe gegen Alfred Kerr vom Jahre 1911 angefangen bis heute erfolgt sind.

Sie schreiben: „. . . tritt an die Stelle Starhembergs . . . , dessen Vorwürfe ihm teilweise gerechtfertigt erscheinen.“ Diese Behauptung ist unwahr. Wahr ist, daß Karl Kraus gesagt hat, er mache „sich die Anwürfe Starhembergs zu eigen, soweit sie nicht wirklich rein formaler Natur sind“.

Sie schreiben: „Er will einen Prozeß gegen Dr. Schober führen . . .“ Es ist unwahr, daß Karl Kraus einen Prozeß gegen Dr. Schober führen will; wahr ist im Gegenteil, daß Karl Kraus in seiner Rede und seinem Artikel deutlich zum Ausdruck gebracht hat, er wolle Dr. Schober veranlassen, einen Prozeß gegen Karl Kraus zu führen.

Sie schreiben: „Wir erinnern an das Plakat, das in den Julitagen 1927 allgemeine Heiterkeit auslöste, als Herr Kraus klipp und klar verlangte, daß der Polizeipräsident Dr. Schober sein Amt niederlege.“ Es ist unwahr, daß das Plakat, in welchem Karl Kraus Dr. Schober aufforderte, abzutreten, in den Julitagen erschienen ist; wahr ist, daß dieses Plakat vom 17. bis 19. September 1927 affiziert war.

Dr. Oskar Samek.

Die „Berichtigung“ bedarf keines Kommentars, sie spricht sowohl hinsichtlich der „berichtigten“ Punkte als auch des „Berichtigers“ für sich selbst.

Was will Wotan?

Wenn „er“ sich interviewen läßt, dann wird ein Haßgesang daraus:

Einmal gegen Personen, die ihm nicht genehm sind, das anderemal gegen das Land und die bestehende Staatsform.

Diesmal hat er in der „Berliner Börsenzeitung“ einen Appell an Oesterreich ergehen lassen, es möge sich um einen weihlichen Helden scharen, der diktatorisch ausgerüstet, endlich einmal Ordnung schaffe. Anders sei dem Lande, das eine Verfassung hat, an der Wotan nicht ganz uninteressiert ist, nicht zu helfen.

Wer der Held sein soll, der mit allen Vollmachten ausgestattet, die bestehende österreichische Welt in Trümmer wirft, wird nicht ganz deutlich ausgesprochen. Meinte er sich oder den jungen unausgegorenen Kopf

„der entgegen dem Gotte
für ihn fochte
den freundlichen Feind?“

Die Geschichte ist dunkel, aber eines erkennt man dennoch deutlich: Gegen das, in so schweren Krämpfen sich windende Land geht der Pfeilschuß. Er hat diesmal nicht ins Schwarze getroffen. Selbst die sonst bedingungslos Getreuen nehmen gegen ihn Stellung und die Folge des Interviews war diesmal ein Abrücken von ihm, ein Abrücken von etwa neun Zehntel der Bevölkerung!

Selbst Blätter, in denen bisher jedes Räuspern Wotans als Offenbarung bezeichnet wurde, räusperten sich verlegen und erklärten: Da können wir nicht mit, in der jetzigen Zeit tut nichts anderes not, als Vertrauen zu uns selbst, Vertrauen zur Regierung Buresch.

Man kann nur zweierlei annehmen. Entweder Wotan steht auf dem Standpunkt

„Unwissend trugvoll
Üntreue übt ich
Band durch Verträge
Was Unheil barg“

oder aber der österreichische Wotan meint es mit dem Schrei nach der Diktatur ehrlich, dann ist er, nicht wie sein Vorbild auf einem Auge blind, sondern auf beiden.

Wer hat da herumgetrampelt?

In der Frage der Wohnbausteuer wurde eine Annäherung erzielt. Im Bundeskanzleramt fanden unter Vorsitz des Vizekanzlers Dr. Schober, in Abwesenheit des nach Genf gereisten Dr. Buresch Verhandlungen statt, bei denen ein Kompromiß schon ganz nahelag. Wirtschaftsführer, Politiker der Mehrheitsparteien wurden befragt, auf allen Seiten wurden „notwendige Konzessionen“ gemacht, da erhob sich, sichtlich in höherem Auftrag ein Mitglied der christlichsozialen Partei, sprach „ohne Motivierung“ sein kategorisches „nein“ und verließ den Verhandlungssaal. Damit wurde die Verhandlungsbereitschaft in die Luft gesprengt. Am Abend brachte das „Weltblatt“ folgenden Bericht:

„Die Hoffnungen, die gestern mittags noch bestanden, daß auf dem Verhandlungswege doch im letzten Augenblick noch eine erträglichere Form der Wiener Wohnbausteuer werde gefunden werden, haben sich leider nicht erfüllt. Der Wiener Landtag hat das Gesetz in seiner nach dem Veto der Bundesregierung formulierten Fassung, die vom Finanzreferenten StR. Breitner selbst als häßlich und unsozial erkannt wurde, mit den Stimmen der sozialdemokratischen Mehrheit angenommen. Die christlichsozialen Gemeinderäte hatten nach einer Erklärung ihres Obmannes Kunschak, daß sie an diesem Werk nicht weiter mitwirken wollen, den Sitzungssaal verlassen.“

Zu den angekündigten Verhandlungen im Bundeskanzleramt unter dem Vorsitz des Vizekanzlers Dr. Schober ist es überhaupt nicht gekommen. Zugegeben, daß es ungemein schwierig, ja vielleicht sogar unmöglich ist, in wenigen Stunden ein so umfangreiches Gesetz zu überprüfen, so muß doch andererseits gesagt werden, daß nach Ansicht informierter Kreise die vorgeschlagenen Änderungen zweifellos eine Verbesserung des Gesetzes in seiner letzten Fassung gebracht

hätten und daher nicht ohne weiters abzuweisen gewesen wären. Zumindest hätte man doch die bürgerlichen Politiker, die seit Monaten den Kampf um die Wohnbausteuer führen, um ihre Ansicht befragen sollen! Vizekanzler Dr. Schober hat nun auch in dieser Sache den Karren gänzlich verfahren, das verschlechterte Wohnbausteuergesetz wurde ohne energische Versuche von seiner Seite, eine Veränderung zum Besseren herbeizuführen, fast ohne Widerstand der Regierung beschlossen und es besteht nur noch die eine Hoffnung, daß es Bundeskanzler Dr. Buresch nach seiner Rückkehr aus Genf doch noch gelingen wird, die ärgsten Härten aus dem Gesetz zu entfernen.“

Der Bericht des „Weltblatt“ ist zum Teil unrichtig, zum anderen erfunden. Und so sah sich das genannte Blatt sicherlich nicht leichten Herzens veranlaßt, am nächsten Tage folgende Richtigstellung zu veröffentlichen:

„Wie uns übrigens von informierter Seite mitgeteilt wird, hat Vizekanzler Dr. Schober, der die Führung der Verhandlungen übernommen hatte, vor dem Scheitern der letzten Kompromißverhandlungen am Freitag vormittag die Wirtschaftsführer und auch einige christlichsoziale und großdeutsche Politiker befragt. Die Mehrheit der Befragten sprach sich gegen jedes Kompromiß aus, worauf der Vizekanzler das Rathaus verständigte, daß die für nachmittags angesetzten Besprechungen unterbleiben. So hatte also die Mehrheit entschieden, obwohl maßgebende Parteipolitiker für ein Eingehen in die Verhandlungen gewesen wären.“

Also: Schober hat nicht verhandelt, — Schober hat doch verhandelt, — Schober hat den Karren verfahren, — Schober hat ihn doch in Schwung gebracht, — die christlichsozialen Gemeinderäte haben erklärt, daß sie nicht mehr mittun wollen und den Sitzungssaal verlassen, — andererseits aber haben „maßgebende Parteipolitiker“ sich für ein Eingehen in die Verhandlung eingesetzt. —

Es ist alles so unklar, so dunkel, so absichtlich verworren, daß man mit Recht über zwei so divergierende Berichte eines, der Regierung doch nahestehenden Organs, die Hände zusammenschlagen muß.

Oder sollte die Verwirrung absichtlich durch einen besonders geschickten „Informator“ erfolgt sein? Sollte wieder einmal ein Elefant im Porzellanladen alles zerschlagen haben? Sicher ist es, daß der Krug so lange zum Brunnen geht, bis er bricht und ebenso sicher, daß der Bock so lange forsch und kühn Böcke schießt, bis er selbst geschossen wird.

Sonderbare Geschäfte.

Daß ehemalige Gesandte ihre Pension in Ruhe genießen und die Zeit ihrer Muße mit anderen, ihnen genehm zweckmäßig und anständig scheinenden Dingen verbringen wollen, sei ihnen ohneweiters zugestanden. Daß sie diese Zeit aber dazu benützen, um in ihrem Land Unfrieden zu stiften und sich gegen die gesetzliche Gewalt dadurch auflehnen,

daß sie dunkle Preßkanäle mit ihrem Geld speisen, muß ihnen mit Fug und Recht als unhonorig vorgehalten werden.

Monarchist sein, ist eine Weltanschauung, es gibt sicherlich ehrenwerte Männer, die diese Anschauung teilen, aber diese Tätigkeit darf nicht zu einem Beruf ausarten, der nicht nur gegen Charakter und gute Sitten verstößt, sondern auch die, vom Betreffenden vertretene Partei auf das schwerste kompromittiert. Vor einiger Zeit wurde in einem Erpressungsprozeß bekannt, daß der Herr Gesandte a. D. mit seinen Freunden an Persönlichkeiten Beträge gaben, die sich solcher Unterstützungen als wenig würdig erwiesen. Es handelt sich in dem ersten Kriminalfall um ein Winkelblatt, das mit monarchistischem Geld gespeist werden sollte. Privatangelegenheit der Geldgeber, Privatangelegenheit der Partei! Was aber durchaus nicht Privatangelegenheit ist, ist der Umstand, daß der Herr Gesandte sein Geld seit Jahr und Tag auch für ein anderes dunkles Blättchen ausgibt, ein Erpreß-Erzeugnis, das sich gegen die bestehende Staatsform, gegen die Regierung, gegen die legalen Gewalten, kurzum gegen alles stellt, was dem früheren Herrn Gesandten schon aus Charaktergründen als nicht der Besudelung bedürftig erscheinen mußte!

Im übrigen empfehlen wir dem Herrn Gesandten die Lektüre des „Extrablatt“ vom 20. Jänner, in dem er durch einen Prozeßbericht darüber aufgeklärt wird, in welcher schäbiger Form sein Geld verwaltet wird.

Es darf den ehemaligen Herrn Gesandten nicht wundernehmen, wenn er schon heute vielfach mit den, von ihm genährten Jauchenkanälen identifiziert wird.

Eigentümer, Verleger und Herausgeber: Gustav Schuster, Wien, I., Liliengasse 1 — Für den Inhalt verantwortlich: Dr. Friedrich Wondré, Wien, XVIII., Messerschmiedgasse 23
 Druck: Karl Nakladal, Wien, I., Ebendorferstraße 11



147953

RECHTSANWALTSKANZLEI
Dr. OSKAR SARTER
WIEN, I. SCHOTTENRING 10. 11

66/5059

Karl

~~Kraus~~

Die

~~Gegenwart~~

Band III

Nr. 172

L



Kraus - die Gegenwart

30. XII. 31.



Rückschein.
Auszahlungsbestätigung.*

OT-Stempel
des Aufgabepostamtes



Herrn
Frau

DR. OSKAR SAMEK
RECHTSANWALT
Wien, I. Schottenring 14
Tel. U 28-2-62, U 25-2-25

Kranz
die gegenwärtig
14. JAN 1932

Postdienst

in

* Nichtzutreffendes streichen.

| | | |
|---|----------------------|------------|
| Gegenstand: <i>pek. Brief</i> | | |
| Aufgabe: | Postamt: <i>Wien</i> | Wert: |
| | Nummer: <i>1377</i> | Betrag: * |
| Absender: <i>W. Eschen Lammek R. A. T. Solothurnerstr. 14</i> | | |
| an: <i>St. Friedrich Wondré</i> | | |
| Ort: <i>Wien XVIII. Messerlmiedg. 23.</i> | | |
| Gewicht: | | Nachnahme: |

OT-Stempel
des Aufgabepostamtes



OT-Stempel
des Abgabepostamtes



Gesendung erhalten

1/11

Betrag

, am

19/32

Mandl

Unterschrift

* Nichtzutreffendes streichen.

66/5054

K a r l K r a u s - G e g e n w a r t .

Berichtigungsschreiben Dr. Sameks an den Redakteur
der Zeitschrift "Die Gegenwart" über den in der Nummer vom 28.
Dezember 1931 erschienenen Artikel mit unwahren Angaben über Karl
Kraus .Die Berichtigung erschien in der Nummer vom 28.Jänner 1932.

